

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M., monatl. 1,10 M.,
 Vierteljährl. 2,75 M., halbjährl. 5,25 M.,
 einjährig 10 M., mit Postgebühren. Sonntags-
 und Feiertagsblätter 10 Pf. pro Stück. Post-
 abonnement: 1,10 M. pro Monat. Post-
 abnahme in die Postzeitung.
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 M., für das übrige Ausland
 3 M. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile über deren Raum 60 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Bekanntmachungen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
 Wort 30 Pf. (zweiwöchige 2 Zeilenbreite
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenanzeigen und Schloßstellenan-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 14. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die braunschweigischen Landtagswahlen.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Als im Jahre 1848 der Märzsturm losbrach, stellten sich die kleinen Bundesfürsten mit dem Bundeszuge tot. Sie trieben Banzentaktik. Auch heute noch ist diese Taktik im Kleinstaat Braunschweig beliebt. Man sollte kaum glauben, daß wir vor den Landtagswahlen stehen. Im Jahre 1911 läuft nämlich die vierjährige Legislaturperiode des Landtages ab. Die Neuwahlen haben noch vor Jahreschluß stattzufinden, so daß die braunschweigischen Landtagswahlen höchst wahrscheinlich vor die Reichstagswahlen fallen werden.

Das stört jedoch die politische Windstille durchaus nicht. Man hört von der braunschweigischen Regierung unter dem Ministerium Hartwig auch kein Sterbenswörtchen, obwohl es doch nun schon über ein Vierteljahr lang am Ruder ist. Der leitende Staatsminister hat sich, seit von Otto ging, noch nicht geräuspert und von dem Nachfolger von Ottos im Ressort des Finanzministeriums haben die meisten Braunschweiger schon wieder den Namen vergessen, so ganz im stillen arbeitet der Mann.

Nur auf kurze Zeit wurde die politische Grabesruhe unterbrochen; nach Pfingsten, als Johann Albrecht auf den Gedanken kam, in die nächsten Vierdörfer um Braunschweig herum seinen feierlichen Einzug unter Glockengeläut zu halten. Aber mitten in der Einzugsreise brach Serenissimus ab und zog sich auf sein Lustschloß in Mecklenburg zurück. Nicht einmal das vorgesehene Festessen des Kreisauschusses, das das feierliche Einzugsfest krönen sollte, wurde abgehalten. Alles wieder mäuschenstill!

Was wohl hinter den herabgelassenen Gardinen des Ministeriums vor sich geht? Voshafte Menschen meinen; gar nichts. Aber eigentlich hätten die Minister schwer zu arbeiten; denn sie haben ihr Verprechen gegeben, dem neuen Landtage eine Wahlreform vorzulegen, auf deren Hauptzüge sie sich bereits festgelegt haben. Im Zeichen dieser Wahlreform wird der Landtagswahlkampf stehen; denn der neue Landtag soll nach der feierlichen Erklärung des inzwischen in den Ruhestand getretenen Ministers von Otto nur die Wahlreform erledigen und dann aufgelöst werden, um dem ganz neuen Landtage, der auf Grund des neuen Wahlgesetzes zu wählen wäre, Platz zu machen. Der Staatsminister sagte damals selbst, daß ein Landtag, der auf Grund des alten Wahlgesetzes gewählt sei, nach Annahme der Wahlreform keine Existenzberechtigung mehr habe, worüber er sich nicht weiter zu äußern brauche, da es selbstverständlich sei.

So würde denn der noch in diesem Jahre zu wählende Landtag nur ein sehr kurzes Leben haben. Er wäre auch der letzte Landtag, der nach dem alten Wahlssystem gewählt würde.

Dieses Wahlssystem fällt nicht mit dem preussischen zusammen, ist ihm aber ziemlich ähnlich. Es ist ein Dreiklassenwahlssystem nach preussischem Muster mit Wahlmännerwahl, aber geheimer Abstimmung. Auf Grund dieses Systems, das die Wahlberechtigung in den Städten an das Bürgerrecht, in den Landgemeinden an die Staatsangehörigkeit und einen einjährigen Aufenthalt in der Gemeinde knüpft, werden dreißig Landtagsabgeordnete gewählt, während achtzehn von den bevorzugten Berufsständen, den Geistlichen, der höheren Bureaucratie, dem Großgrundbesitz, den Großindustriellen und den höchstbesteuerten Einkommensteuerspflichtigen ernannt werden. Da in der Stadt Braunschweig, wo größere Arbeitermassen angehäuft sind, die Verteilung auf die drei Klassen so ist, daß nur rund 1200 schwer reiche Leute der ersten und zweiten Klasse angehören, während fast zehnmal so viel Wähler in die dritte Klasse eingepfercht sind, ist es der Sozialdemokratie, obwohl sie bei den Reichstagswahlen in der Stadt Braunschweig die erdrückende Mehrheit hat, kaum möglich, in der Residenz selbst ein Landtagsmandat zu erobern. Im ganzen Herzogtum sind die Wähler so verteilt, daß nur 5 Prozent der ersten und 20 Prozent der zweiten, dagegen 75 Prozent der dritten Klasse angehören. Es ist also in raffinierter Weise dafür gesorgt, daß wir auch im neuen Landtage kein einziges Mandat erhalten, in demselben Landtage, der die Wahlreform machen soll.

Dennoch scheint die Regierung große Angst vor den Landtagswahlen zu haben, weshalb sie glaubt, mit einer radikalen Banzentaktik, mit einem völligen Sichtsstellen am besten durchzukommen. Sie hofft, daß man bei dem Lärm der Reichstagswahlen, der Ende dieses Jahres schon recht laut erschallen dürfte, die Landtagswahlen ganz übersehen werde. Am meisten graut ihr vor dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Bisher hat sie dieses Anwachsen dadurch vertuscht, daß sie weder die Zahl der Wahlberechtigten noch die Zahl der überhaupt und für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen öffentlich bekannt gegeben hat. Sie verfenkte die Wahlakten in die Archivkeller.

Dieses „praktische“ Verfahren wird ihr bei den nächsten Landtagswahlen wenig nützen, denn erstens werden wir selbst eine Statistik führen, zweitens würde selbstverständlich der erste sozialdemokratische Abgeordnete, der in den Landtag käme, sofort die Bekanntmachung der Wahlziffern verlangen und drittens ist, auch wenn wir kein einziges Mandat erobern könnten, die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung seit den

letzten Landtagswahlen so erstarbt, daß wir auch von außen her die Veröffentlichung einer Wahlstatistik durchsetzen könnten.

Sollte sich dann herausstellen, daß die sozialdemokratische Stimmenzahl ganz bedeutend ist und die dritte Klasse beherrscht, so würde die Regierung ihren Wechselbalg von Wahlreform, der dem Volke nur Sand in die Augen streuen sollte, wieder einpacken können, da eben die Landtagswahl gezeigt hätte, daß sich das Volk keinen Sand in die Augen streuen läßt.

Diese Wahlreform hält an der Dreiklassenwahl und den 18 von den privilegierten Berufsständen ernannten Abgeordneten fest, will aber die Zahl der gewählten Abgeordneten auf 36 erhöhen, von denen 9 auf die Großstadt Braunschweig, 9 auf die übrigen Städte und 18 auf die Landbevölkerung fallen. Jede Klasse soll ihre Abgeordneten direkt wählen, so daß von den 9 Abgeordneten Braunschweigs 6 von den rund 1200 Wählern der ersten und zweiten und nur drei von den rund 11 000 Wählern dritter Klasse gewählt würden. Im ganzen Lande könnten wir also, selbst wenn wir die ganze dritte Klasse hinter uns hätten, bestenfalls nur 12 Mandate bekommen, während die erste und zweite Klasse mit den privilegierten Berufsständen selbst in dem für sie ungünstigsten Falle, stets 42 Mandate sicher hätten. Die sogenannte Wahlreform will also, wie auch die sozialdemokratischen Stimmen anwachsen, uns für alle Zeiten in einer unausschlaggebenden Minderheit festlegen. Wir sollen sozusagen, des Scheines halber, um die dritte Klasse zu beruhigen, ein paar Sprechmandate, aber keine Stimmmandate erhalten. Dieses Mißverhältnis tritt besonders deutlich hervor, wenn man bedenkt, daß schon bei den letzten Reichstagswahlen nahezu die Hälfte aller abgegebenen Stimmen sozialdemokratisch waren, und daß wir diesen Prozentsatz bei den nächsten Reichstagswahlen voraussichtlich übersteigen werden.

Die sogenannte Wahlreform ist also eine jämmerliche Verlegenheitsgeburt, die jetzt, nachdem Elah-Rotbringen das gleiche Wahlrecht erhalten hat, erst recht wie eine Volkserhöhung aussieht, denn dem hoch kultivierten, wirtschaftlich und industriell weit vorgeschrittenen Braunschweig kann man unmöglich sagen, daß seine Bevölkerung noch nicht für daselbe Landtagswahlrecht reif sei, das man den Reichsländern bereits gewährt hat.

Die Position der Regierung, die anfangs dieses Jahres schon glaubte, ihre Wahlreform in der Tasche zu haben, hat sich also ganz erheblich verschoben und verschlechtert. Kommen jetzt noch Landtagswahlen hinzu, die für die Sozialdemokratie besonders günstig ausfallen, und folgen auf dem Fuße noch weitere Reichstagswahlen, dann muß die Regierung entweder eine Wahlreform bringen, die mit dem Dreiklassenwahlrecht bricht, oder sie muß überhaupt auf eine Wahlreform verzichten und so wie bisher fortfuhrstellen, was sie aber selbst öffentlich vor dem Landtage durch den Mund aller drei Minister für unmöglich erklärt hat. Man sieht: Die Regierung sieht bereits recht hübsch in den Reflexen und hat allen Grund, sich totzufstellen, um die Landtagswahlen möglichst sang- und klanglos vorübergehen zu lassen. Um so mehr Grund haben wir natürlich, das Gegenteil zu tun. Deshalb sind die Landtagswahlen diesmal für das Herzogtum Braunschweig von einer ganz besonderen Bedeutung.

Die Marokkoaffäre.

Während in Berlin und Paris die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen, verschärfen sich insolge der provokatorischen Haltung der spanischen Militärs in Marokko die französisch-spanischen Beziehungen. Die französische Regierung hat bei der spanischen Vorstellung erhoben über das Vorgehen der spanischen Militärbehörden gegen französische Staatsangehörige in Marokko. Auch die französische Presse enthält scharfe Proteste. So schreibt das „Echo de Paris“ über den spanisch-französischen Zwischenfall in El Kasr:

Es ist höchste Zeit, daß die Madrider Regierung ihre Beamten daran erinnert, daß internationale Abmachungen respektiert werden müssen. Man darf nicht vergessen, daß in der Nähe von El Kasr die von französischen Offizieren befehligte scharifische Wakhalla lagert. Wenn zwischen dieser und den spanischen Truppen Plünderzüge gewechselt würden, so wäre ein gewalttätiger Bruch mit Spanien zu befürchten. Die spanische Regierung muß wissen, daß Frankreich an den Grenzen der Geduld angelangt ist.

Man wird nicht in Abrede stellen können, daß das herausfordernde Benehmen der spanischen Offiziere die Lage in Marokko selbst zu verwirren geeignet ist. Spanien scheint beinahe Lust zu haben, die Rolle zu spielen, die Serbien in der Orientkrise übernommen hatte. Jedenfalls wäre dringend zu wünschen, daß keine Großmacht dieses Spiel mit dem Feuer ermutigt. Aber besteht darüber irgend eine Sicherheit?

Die friedenskundgebung der Pariser Arbeiter.

Paris, 13. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das gestrige Meeting war überfüllt und hat einen erhebenden Verlauf genommen. Vaillant führte den Vorsitz. Als sein Vorgesetzter fungierte Genosse Staeger, der Vorsitzende des Deutschen Leseklubs. Genosse Dubreuilh verlas die Telegramme des Deutschen Parteivorstandes, der Unabhängigen Arbeiterpartei und der sozialdemokratischen

Partei Englands. Die Solidaritätsbekundungen der Bruderparteien wurden stürmisch akklamiert.

Darauf verlas Genosse Renaudel einen Brief von Jaurès, der durch eine Erkrankung an der Teilnahme verhindert war. Jaurès geißelte darin das Verhalten der Kammermajorität, die die Debatte über Marokko abgelehnt hat.

Nunmehr sprachen die sozialdemokratischen Abgeordneten Baillant, Thomas, Collu, Rutouy und Sembat. Für den Deutschen Leseklub sprach Genosse Grumbach, dessen Rede begeisterte Debatten für die deutsche Partei auslöste. In der einstimmig angenommenen Resolution wird gegen das Marokkoabenteuer der schärfste Protest erhoben und das Gelöbnis abgelegt, gemäß dem Beschluß des Stuttgarter Internationalen Kongresses gegen einen Krieg Widerstand mit allen Mitteln zu leisten.

Radikale Abdankung.

Paris, 11. Juli. (Fig. Ver.) Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat heute der Kammer erklärt, daß er ihr über den Stand der marokkanischen Angelegenheit mit Rücksicht auf die im Gange befindlichen Verhandlungen nichts sagen könne. Diese Erklärung war vorausgesehen und da Herr de Selves sie in sehr freundschaftliche Worte kleidete, so übte sie einen unangenehm guten Eindruck. Die Sozialisten konnten indes den Versuch, die Volksvertretung der Einwirkung auf die auswärtige Politik zu berauben, doch nicht ohne Widerspruch hingehen lassen und Genosse Jaurès forderte in einigen wohlabgewogenen Sätzen, daß die Diplomatie die Nation nicht vor vollzogene Taten stelle. Er stellte den Antrag, die Interpellationen über die Marokko-Affäre morgen zu verhandeln. De Selves forderte dagegen die neuerliche Vertagung „à no etio“ — auf unbestimmte Zeit — und die Kammer bewilligte sie mit 476 gegen 77 Stimmen. Der Beschluß bedeutet, daß die Kammer in die Ferien geht, ohne über den Stand der Angelegenheit und über die Ausführungen der Regierung unterrichtet worden zu sein. Vor einigen Tagen schrieb der „Alerikale de Lun im „Figaro“: „Das Uebel, ja das Lächerliche dieser Situation für uns Deputierte ist, daß wir die schwersten Verantwortlichkeiten auf uns zu nehmen berufen sind, ohne etwas von den wahren Vorgängen zu wissen. Ich sage: irgend etwas. Was nützt es mir, daß ich derzeit Mitglied der Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten bin. Ich weiß nicht, welche Stellung wir gegenüber Spanien einnehmen usw.“ — Wie die heutige Sitzung beweist, wollen aber die bürgerlichen Parlamentarier — und die Abstimmung zeigt: alle bürgerlichen Parlamentarier — gar nicht wissen, was die Diplomatie dem Lande auslöst. Sie heucheln diplomatische Zurückhaltung, aber in Wahrheit schieben sie die Verantwortlichkeit.

Besorgnisse in England.

London, 13. Juli. Die Baisse der englischen Rente in den letzten Tagen wird in politischen Kreisen auf die Ungewißheit wegen der marokkanischen Angelegenheit zurückgeführt. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß wenn die internationale Lage sich in den letzten Tagen bereits gebessert hätte, entschieden neue Fragen an Asquith gestellt worden wären. Man beschränkt, daß die Spanier noch weitere Zwischenfälle, wie solche in El Kasr vorgekommen sind, verursachen werden, durch welche möglicherweise die Ruhe, mit welcher die Diplomatie heute zwischen Berlin und Paris arbeitet, gestört werden könnte.

Verseuchtes Preußenvieh.

Nach der „waterländischen“ Seuchentheorie der Agrarikonserwativen ist alles ausländische Vieh total verseucht und nur in Deutschland herrscht dank der vorzüglichen Pflege des Viehbestandes und der strengen Seuchenschutzgesetzgebung im wesentlichen Seuchensfreiheit. Die Statistik lehrt es zwar anders; denn nach dieser ist das dänische, holländische, französische Schlachtvieh viel weniger verseucht als das deutsche Vieh, und vor allem jenes, das den großen Vorteil genießt, in den Gefilden Ostindiens aufgezogen zu werden; doch die Statistik ist, sofern ihre Ziffern gegen das Profitinteresse der Agrarier verstoßen, eine durchaus unzuverlässige Wissenschaft, deren Ergebnisse nicht die geringste Beachtung verdienen. In der letzten Zeit hat sich jedoch die Maul- und Klauenseuche aus dem preussischen Nordosten dermaßen über Deutschland ausgebreitet, daß von vielen süd- und westdeutschen Viehhältern die ganz un-patriotische Behauptung aufgestellt wird, die Viehverseuchung sei im nordöstlichen Deutschland weit schlimmer als im Ausland und deshalb ein Seuchenschutz gegen Norddeutschland notwendiger als gegen das Ausland. Sicherlich ein höchst unwaterländisches Verhalten der süddeutschen Agrarier, inwieweil es die schönsten Grenzsperrgründe der Vorkämpfer des Bundes der Landwirte über den Haufen wirft. Doch der Profit geht nicht nur über die gerühmte agrarische Waterlandliebe, sondern selbst über die agrarische Bundestreue, und so haben die bayerischen Agrarier sich nicht damit begnügt, nur über das verseuchte preussische Schweinevieh zu schimpfen und räsonieren, das aus Norddeutschland nach bayerischen Schlachthöfen geliefert wird, der Landesvorstand des Bundes der Landwirte für das Königreich Bayern hat vielmehr an den bayerischen Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, in der die Vermutung ausgesprochen wird, daß der wiederholte Ausbruch der Maul- und Klauenseuche auf den Schlachthöfen in München und Rürnberg auf Schweinetransporte aus Norddeutschland zurückzuführen sei. Der Minister wird deshalb

gebelen, die Sache zu untersuchen und eventuell Schritte zu unternehmen, die eine derartige Verletzung der bayerischen Schlichthöfe durch Schweinefleischlieferungen aus Norddeutschland zu verhindern geeignet seien.

Die schärfste Verfolgung auf die verlogene Seuchentheorie der Wortführer des Bundes der Landwirte, die man sich denken kann! Was sagt die „Deutsche Tageszeitung“ dazu? Bisher schweigt sie. Vielleicht sinnt der große Dichter und Klauensuchen-Philosoph Certeil mit den Seinigen noch über eine passende Darstellung dieses gewichtigen Falles nach.

Nebrigens haben die bayerischen Agrarier keinen Grund, über das verfeuerte Vieh ihrer ostbayerischen Bundesbrüder zu lamentieren. Eben erst ist ein bayerischer Ministerialerlass erschienen, der den bayerischen Landwirten große Fahrlässigkeiten gegenüber der Seuchengefahr vorwirft und sie aufs strengste zur Innehaltung der gesetzlichen Vorsichtsmaßregeln auffordert. Sind ja doch zurzeit nicht weniger als circa 2500 Gehöfte in Bayern verfeuert!

Gerichtstage für die Radikalen.

Paris, 11. Juli. (Eig. Ber.)

Den radikalen Protopolitiker ist zum Schluss der Session etwas sehr Unangenehmes widerfahren. Die geeinigten Sozialisten sind zum Angriff auf die Koalition der Volksfeinde übergegangen und zwingen die bürgerliche Linke, die ganze Liste ihrer Verräterei einzubekennen. Es ist keine eigentliche Diktation im technischen Sinn. Die Opposition der Sozialisten hat nicht den Zweck, das Zustandekommen des Budgets, das die einzige noch der Erledigung bedürftige Angelegenheit ist, die auf der Tagesordnung steht, zu verhindern, aber die Radikalen sollen nicht heimgehen, ehe sie nicht all ihrer Prinzipien- und Wortbrüche vor dem ganzen Lande überführt sind.

Die sozialistische Taktik hat zum Ausgangspunkt die schwachbolle Art, in der die Radikalen die gemäßigten Eisenbahner preisgegeben haben. Am 14. April hatten sie in einer Tagesordnung ausdrücklich die Erklärungen Monis und Dumonts gutgeheißen, die sich verbunden hatten, im Fall weiterer Widerspenstigkeit der Gesellschaften, „Waffen“ zu fordern. Die neue Regierung aber hat in ihrer Antrittserklärung bekannt gegeben, daß sie über die Wiederholung der zwecklosen Vitzgehe bei den Kompanien nicht hinausgehen wolle und Herr Caillaux erklärte kalt, die Politik könne sich doch nicht ewig um die gemäßigten Eisenbahner drehen. Die Radikalen bewilligten der Regierung das Vertrauen, was schon deutlich ausdrückte, daß ihnen die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen so wenig am Herzen liege, wie Herrn Caillaux, der als Mitglied des Kabinetts Monis die „Waffenforderung“ mitgemacht hatte. Indes sollte ihnen noch Gelegenheit gegeben werden, ihre Felonie in einer besonderen, aus der allgemeinen Politik herausgehobenen Verhandlung des Gegenstandes zu zeigen. Am Freitag brachten die Sozialisten, von einem anständigen Radikalen, Herrn Vincenti, unterstützt, die Resolution vom 14. April neuerdings ein — und die radikale Mehrheit hatte die Unversöhnlichkeit, sie abzulehnen, wie dies Herr Caillaux, der daraus eine Vertrauensfrage machte, von ihr verlangte. Sie hatte ihm nichts zu verweigern. Hatte er sie doch durch die erfolgreiche Bemühung um die stille Beseitigung des Proporzges, den die Kammer in einer ungeheuerlichen Komödie just bis zum entscheidenden Punkt durchberaten hatte, verpflichtet.

Gestern brachten nun die Sozialisten drei Anträge ein, die die Radikalen darum in eine namenlose Wut versetzten, weil sie zwingen, den Verrat an ihrem demokratischen und sozialreformistischen Programm und ihre Veretnung mit dem antiproletarischen Bloß kundzumachen. Der erste Antrag betraf die politische Amnestie. Er wäre sowohl Herbe und den Sozialrevolutionären, wie den Manifestanten der Champagne und den „Camlots du roi!“ zugute gekommen. Herr Caillaux erklärte, der Augenblick sei sehr schlecht gewählt, um Saboteure und Antimilitaristen zu amnestieren. Er sei überzeugt, von allen guten Republikanern und allen guten Franzosen verstanden zu werden. Diese Solidarisierung mit der chauvinistischen Demagogie, die jetzt die Besorgung vor einem Kriege zu einer Attäde gegen die Arbeiterbewegung auszumähen bemüht ist, fand großen Beifall und der Antrag wurde mit 478 gegen 96 Stimmen abgelehnt. Nicht besser erging es dem zweiten Antrag, der die Wiedereinsetzung der Eisenbahner von neuem aufs Tapet brachte. Die Radikalen tobten vor Wut und es kamen zwischen ihnen und unseren Genossen sogar zu Handgreiflichkeiten. Der alte Pelletan erhob sich, über das Treiben seiner Parteigenossen entrüstet, von seiner Bank und verließ mit den Worten: „Es gibt keine Radikalen mehr“ den Saal. Caillaux warf den Sozialisten Ordnungsfreudigkeit und Demagogie vor, wofür er sich von Jaurès die gebührende Abfuhr holte. Unser Genosse sagte: „Wenn das Versprechen der Wiedereinsetzung Demagogie war, hätten Sie unter Monis Ihre Portfeuille niederlegen müssen! Die verabschiedeten Demagogie ist diejenige, durch die man sich mit Versprechungen für das Volk in die Höhe schwingt, mit Versprechungen, die man zertrüsst, wenn man durch diese Verleugnung noch höher steigen kann.“

Zum Schluss der Sitzung, die insolge der Sturmzügen unterbrochen worden war, begründete Genosse Lauche den Antrag auf Unterdrückung des „marchandage“, des Zwischenunternehmens im Baugewerbe, gegen das sich der jetzige Streit mit in erster Linie richtet. Dieses Ausbeutungssystem ist durch ein Dekret vom Jahre 1848 verboten. Der Arbeitsminister Renoult gab die Tatsache zu, wies aber auf eine entgegenstehende Jurisprudenz hin und verpflichtete sich im Senat für einen Gesetzesentwurf einzutreten, der den Inhalt des Dekrets wieder aufnimmt. Die Sitzung wurde dann um 10 Uhr unter dem Beifall der Radikalen geschlossen.

Die Taktik der Sozialisten hat in der bürgerlichen Presse geradezu Lobhudeleien hervorgerufen. Sabotage, Terrorismus u. dgl. ist noch das wenigste, was unsere Genossen zu hören bekommen. Der prostituierte Berenger von der „Action“ nennt sie „Komplizen Deutschlands“, der nicht minder würdige Cagniard fordert in der „Revue Republique“ zur „Sabotierung Jaurès“, d. h. zur Niederbrückung seiner Reden auf.

Diese saubere Parole suchten die Radikalen in der heutigen Sitzung wirklich zu befolgen, als Jaurès zu einem Antrag auf Schaffung eines obersten Disziplinarrats für die öffentlichen Dienste das Wort ergriff. Minutenlang dauerte das Geseul, es legte sich aber sofort, als unser Genosse den Radikalen das Wort gegeben hatte, daß sie, wenn sie diese Taktik fortsetzen, ihr Budget nicht fertig bekommen würden. In einer kurzen, aber packenden Rede hielt er ihnen die

Folgen ihrer Wortbrüchigkeit für das Ansehen der Demokratie vor Augen. Die Erwiderung Caillaux lief auf die Anerkennung des manchesterlichen Prinzips hinaus, daß niemand den Unternehmungen bei der Ordnung ihres Betriebes hineinreden dürfe. Herr Caillaux appellierte hierbei an die republikanische Partei, hatte aber das Mißgeschick, sofort vom ehemaligen Arbeitsminister Dumont an der Hand der alten Parlamentsprotokolle belehrt zu werden, daß die Führer der alten republikanischen Partei in den 70er Jahren, die Gambetta, Waldeck-Rousseau, Floquet usw., das von Jaurès geforderte Kontrollrecht des Staates gegenüber den Eisenbahnen verweigert haben.

Die verstoßte Kammer.

Paris, 13. Juli. Die Deputiertenkammer verließ gestern am Schluß der Sitzung einen Antrag des Sozialisten Briquet betreffend das Recht auf Pension für die entlassenen Eisenbahner auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Caillaux an die Kommission. Der Sozialist Colly brachte darauf einen neuen Antrag über die Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner bei den staatlichen Bahnen ein. Er behauptete, der Minister der öffentlichen Arbeiten Augagneur habe sie zugesagt. Augagneur legte dagegen Verwahrung ein und wies darauf hin, daß es unmöglich sei, eine derartige Maßnahme zu treffen. Zum Schluß wurde auf Antrag Caillaux die einfache Tagesordnung angenommen.

Kammer und Senat nahmen heute nacht das Budget endgültig an. Die Kammer stellte die Debatte über die Konzessionen in Tunis bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen im Oktober zurück. Finanzminister Rloy unterbreitete der Kammer das Budget für 1912.

Gegen Mitternacht wurde das Parlament geschlossen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Juli 1911.

Kandidatenwechsel in Düsseldorf.

Zu der bevorstehenden Reichstagswahl in Düsseldorf hat das Zentrum einen Kandidatenwechsel vorgenommen. Von der zuerst genannten Kandidatur des Landrats Adams wurde abgesehen. Eine Zentrumsversammlung hat am Mittwoch beschloffen, den politisch bisher wenig bekannten Direktor der Rheinisch-Westfälischen Diskonto-Gesellschaft Dr. phil. Johann Friedrich als Kandidaten aufzustellen. Der neue Kandidat ist nämlich Mitglied des Hansabundes und das Zentrum hofft, sich durch dessen Ausstellung die Unterstützung des Hansabundes zu sichern.

Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: den politischen Geschäftssinn des Zentrums oder die hunte Zusammensetzung jenes Gemengfels, das sich Hansabund nennt.

Hansabund und Sozialdemokratie.

Der Leiter des Hansabundes, Geh. Justizrat Dr. Nieher, hat in der Dortmunder Ortsgruppe des Hansabundes eine neue Rede gehalten, die als Ergänzung seiner bekannten viel angefochtenen Rede auf dem Hansatage in Berlin anzusehen ist und sich vornehmlich mit der Stellung des Hansabundes zur Sozialdemokratie und zur Schutzpolitik des Zentralverbandes deutscher Industrieller beschäftigt.

Dr. Nieher erklärte, daß er „ein überzeugter und entschiedener Gegner der Sozialdemokratie“ sei, aber die Kampfesweise des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie nicht mitzumachen vermöge, da sie keinen Erfolg verspräche:

„Wir unterscheiden uns nur in den Wegen, die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie einzuschlagen sind. Ich bin nach reiflicher Erwägung und Ueberlegung der Ansicht, daß die bisherige, auch vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eingeschlagene Wege zu einer Reihe von Mißerfolgen geführt hat. Die Tatsache liegt vor, daß die Sozialdemokratie nicht schwächer, sondern stärker wird. Deshalb ist es Pflicht eines jeden patriotischen Mannes, sich zu überlegen, ob die bisherigen Wege Erfolg versprechen oder ob andere Wege besseren Erfolg verheißen. Ich habe ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie nicht mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden kann, es sei denn, man geht den Ursachen der Unzufriedenheit und Verbitterung zuleute. (Bravo!) Das ist nur der Fall, wenn man eine ehrliche Politik einschlägt, die das zum ewigen der Hohenzollern in dem gesamten Verfassungsleben zur greifbaren Wahrheit macht. (Bravo und Handclatschen.) Wiederholt habe ich hervorgehoben, daß wir mit der zu erkämpfenden gerechten Politik die bürgerlichen Ueberläufer von der Sozialdemokratie wieder abziehen und an unsere Fahnen fesseln wollen, und hinzugefügt, auch auf dem Hansatage, daß eine solche ehrliche Politik den Weg zum Frieden bildet nach innen und nach außen. Zur Durchsührung einer solchen Politik gehört die energische Fortsetzung des Kampfes gegen die agrar-demagogische Politik.“

Weiter heißt es in bezug auf die Beweggründe, die den Zentralverband deutscher Industrieller zum Austritt aus dem Hansabund bestimmt haben:

„Die wahren Gründe sind ganz andere. Schon vor dem Hansatage haben die Wortführer der schweren Industrie (Stille, Wied) erklärt, die (das heißt die schwere) Industrie muß sich in der einen oder in der anderen Form an die konservativ Partei anschließen, weil diese allein die Durchführung der Fiskalwünsche gewährleisten. Da der Bund der Landwirte identisch ist mit der konservativen Partei, müssen wir verlangen, sagten die Herren, daß der Hansabund den Kampf gegen den Bund der Landwirte einstellen. Das habe ich abgelehnt. (Bravo und Handclatschen.) Das Zusammengehen der schweren Industrie mit den Konservativen und dem Bund der Landwirte ist schon längere Zeit beabsichtigt. Mir steht keine Kritik zu, ob das im Interesse der schweren Industrie liegt. Es war eine keine Verweigerung, daß wir nur die Interessen der schweren Industrie vertreten sollen.“

Begriffsklärung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist mit der Behandlung des Falles Macdonald durch Herrn v. Bethmann-Hollweg zufrieden. Sie stellt sich als schenke sie den Versicherungen der „Norddeutschen Allgemeinen“ Glauben. Das Blatt hat ja auch allen Grund dazu. Denn mehr kann doch schließlich der „Großmüch“ nicht tun als nachträglich seinen Herrn zu reifizieren.

Nur sollte die „Deutsche Tageszeitung“ den Versuch aufgeben, die Schwindereien des Kanzlerkabinetts aus eigenem ergänzen zu wollen. Dazu ist sie zu tollpöcklich. So wirft sie uns vor, nur die Notiz aus der „Times“ veröffentlicht zu haben, aber nicht den Brief Macdonalds selbst. Aber der Brief gehört zu den Schwindereien der „Norddeutschen“. Mehr als die wiedergegebene Notiz ist weder in der „Times“ noch anderswo veröffentlicht worden.

Auch kann es wirklich nur den schwer kopierenden Herren von der „Deutschen Tageszeitung“, deren offenbar die englischen literarischen Gepflogenheiten unbekannt sind, „unklar“ bleiben, daß der Artikel als nicht völlig anonym bezeichnet haben. Der

Artikel, der uns natürlich vorliegt, ist erschienen unter der Rubrik „The Socialist Review Outlook“ und trägt die Unterschrift „The Editor“. Die Revue erscheint anonym ohne Angabe des Namens des Herausgebers, daß dieser Macdonald ist, weiß aber in England jeder Politiker. Das brauchte der Macdonald durchaus nicht zu hindern, zu konstatieren, daß der Artikel anonym erschienen ist. Die Abtugung dieser Anonymität steht im Widerspruch zu den strengen englischen literarischen Gepflogenheiten. Vielleicht kopiert jetzt die „D. Tagesz.“ unsere Bemerkungen und bittet sich, sich in einem Streit zu mischen, zu dessen Verständnis ihr die nötigen Vorkenntnisse fehlen.

Deutsches Petroleummonopol?

Die „Königliche Zeitung“ schreibt zu der Meldung, daß dem nächsten Reichstage der Entwurf eines Petroleummonopols vorgelegt werden solle:

Nach Erkundungen an zuständiger Stelle können wir versichern, daß die Nachricht unzutreffend ist.

Die Entstehung des Gerüchtes dürfte auf Erhebungen zurückzuführen sein, die veranlaßt sind, durch die bei der letztjährigen Etatsberatung angenommene Resolution Wassermann-Dr. Stressemann, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Erhebungen darüber anzustellen, inwieweit durch das Vorgehen der Standard Oil Company und ihrer Tochtergesellschaft die Gefahr einer Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels unter Ausschaltung des Zwischenhandels vorliegt, und ob unter diesen Umständen die Errichtung einer unter Aufsicht des Reiches stehenden Anstalt zum Vertrieb des Petroleums im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt.

Es liegt auf der Hand, daß diese erst vor kurzem begommenen Erhebungen zu einem Ergebnis nicht haben führen können und daß auch nach ihrem Abschluß bei der schwerwiegenden Bedeutung des Gegenstandes eine Entschlieung nach der einen oder anderen Richtung nicht so bald zu erwarten sein wird.

Es ist möglich, daß die sogenannten „Erwägungen“ sich noch innerhalb der Regierung zu der bestimmten Absicht verdichtet haben, dem Reichstag einen Monopol-Gesetzesentwurf vorzulegen; aber daß in sogenannten möglichen Kreisen das Reichs-Petroleummonopol viele Befürworter hat, ist sicher.

Der sozialpolitische Führer des Zentrums.

Herr Justizrat Karl Trimborn, hat in Köln seinen Wählern einen parlamentarischen Bericht erstattet. Den größten Teil nahm naturgemäß die Reichsversicherungsordnung in Anspruch. Wenn er mit seiner Darstellung einen Achtungserfolg bei seinen urteilslosen Zuhörern erzielte, so nur deshalb, weil er große Nachteile des Gesetzes ganz übergang oder ihren Schatten durch helle Farben zu bannen suchte. Herr Trimborn feierte als „bedeutungsvollen Fortschritt“ die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landarbeiter, wobei er verschwie, daß die Landarbeiter sich der Versicherung schon seit 1888 erfreuen würden, wenn damals nicht das Zentrum den heftigsten Widerstand geleistet hätte. Im übrigen besteht die Krankenversicherung der Landarbeiter stellenweise schon im Deutschen Reich auf Grund von Landesgesetzen oder Ortsstatuten, so daß der „bedeutungsvolle Fortschritt“ in Wahrheit ein Nachhaken ist.

Die unfeilige Zerspaltung der Krankenkassen magte der erfahrene Sozialpolitiker mit der Motivierung zu verteidigen, daß der Ansturm auf die Innungs-Krankenkassen abgeschlossen worden sei. Sogar die amtliche Begründung der Versicherungsordnung gesteht zu, daß die Innungskassen den realen, arbeitserfindlichen Zwecken der Innungs-Krankenkassen dienen. Die Tatsache, daß durch die Schuld des Zentrums die Arbeiter in den Krankenkassen nur die halben Rechte haben, obwohl sie zwei Drittel der Beiträge zahlen, beschönigte Herr Trimborn damit, daß die Beamten auch das Vertrauen der Arbeitgeber haben müßten. (Einige Unternehmer applaudierten dem Abgeordneten hier dankbar.) Ob aber der im Falle der Nicht-einigung von der Aufsichtsbehörde zu ernennende Vorsitzende das Vertrauen der Arbeiter hat, danach fragt Herr Trimborn nicht.

Herr Trimborn übergibt, daß das Zentrum den Landarbeitern die Schaffung von freien Hilfskassen verweigerte und es gestattete, daß ihnen das Krankengeld im Winter auf ein Viertel des Ortslohns herabgesetzt werden kann, wie er auch die sonstigen noch vom Zentrum an den Landarbeitern den Juxten zuliebe verübten Inzereien mit dem Mantel der christlichen Liebe bedeckte. Auch die Einschränkung des Heilverfahrens, die alle menschlichen Empfinden und hygienischen Erkenntnisse höhnisch sprechende Maßnahme, „vergaß“ Herr Trimborn bei der Aufzählung der „Vorteile“. Den Beschluß, der den ländlichen Wächnerinnen den so nötigen Schutz nur auf vier, statt auf acht Wochen gewährt, begründete Trimborn mit der Behauptung, der Gesundheitszustand sei auf dem Lande ein besserer als in der Stadt.

Am liebsten hätte Herr Trimborn auch verschwiegen, daß die sogenannte Hinterbliebenenversicherung nur in baldigen Wägen gutteil wird; er sagte aber nicht, daß in Deutschland auf hundert Witwen nur sieben erwerbsunfähige kommen, die zudem auch nicht einmal alle etwas bekommen, weil die Witwe erwerbsunfähig im Sinne der rigorosen Rechtsprechung der Invalidenversicherung sein muß. Kein Wort ließ der Vater der „Leg Trimborn“ davon verlaunen, daß die Summen für die Pungenrenten der invaliden Witwen diesen und dem ganzen arbeitenden Volke durch den Posttarif von 1902 nicht nur ganz einfach gestohlen und den Großagrarierien zugeführt worden sind, sondern daß auch die ursprünglichen Forderungen der Leg Trimborn immer mehr heruntergedrückt wurden, bis sie zur Jarce wurden. Von seiner Unterschrift, deren Herr Trimborn sich vor Jahren selber nicht laut genug rühmen konnte, sprach er diesmal überhaupt nicht.

Nach Herrn Trimborn sprach der Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Herr Steigerwald. Diese widerliche Karikatur eines Arbeiterführers verstieg sich zu der großmäuligen Versicherung, bei den kommenden Wahlen werde man „den Sozialdemokraten die Ablehnung der Reichsversicherungsordnung um die Ohren schlagen“. Herr Steigerwald sollte nur ja seine langen Ohren vor der Wahl rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Aufgebecker Humbug.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“, die die Mär von dem angeblich glänzenden Stand unserer Reichsfinanzen in die halbe Welt hinausposaunt haben, schreiben nunmehr:

„Aus denjenigen politischen Kreisen, die an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform von 1909 nicht beteiligt waren, wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem Ueberschuh des Rechnungsjahres 1910 in Höhe von 117,7 Millionen Mark noch lange nicht eine völlige Gesundung der Reichsfinanzen herbeigeführt sei und daß es auch trotz dieses günstigen Abschusses und trotz der neuen Bestimmungen über die Reichsschuldentilgung noch nicht möglich gewesen sei, von den alten Reichsschulden auch nur einen Pfennig abzuführen. Beide Bemerkungen sind richtig.“

Damit wird also direkt bestätigt, daß offiziöse Schönfärberei betrieben wurde, denn die langatmigen Auslassungen über den günstigen Abschluß des Rechnungsjahres 1910 wären einfach sinnlos gewesen, wenn man nicht damit den Eindruck hätte erwecken wollen, als sei die Finanzlage des Reiches über Nacht eine hervorragende gütige geworden. Es ist nichts weiter als wie Verlegenheitsgestammel, wenn dem famosen Eingeständnis die Bemerkungen angefügt werden:

„Erstens hat man aber nicht geglaubt, die Sanierung der Reichsfinanzen in ganz kurzer Frist zu erreichen, sondern dafür einen Zeitraum von fünf Jahren in Aussicht genommen, der erst mit dem Jahre 1913 abläuft. Sodann wird es das Bestreben aller vernünftigen Finanzpolitiker sein müssen, in der Zwischenzeit noch zu dem Ziele der Tilgung aller Reichsschulden zu gelangen. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn aus dem außerordentlichen Etat in den ordentlichen alle Ausgaben übertragen werden, die nicht werdender Natur sind.“

Diese Versicherungen und Versprechungen sind nicht neu, man hat sie schon so oft gehört, als daß man sie jetzt für bare Münze nehmen könnte. Die Hauptsache bleibt, daß das Reichsschatzamt und der Reichstag seiner Ausgabe zustimmen, für die nicht vorher sichere Dedung festgelegt ist.

Liberaler Arbeiterkandidaten gesucht!

Auf dem für die Kandidatensuche immens noch etwas ungewöhnlichen Wege, nämlich durch Zeitungsinserate, suchen die Nationalliberalen „Arbeiterkandidaten“. In der „Homburger Zeitung“ ist zu lesen:

„Beifügung Aufstellung eines liberalen Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl in den Kantonen Homburg und Waldmohr wolle aus Arbeiterkreisen ein liberaler Arbeiter aus dem Wahlkreis, der sich auf das Württemberg-Programm zu verpflichten hätte und inländisch ist, das allgemeine Interesse des Wahlkreises wickeln und mit Erfolg in der bayerischen Abgeordnetenversammlung zu vertreten, bis längstens 14. Juli hierher bekannt gegeben werden. Die Aufstellung einer geeigneten Kandidatur erfolgt durch Vertrauensleute aus den einzelnen Orten.“

Rationalliberale Arbeiterkandidaten werden wohl etwas rar sein. Hoffentlich wird der Rot durch dieses Inserat abgeholfen, zumal wenn die Sucher in ihren Ansprüchen an die sich Meldenden Bescheiden sind und Intelligenz nicht verlangen.

Wahlrechtskundgebungen.

In Neubude im Landkreis Danzig referierte am 8. Juli Genosse Bartel über die letzte Wahlrechtskomödie des Dreiklassenhauses. In der Debatte sprach zum erstenmal seit seiner schon mehrjährigen Danziger Tätigkeit der freisinnige Parteisekretär Kreil. Er empfahl sich als tiefgläubiger Monarchist gegen den roten Republikanismus der Sozialdemokratie. Die Feststellung der freisinnigen Wahlrechtskomödie in den Gemeindeverwaltungen nannte er demagogisch. Noch während des Vorlesens der Wahlrechtskomödie verschwand der freisinnige Wahlrechtskämpfer dann und kam so um die Gelegenheit, gegen sie zu stimmen.

In Danzig sprach Genosse Crispian am 11. Juli über: „Wahlrechtskomödie und Marokkohahe“. Einstimmig protestierte die Versammlung gegen die Verhöhnung des Volkes durch die Nachhaher der Junkerhaare und gegen die infame Kriegshetze der Marokkotreiber.

Ein Anti-Polenblock.

Wie man aus einer Auslassung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ entnehmen kann, ist für die kommenden Reichstagswahlen in der Provinz Posen ein Block von Deputierten bis Wiener ins Auge gefaßt. Die Parteien — Konservativen, Bund der Landwirte, Nationalliberale und Fortschrittler — wollen die Wahlkreise in den polnischen Distrikten unter sich aufteilen. Allerdings liegen sich die geeinigten Parteien wegen des Wahlkreises Bromberg bereits in den Haaren. Diesen Kreis vertritt der Vizepräsident des Reichstages Abg. Schulz. Die Nationalliberalen behaupten nun, daß sie ein Anrecht darauf haben, diesen Kreis zu besetzen, weil sie bei der Verteilung der Landtagsmandate ausgeschlossen worden seien. Freikonservative und Nationalliberale werfen sich deshalb gegenseitig Störung einer noch gar nicht vorhandenen Einigung vor.

Iren ist menschlich.

Der „Gosfischen Zeitung“ ist ein unfäßliches Mißgeschick unterlaufen. Am Montag teilte das Blatt mit, daß im Wahlkreis Wörz-Rees eine Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Freigen-Rees stattgefunden habe. Von der Zentrumspresse darauf aufmerksam gemacht, daß der Abgeordnete Freigen-Rees noch lebt und sich einer ausgezeichneten Gesundheit erfreut, teilte die Zante Wörz am Donnerstag mit:

Natürlich handelt es sich nicht um eine Reichstagsersatzwahl. Der Zentrumsabgeordnete Freigen-Rees will für die nächsten Reichstagswahlen nicht wieder kandidieren. Für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Freigen-Rees findet in Düsseldorf im September eine Reichstagsersatzwahl statt. Die Zentrumspresse wird natürlich vor Vergnügen wieder heulen, denn der Abgeordnete Freigen-Rees lebt auch noch. Die Nachwahl, die in Düsseldorf stattgefunden hat, ist bekanntlich nötig geworden durch den Tod des Abgeordneten Kirsch.

Die Oshayer Soldatenmißhandlungen vor dem Verurteilungsgericht!

Im letzten Mißhandlungsprozeß beim Manenregiment Nr. 17 in Oshay im Juni d. J. hatte das Dresdener Kriegsgericht ein derart gelindes Urteil gefällt, daß es nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch die bürgerliche Presse für nötig hielt, es zu kommentieren. Es handelt sich um unerhörte Roheiten des jetzigen Unteroffiziers Keller, die dieser noch als Gefreiter begangen hat. Während der großen Mißhandlungsprozesse im vorigen Jahre kamen auch die Brutalitäten Kellers zur Sprache. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß unzählige Mißhandlungen begangen hatte. Eine Verurteilung konnte aber nicht erfolgen, weil der Mordling nicht als Vorgesetzter gehandelt hatte und von den geschlagenen Rekruten der erforderliche Strafantrag aus Furcht vor weiteren Quälerien nicht gestellt worden war. Aus der unglaublichen Fülle von Mißhandlungen wurden dann die Fälle heraus gezogen, die sich als gefährliche Körperverletzung qualifizierten. Im ganzen wurden sechs Fälle unter Anklage gestellt. Auf die Einzelheiten wollen wir hier nicht mehr eingehen, wir haben damals ausführlich berichtet. Das Kriegsgericht erachtete zwei Fälle nicht für erwiesen und erkannte wegen der übrigen vier Fälle auf die ungläublich gelinde Strafe von — drei Wochen Gefängnis! Wegen des Urteils legte der Bezirksherr Verurteilung ein, er erstrebe eine Verurteilung auch in den übrigen Fällen und eine Erhöhung der Gesamtstrafe. Aber auch der Angeklagte erstrebe eine — Ermäßigung der Strafe!

Die Angelegenheit beschäftigte nun das Dresdener Ober-Kriegsgericht in einer längeren Verhandlung. Auch hier wurden die ganzen Schrecklichkeiten zutage gefördert. So manche Roheit und Brutalität kam zur Sprache. Das Verurteilungsgericht hob das erstinstanzliche Urteil auf, erachtete die zwei ausgeschiedenen

Fälle ebenfalls nicht für erwiesen und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis! Es hat eine Erhöhung der Strafe um bestmöglichen für angezeigt gehalten, weil der Angeklagte durch seine Roheit und Brutalität es mit verschuldet hat, daß der gute Ruf der Truppe nach außen hin geschädigt worden ist. Das gesamte rohe Verhalten des Angeklagten mußte strafverschärfend in Betracht kommen. Kellers Verurteilung wurde verworfen.

Frankreich.

Erwünschte Attentate.

Paris, 13. Juli. Beim Bahnhof Chartres wurden drei Leute dabei überfallen, wie sie eine Holzbox auf das Gleise legten. Die Hebelräder, darunter ein Soldat des 102. Infanterieregiments, konnte festgenommen werden.

Unweit von hier ist gestern auf der Linie Paris-Vorzeux noch ein anderer Fall von Sabotage vorgekommen. Kurz vor der Vorbeifahrt eines Schnellzuges wurde eine Signalleuchte quer über die Schienen gelegt, die jedoch rechtzeitig entfernt werden konnte.

Diese blöden „Attentate“, die gerade jetzt, wo die Kammer den gemohrgelassen Eisenbahnen ihr Versprechen bricht, der Regierung so gelegen kommen, sind allerdings recht verdächtig. Ihre Urheber werden den Ragnierern dieser Dummheiten nicht fernstehen. Die Arbeiter haben jedenfalls damit nichts zu schaffen.

Gegen die Hausfuchungen.

Paris, 13. Juli. Der Municipalrat von Paris hat nach langer Debatte mit 48 gegen 7 Stimmen eine von dem Sozialisten Ravarre eingebrachte Tagesordnung abgelehnt, in der gegen die kürzlich in der Arbeitsbehörde vorgenommenen Hausfuchungen Einspruch erhoben wird.

Demonstrationen am 14. Juli.

Paris, 12. Juli. (Fig. Ver.) Die Seine-Föderation der geeinigten Partei hat beschlossen, der von der „Guerre Sociale“ gegebenen Anregung Folge zu leisten und am 14. Juli eine Kundgebung für die Amnestie der wegen politischen und Streikvergehen Eingekerkerten zu veranstalten. Ein Demonstrationzug soll in den Morgenstunden — d. h. während die freiwilligen und die offiziellen Patrioten und die sonstigen Verehrer von zweierlei Tuch der Truppenrevue in Longchamp betreiben — vom Postplatz aus über den Boulevard Arago marschieren, an dem das Gefängnis der Santé liegt, wo Hervé und seine Freunde sitzen. Ordner sollen den Marsch regeln.

Der Gewerkschaftsverband der Seine veröffentlicht dagegen einen Aufruf, worin er das Volk auffordert, „jeder in seinem Quartier“ zu manifestieren und zwar durch Singen revolutionärer Lieder auf den Straßen. Das heißt so viel, daß die Gewerkschaften das Zusammenwirken mit der Partei ablehnen.

Verbot der Kundgebungen.

Paris, 13. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Regierung hat die Kundgebungen unter den Mauern des Gefängnisses Maison de la Santé verboten. — Aus dem Westen sind bereits mehrere Regimenter Soldaten zur Verwendung gegen die ausständigen Bauarbeiter und gegen die Demonstranten eingetroffen, damit die Pariser Garnison an der Truppenchau teilnehmen kann. (11)

England.

Die Versicherungsvorlage im englischen Parlament.

London, 12. Juli. (Fig. Ver.) Es scheint augenblicklich sehr zweifelhaft, ob die Versicherungsvorlage des Schatzkanzlers in dieser Session erledigt werden wird. Die zur parlamentarischen Beratung in Aussicht genommene Zeit ist sehr knapp bemessen und die Schwierigkeiten mehren sich von Tag zu Tag. Unter den Kritikern der Vorlage tun sich besonders die Ärzte hervor, die ganz unerhörte Ansprüche stellen, so daß man glauben könnte, sie seien der Ansicht, daß die Kranken für die Ärzte und nicht umgekehrt die Ärzte für die Kranken da seien.

In sozialistischen Kreisen Englands ist man sich über die Art der Versicherung nicht einig. Die einen verlangen ein Versicherungssystem ohne Beiträge oder wollen wenigstens die Arbeiter, die dicht an der Hungergrenze leben von der Beitragspflicht befreit wissen. Diese Ansicht wird von den Mitgliedern der S. D. P. und scheinbar auch von dem größten Teile der Mitglieder der I. L. P. geteilt; auch die Webbs sind gegen die Beitragspflicht. Auf der anderen Seite hat sich die Mehrheit der Arbeiterpartei für das Beitragssystem ausgesprochen. Die Arbeiterpartei ist jedoch entschieden gegen die vom Schatzkanzler festgesetzte Verteilung der Kosten. Sie tritt für eine höhere Belastung der Staatskasse und eine Entlastung der Arbeiter ein. Auch will sie den Grundlag der Staffelnbeiträge für die Versicherten, der in dem Lloyd-Georgeschen Projekt nur bis zu der Lohnhöhe von 2/3 Schilling (Tagelohn) anerkannt wird, auf weitere Lohnklassen ausdehnen. Sie droht der Regierung, gegen die dritte Lesung zu stimmen, wenn ihrem Verlangen nicht Rechnung getragen wird.

Die Erledigung der Vorlage wird außerdem noch durch Umstände allgemein politischer Natur gefährdet. Gemäß dem Aktionsprogramm der liberalen Partei muß die Versicherungsvorlage noch in diesem Jahre durchgehen, damit die für das nächste Jahr in Aussicht genommene Home-Rule-Bill nicht der Gefahr ausgesetzt wird, Schiffbruch zu leiden. In Anbetracht der Bestimmungen der Parlamentsvorlage hat die irische Forderung keine Aussicht auf Annahme in diesem Parlament, wenn sie nicht im nächsten Jahr zum erstenmal von der Volksvertretung angenommen wird. Die Opposition versucht daher alles, um die baldige Annahme der Versicherungsbill zu vereiteln. Doch obgleich dieses Treiben der Konservativen klar zutage tritt, können die wahren Freunde der Arbeiterversicherung dennoch nicht davon ablassen, die Vorlage einer gründlichen Kritik zu unterziehen und sie zu verbessern, wo es nötig ist. Der Uebereilung, mit der die Regierung vorgeht, ist es auch zuzuschreiben, daß die Vorlage von Tag zu Tag an Wert verliert. Die Reaktionen brauchen bloß den Mund aufzumachen, um ihre Forderungen und mehr als ihre Forderungen durchzusetzen. Der neue Vorschlag des Schatzkanzlers, die Landarbeiter zu einer minder berechtigten Klasse von Versicherten zu machen, ein Vorschlag, der die Opposition beunruhigt, bedeutet zweifelsohne eine empfindliche Verächtlichmachung der ganzen Vorlage.

Aus der Partei.

Stadtratswahlen in Baden.

Man schreibt uns:

In dieser Woche hatten die drei Städteordnungs-Kommunen Karlsruhe, Freiburg und Forzheim auch die Erneuerungswahlen ihrer Stadträte vorzunehmen. Bei dieser Wahl, bei welcher auch der Proporz ausschlaggebend ist, sind stimmberichtig die 96 neugewählten Stadtverordneten, die noch amtierenden bisherigen Stadträte und die Bürgermeister. In Karlsruhe besteht deshalb der Wahlkörper aus 124 Personen, von denen nur 96 aus den Urwahlen des Dreiklassensystems mit dem Proporz hervorgegangen sind.

In Karlsruhe verfügten bei diesem Wahlgang unsere Genossen über 33 Stimmen (30 Stadtverordnete und 3 Stadträte), also über 23 Prozent; da 22 Stadtratsmandate zu vergeben waren, gewährt der Proporz der sozialdemokratischen Partei fünf bis sechs Sitze. Es waren zwei Wahlgänge notwendig, da ja die Hälfte der Stadträte auf sechs resp. drei Jahre erloren werden mußte. Zu den bisherigen drei Stadträten unserer Partei (Geel, Eugen, Kollb, Wilt, und Mayer, Florian (letzterer für den Vorort Grünwinkel), treten die drei neugewählten Dr. Wöhring, Dr. Diez und A. Philipp. Damit hat die sozialdemokratische Partei im Bürgerausschuß (Stadtverordnete und Stadträte mit gleichem Stimmrecht) 30 Stimmen unter 124 (gegen bisher 35 bzw. 34). Auch im Stadtverordnetenrat ist die Fraktion durch den Genossen Willi vertreten; es war für dieses Kollegium eine Vereinbarung unter den Parteien getroffen, während die Anregung, auch für die Stadtratswahl einen Kompromißvorschlag herbeizuführen, von der großen Mehrheit unserer Genossen abgelehnt worden ist.

In Freiburg i. B., wo sich unsere Genossen, wie bereits erwähnt, zum erstenmal selbständig an der Wahl für die Ratshausvertretung beteiligten, brachten sie 18 Stadtverordnete von 96 durch oder etwa 18,6 Proz. — ein Sechstel. Unter den 18 Stadträten sind künftig 2 Sozialdemokraten, die Genossen Engler, Parteisekretär und Grumbach, Rechtsanwalt.

Marxistische Organe für Belgien.

Und Wraffel wird uns gemeldet: Die belgische Parteipresse ist in ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit einer Ausnahmeverlesung von Meinungen über prinzipielle Grundfragen nicht zugänglich — was ja auch mit dem Hauptgrund dafür ist, daß für diese Fragen, obwohl sie in der Politik der Arbeiterpartei eine immer mehr anwachsende praktische Bedeutung gewinnen, das theoretische Interesse in der Allgemeinheit zu einem nur geringen Teil vorhanden ist. Gewiß kann man in einem berechtigten circulus vitiosus die Zurückgebliebenheit der Arbeiterbewegung selbst wieder zu einem Teil wenigstens für den Mangel an diesem Interesse verantwortlich machen, womit aber die erstangeführte Tatsache in ihrem Gewicht nichts weniger als aufgehoben ist.

Zutatsache ist, daß zum Beispiel im gegenwärtigen Augenblick, wo die Politik der Arbeiterpartei zu Auseinandersetzungen prinzipieller Natur mannigfachen Anlaß für die Presse böte, im geleseften Parteiblatt sozusagen nur die offizielle Aufschauung zum Ausdruck kommt. Abgesehen aber davon, daß diese Art Politik wenig befruchtend auf das geistige Partyleben wirkt, gibt damit die Presse auch nicht das wirkliche und ganze Bild der Partei, die nun einmal auch in Belgien sich nach zwei Tendenzen hin entwickelt hat — Tendenzen, die sich durch die politischen Geschehnisse in naher Zukunft wohl zu noch klareren und prononcierteren Formen entwickeln dürften.

So ist es nur zu begrüßen, daß Belgien in Zukunft eine Art nationaler literarischer Kampfbühne erleben wird, die in den gegebenen beschriebenen Grenzen eine kontinuierliche und systematische kritische Sichtung der Parteifragen vom marxistischen Standpunkte anstrebt. Das in Verhem, einem bedeutenden Arbeiterort der Antwerpen, erscheinende blattmäßige „Volharding“ („Wohartheit“) wie das in Brüssel in französischer Sprache erscheinende Blatt „La Luttes des Classes“ („Der Klassenkampf“) werden künftig in vergrößerter Auflage herausgegeben werden und mit Kräften von Genossen der marxistischen Richtung über alle das Partyleben und die Politik berührenden Fragen unterstützt werden. Die Blätter werden auch weiter in der Verwaltung der betreffenden lokalen Organisationen. Für die Manifestation vom 15. August wird eine Sondernummer vorbereitet, die in verstärkter Auflage erscheinen und prinzipielle Darlegungen über die Wahlrechtsfrage und die Klassenkampfpolitik bringen wird. Alle Freunde eines regeren kritisch-literarischen Partylebens, alle denen die Erhellung der Probleme der modernen Arbeiterbewegung vom marxistischen Standpunkt wertvoll und wichtig für die Entwicklung der Sozialdemokratie erscheint, werden die Ausgestaltung der beiden Blätter willkommen heißen. — „Volharding“ und „La Luttes des Classes“ werden zum Teil ihre Artikel in wechselseitiger Uebersetzung bringen. Es ist dies vorerst nur ein kleiner Anfang, aber man darf von der Entwicklung der Parteidemokratie erwarten, daß der Ausbau auf diesem Weg weiter gepflegt werden wird zum Nutzen einer theoretischen Erfassung des Sozialismus und der sozialistischen Probleme in Belgien.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nummer 14 hat unter anderem folgenden Inhalt: Das Parlament der Arbeit. — Die Maschine. I. Von W. E. Stein. — Viele aus der Fremde. (Fortsetzung). — Die Reanderstaler, eine Menschenrasse der Vorzeit. Von Hainrich Lehmann. (Illustriert). — Aus der Arbeiterversicherung. — Die Gegner an der Arbeit. — Vom Kriegsaufschlag. — Aus der Jugendbewegung ufm. — Seilage: Die Auswanderer. Erzählung von Emil Erll. — Song der Jungen. Gedicht von Ludwig Lassen. — Die Handwerksgelesen im Mittelalter. Von Engelbert Graf. — Japanischer Humor. Von G. Reiner. (Mit neun Abbildungen). — Gottfried August Bürger. Von E. Hoernle. — Aus den Rolly-Liedern von Bürger. — Wie Schwilwig-Hofmeins Arbeiterjugend Dänemark besuchte. Von G. E. Kiel.

Aus Industrie und Handel.

Der tote Petrolentrust — lebt.

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika hat den Petrolentrust wegen der Verhöfe gegen das Sherman-Gesetz verurteilt, ihm eine bestimmte Frist vorgeschrieben, um den Miesenbetrieb des Trusts, der sich über die ganze Welt erstreckt, den Erfordernissen des Gesetzes anzupassen. Rockefeller und seine Helfer, zu denen an erster Stelle auch die raffiniert und amerikanisch-lächliche Leitung der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft, der deutschen Diktaturgründung gehört, sind jetzt eifrig dabei, den Petrolentrust so zu zerlegen, daß er als Trust wieder aufersteht. Wie sich die „Frankf. Ntz.“ melden läßt, soll dies in geschwinden, daß der größte Teil der heute in der Welt zentralisierten Unternehmungen für die Zukunft selbständig arbeiten sollen. Besonders Unternehmen sollen für die einzelnen Produktions- und Absatzprozesse gebildet werden. Ingefaße in der Art, daß die Delgation; dann die Raffinerien, die Pipelines, der Seetransport und der Verkauf und Export ebenfalls durch neuorganisierte Unternehmen kontrolliert werden. Da die Macht des Trusts sich speziell über die Pipelines (Röhrenleitungen) erstreckt, so erblickt schon daraus, daß in den Profiteuren und im Sammelboden der Gewinne alles beim alten bleibt.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Gewerkschaftliches.

Eine Gewerkschafts-Zahlstelle als politischer Verein.

Die Polizeiverwaltung zu Thorn erließ am 7. November 1910 an den Zimmerer Neumann als dem Vorsitzenden der Zahlstelle Thorn des Deutschen Zimmerer-Verbandes eine Verfügung, durch die sie ihn aufforderte, gemäß § 3 des Vereinsgesetzes, der von den politischen Vereinen handelt, ihr die Anordnung der Sitzung und der Zusammenkunft des Vorstandes anzuzeigen. Die Polizei ging davon aus, daß die Zahlstelle ein Verein im Sinne des § 3 sei, also ein „Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt“.

Neumann, der dies bestritt, beschwerte sich vergeblich beim Regierungspräsidenten in Marienwerder und beim Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen.

Dann klagte er beim Oberverwaltungsgericht. Der Oberpräsident reichte die sogenannten „polizeilichen Vorgänge“ ein. Es waren dies Ueberwachungsberichte von Polizeibeamten, welche Versammlungen der Zahlstelle aus den Jahren 1906 bis 1908 betrafen, und zwar als letzte eine Versammlung vom Februar 1908. Aus der späteren Zeit bis zum Zeitpunkt des Erlasses der Verfügung im November 1910 waren keine Berichte da.

Rechtsanwalt Dr. Herz aus Hamburg, dem Zentralsitz des Zimmererverbandes, vertrat den Kläger. Zunächst machte er geltend, daß nach dem Reichsvereinsgesetz der Polizei ein erzwingbares Recht, den Vorsitzenden eines Vereins zur Erfüllung der Anzeigepflicht anzuhalten, nicht zugesprochen werden könne. — Ferner sei die Zahlstelle kein selbständiger Verein. § 3 dürfe nicht ausdehnend interpretiert werden. Eine Zahlstelle, wie die hier vorliegende, sei lediglich ein dienendes Glied des Gesamtverbandes. Ein eigenes Statut bestimme sie überhaupt nicht. Für alle Zahlstellen seien einheitliche Vorschriften im Verbandsstatut gegeben. Für die Unselbständigkeit der Zahlstelle spreche auch die geschichtliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, in der nach schweren Kämpfen das Prinzip der Zentralisation über die lokale Organisationsform völlig gesiegt habe. Wollte man die örtlichen Gruppen als selbständige Vereine behandeln, dann entstanden allerlei logische Widersprüche. Der Anwalt führte das näher aus und wandte sich dann gegen die Annahme der Behörden, daß die Zahlstelle Thorn auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezwecke. (§ 3 des Gesetzes.) Als politisch im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes werde man nur einen Verein ansehen können, der einen Einfluß auf den allgemeinen Gang der Gesetzgebung bezwecke. Interessentenorganisationen, die zur Förderung ihrer beruflichen Interessen besondere gesetzliche Bestimmungen erstrebten, könnten nicht darunter fallen. — Wie liegen aber nun die Dinge hier in bezug auf die Wirksamkeit der thornischen Zahlstelle? Die Polizeiberichte, die noch dazu nur bis zum Februar 1908 reichten, ließen höchstens erkennen, daß gelegentlich Redner politische Angelegenheiten berührt, sie also höchstens gelegentlich „erörtern“ hätten. Unter diesen Umständen könne davon, daß die Zahlstelle auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezwecke, absolut keine Rede sein.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Klage mit folgender Begründung ab: Wenn § 3 des Reichsvereinsgesetzes den Vorständen politischer Vereine bestimmte Verpflichtungen auferlege, so folge ohne weiteres daraus, daß die Polizei auch berechtigt sei, die Einreichung der fraglichen Nachweisungen (Statuten, Statutenänderungen usw.) durch Verfügung zu fordern. Es sei nun zunächst anzunehmen, daß die Zahlstelle ein selbständiger Verein sei. Das ergebe sich schon aus dem Statut des Zentralverbandes der Zimmerer. Die Zahlstellen des Zentralverbandes hätten danach eine eigene Organisation, einen eignen Vorstand, Kassierer, Revisor usw., und sie entfalten auch eine eigene Verwaltungstätigkeit. Auch erheben sie nicht nur Beiträge für den Gesamtverband, sondern es ständen ihnen auch eigene Mittel zur Verfügung, zum Beispiel in sogenannten örtlichen Fonds, die sie sammelten. Ferner habe jede Zahlstelle eigene Ziele, indem sie Streiks und Aussperrungen im eigenen Namen und auf eigene Verantwortung beschließen können. Darum seien zweifellos die Zahlstellen des Zimmererverbandes selbständige Vereine — Aber auch der politische Charakter der Zahlstelle Thorn müsse anerkannt werden. In einer Reihe von Versammlungen der Zahlstelle seien Gegenstände erörtert worden, die zu den politischen gehörten: Reichstagsauflösung, Kolonialpolitik, Reichsvereinsgesetz, Steuergesetze, Ostmarkenpolitik, Gesetzgebung bezüglich des Koalitionsrechts. — Nach diesen Erörterungen habe der Senat auch keinen Zweifel, daß die Zahlstelle bezwecke, auf politische Angelegenheiten einzuwirken. Denn es sei in den Erörterungen zum Ausdruck gekommen, daß die Mitglieder bestrebt sein sollten, alles das, was notwendig sei, zur Durchführung zu bringen, insbesondere durch eine bestimmte Einwirkung bei den Reichstagswahlen. Darin liege die Einwirkung auf politische Angelegenheiten. Wenn nun auch die Polizeiberichte, an deren Mäßigkeit der Senat nicht zweifle, nur die Zeit von 1906 bis zum Frühjahr 1908 umfassen, so habe der Senat keinen Zweifel, daß der Zustand fortgedauert habe bis in die Neuzeit. Es wäre Sache des Klägers gewesen, nachzuweisen, daß seit 1908 eine Aenderung eingetreten sei. Den Nachweis habe er nicht geführt.

Berlin und Umgegend.

Die Entwicklung der Innungen.

Innungsverbände bestehen in Preußen im Jahre 1911 im ganzen 41. Sie umfassen 245 684 Verbandsangehörige. Die Verbandsangehörigen verteilen sich auf 4062 Innungen mit 241 119 Mitgliedern. Eine kleine Zahl, nämlich 4503, sind Einzelmitglieder. Der größte Innungsverband, der Zentralverband deutscher Wäckerinnungen „Germania“, umfaßt 93 247 Verbandsangehörige. Über 10 000 Mitglieder haben außerdem der Deutsche Fleischerverband in Frankfurt a. M. mit 42 863 Mitgliedern, der Bund deutscher Schneiderinnungen in Magdeburg mit 24 068 Mitgliedern, der Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnungen mit 22 518 Mitgliedern, der Bund deutscher Schmiede-Innungen mit 12 487 und der Bund deutscher Schuhmacherinnungen mit 11 254 Mitgliedern. Daneben gibt es „Verbände“, die nur 173 Verbandsangehörige überhaupt zählen, wie der Bund deutscher Steinsetzungen mit seinen vier Innungen. Die meisten Innungen, nämlich 1907, hat der Zentralverband deutscher Wäckerinnungen „Germania“, dem der Deutsche Fleischerverband in Frankfurt mit 1203 und der Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnungen mit 899 Innungen.

Wahung, Lithographen und Steinbruder! Die Kollegen in Gera stehen im Streik. Die Unternehmer suchen in Berliner Tageszeitungen Erbschaften. Wir ersuchen, etwaige Stellenangebote strikte abzulehnen.

Die Verwaltungen der Lithographen und Steinbruder Berlins.

Unter der Gewalt Herrschaft von Arbeitswilligen

Seit einiger Zeit die Stadt Güstrow in Mecklenburg. Dort streiken seit einiger Zeit die Arbeiter der Stuhlfabrik. Vor mehreren Tagen gelang es nun der Fabrikleitung, durch Vermittlung des bekannten „gelben“ Kaczmarek-Berlin, eine Kolonne von Arbeitswilligen zu bekommen, die sich in Güstrow alles erlauben darf. Besonders gingen die Leute recht ungeniert mit dem Revolver um. Ein am Streik völlig unbeteiligter Arbeiter wurde eines Abends von einem der Revolverhelden angehauen, ohne glücklicherweise ernsthaft verletzt zu werden. Obgleich dies alles vorhergegangen war, waren die Streikenden doch überrrascht, als sie in der Nacht auf den Bahnhof kamen und dort vor dem Portal einen Arbeitswilligen voranden, der einen schußfertigen Revolver in der Hand hielt. Er erwartete vier mit dem Nachtzuge ankommende „nützliche Elemente“. Unsere Genossen machten einen Schumann darauf aufmerksam, sie erhielten aber den verblüffenden Bescheid: „Wenn Ihnen das nicht paßt, können Sie sich morgen früh 8 Uhr auf dem Rathaus beschweren!“ Nicht nur die Arbeitererschaft, auch die Bürgererschaft von Güstrow ist über diese skandalöse Verhätzung der nützlichen Elemente aufs höchste erbittert.

Ausland.

Warnung vor Zug von Bauarbeitern nach Paris.

Das Internationale Gewerkschaftssekretariat erhielt von der Pariser Bauarbeiterorganisation die Mitteilung von dem am Montag, den 8. Juli, in Paris und im gesamten Seine-Departement ausgedrohten Generalsstreik aller Arbeiter der Bauindustrie. Es wird um strikte Fernhaltung jeden Zuganges von Bauarbeitern in das Streikgebiet ersucht. Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck gebeten.

„Wir Arbeitswilligen können einen totschlagen...“

Dieser Ausdruck eines Grimmitshauer Arbeitswilligen scheint für alle Bewegungen und für die ganze Welt zu gelten. Aus Paris wird vom Maurerstreik gemeldet, daß dort ein Arbeitswilliger einen Streikenden erschossen haben soll. Nach einer anderen Version handelt es sich um eine Messeraffäre, die sich nach einer Fehderei anscheinend unter den „nützlichen Elementen“ selbst abgespielt hat. Was richtig ist, werden weitere Meldungen ergeben. Soviel steht fest, daß der Messerheld ein Arbeitswilliger war. Deswegen dürfte ihm allgubiel nicht passieren. Die „Siebenmonatskinder“, die in Rußland unter den Augen von Schulleuten streikende verhauen haben, laufen auch noch frei umher. Und in der Bourgeois-Republik werden die Arbeiter nicht besser behandelt, als unter dem preussischen Absolutismus.

Der Streik der Seeleute.

London, 11. Juli 1911.

Die Arbeit wurde gestern morgen allgemein in Manchester wieder aufgenommen, nachdem die sechstägigen Verhandlungen anderthalb Stunden nach Mitternacht am selben Tage mit dem Siege der Arbeiter ihren Abschluß gefunden hatten. Was die Seeleute und Doodarbeiter anlangt, so waren ihre Forderungen schon vorher bewilligt worden; aber diese Arbeiter wollten die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis daß sich die Unternehmer mit allen ihren Kameraden aus den anderen Berufen, die ihnen so wacker beigestanden hatten, geeinigt hätten. Diese schöne Solidarität führte zum Siege auf der ganzen Linie.

Die Seeleute haben in Manchester einen nicht geringeren Sieg errungen als in Hull. Höhere Löhne, Regelung der ärztlichen Untersuchung, Anerkennung des Verbandes, Abschaffung des Zwangsarbeitsnachweises des Reederverbandes: dies sind die Hauptresultate des Kampfes. Die Führer haben einen Minimallohn von 25 Schilling die Woche errungen. Die Doodarbeiter haben einen Minimallohn von 5 Schilling den Tag bei neunstündiger Arbeitszeit sowie die Anerkennung ihrer Gewerkschaft erzielt.

Der Sieg war wohl der Entbehrungen wert, die die streikenden Arbeiter von Manchester in der vergangenen Woche durchgemacht haben. Der größte Teil von ihnen war nur auf die Beiträge der sympathisierenden Mitbürger angewiesen und hatte einen harten Stand. Die Folgen der mageren Woche konnte man gestern im Hafen von Manchester wahrnehmen, wo viele Arbeiter kaum imstande waren, ihre gewohnte Arbeit zu verrichten. Die Seeleute und Feizer veranstalteten eine feierliche Beerdigung der Karten des Arbeitsnachweises des Reederverbandes, woran sich eine große, freudig erregte Menge beteiligte. Unter dem Jubel der Menge ging das heilige Symbol der Menschheit in Flammen auf. Neunzig Schiffe liegen augenblicklich im Hafen, die ausgeladen und wieder verladen werden müssen, was mindestens vierzehn Tage in Anspruch nehmen wird. Angesichts dieser neuen Niederlage schneiden die Scharfmacher des Reederverbandes recht komische Gesichter. Sie tun, als mache ihnen das gar nichts aus und drohen nach wie vor, ihre Schiffe abzutakeln. Sie haben auch schon eine Tabelle entworfen, die die Entschädigungsziffern angibt, auf die diejenigen Reeder, die ihre Schiffe mindestens 30 Tage untauglich im Hafen liegen lassen, Anspruch haben sollen. Aber die öffentliche Meinung, die mit den Seeleuten hält, nimmt diese Drohungen nicht ernst.

In London scheint die Bewegung unter den Doodarbeitern einen friedlichen Ausgang zu nehmen. Dies ist in erster Linie der entgegenkommenden Haltung des Londoner Hafenamts zuzuschreiben. Der Transportarbeiterverband verlangt für die Mitglieder der ihm angeschlossenen Gewerkschaften einen Minimallohn von 8 Pence die Stunde. (Der herrschende Lohnsatz, der in dem großen Streik des Jahres 1889 erlöst wurde, betrug 6 Pence.) Das Hafenamts, das von den 23 000 beteiligten Arbeitern selbst 7—8000 beschäftigt, hat den Transportarbeitern einen Minimallohn von 7 Pence die Stunde angeboten und hat sich auch bereit erklärt, jeder Zeit mit den Vertretern der Arbeiter wie bisher üblich zu verhandeln. Die Mehrheit der anderen Arbeitgeber hat jedoch keine bestimmte Antwort gegeben. Aber angesichts der Haltung des Londoner Hafenamts kann man annehmen, daß auch die Bewegung in London in einigen Tagen mit einem Erfolge der Arbeiter enden wird. Allerdings ist nicht ausgeschlossen, daß die Verzögerungstaktik der Unternehmer noch einige kleine Streiks im Londoner Hafen hervorrufen wird.

Der Streik der holländischen Seeleute

ist für Rotterdam beendet. Die Reedervereinigung hat dort eine Erhöhung der Monatslöhne um 3 Gulden (5,10 M.) zugestanden, die vom 1. Januar 1912 ab gezahlt werden soll. Die Seeleute sollen sich dafür verpflichten, während der drei nächsten Jahre nicht mit neuen Forderungen zu kommen. Es handelt sich also um einen dreijährigen Tarifvertrag, über dessen endgültige Festlegung später, im September, in einer Kommission beraten werden soll. Gefordert hatten die Seeleute 5 Gulden Lohnserhöhung sowie eine Revision des Dienstreglements, mit der sich die Kommission ebenfalls noch befaßt hat. Die Organisation der Seeleute hat sich durch den Kampf die Anerkennung der Reedervereinigung errungen. Die Vereinbarungen sind von der Versammlung der Seeleute mit 334 gegen 170 Stimmen gutgeheißen worden. Die Arbeit wurde, soweit die betreffenden Schiffe im Hafen waren, am 11. Juli wieder aufgenommen. Alle Streikenden werden wieder eingestellt.

In Amsterdam dauert der Streik, soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, noch fort. Der Minister Talma hat

allerdings Verhandlungen zwischen den Parteien angeknüpft, aber ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Er unterhielt sich zunächst ausschließlich mit den Vertretern der beiden Parteien über die Frage, ob die Organisation Anteil habe an terroristischen Handlungen, die gegen Streikbrecher verübt worden sein sollen. Vielleicht wäre es eher angebracht, zu untersuchen, welchen Anteil das Unternehmen an dem Terrorismus hat, den Polizei und Militär gegen friedliche Bürger ausgeübt hat. Sind die Hüter der sogenannten öffentlichen Ordnung in ihrer blinden Wut doch sogar so weit gegangen, daß sie ein deutsches Frachtschiff „Alster“, als es den Amsterdamer Hafen verließ, um nach Hamburg zu fahren, mit Flintenschüssen überschütteten, weil sie der Meinung waren, es sei ein kleiner Dampfer, mit denen die Streikenden ein paarmal versucht hätten, ihre ankommenden Kollegen über die Tatsache des Streiks aufzuklären. Was wird übrigens das so starke und gegen wilde Völker so empfindliche Deutsche Reich gegen diesen flagranten Bruch des Völkerrechts unternehmen? In der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag war es übrigens auch in den Straßen von Amsterdam wiederum zu einer ganz blödsinnigen Schierei vonseiten des Militärs gekommen, wobei sechs Personen verwundet wurden. Es ist hierbei ganz zweifellos festgestellt, daß die Streikenden auch nicht das mindeste mit der ganzen Sache zu tun hatten. Die Veranlassung war lediglich die, daß ein Soldat eine Frau mit dummen Redensarten belästigte und einige Leute herzuflamen, die die Frau zu schützen suchten. Da zog der Soldat erst seinen Säbel, und als die Leute flohen, begann man, ohne daß sich irgendetwas anderes ereignet hatte, zu schießen. — Die Arbeitererschaft Amsterdams hat bereits in zwei großen Massenversammlungen gegen das Kosakenregiment energisch Protest erhoben. Inzwischen kommt die Nachricht, daß die Reeder die Vermittlung des Ministers abgelehnt haben, und zwar mit der sonderbaren Begründung, daß eine Einigung unter diesen Umständen gleichsam eine Legalisierung des Terrorismus bedeute, durch den der Streik seine jetzige Ausdehnung erhalten habe. Der Minister Talma hatte die Fälle von „Terrorismus“, die ihm von Unternehmern mitgeteilt worden waren, untersucht und in dem Ergebnis keinen Grund gefunden, seinerseits die Vermittlung abzulehnen, was wohl auch als Beweis dafür gelten kann, daß das Geschrei über den „Terrorismus der Streikenden“ unbegründet ist!

Aus der Frauenbewegung.

Ein Streik der Feldarbeiterinnen.

In Geismar, einem Dorfe von über 3000 Einwohnern in der Nähe von Göttingen, herrscht große Aufregung. Die Feldarbeiterinnen, die sogenannten Tagelöhnerfrauen, sind nämlich in eine Bewegung eingetreten, die vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit erstrebt. Als Kulturmensch kann man der Bewegung nur sympathisch gegenüberstehen, denn die Tagelöhnerfrauen bekommen — man sollte nicht glauben, daß das im 20. Jahrhundert möglich sei — für die schwere Feldarbeit von morgens 6 bis abends 7 Uhr sage und schreibe eine ganze Mark. Die Frauen fordern trotzdem nicht etwa mehr Lohn, sie wollen ihre Arbeitszeit nur statt um 7 Uhr, um 6 Uhr beenden, da ihnen sonst für ihre anderen Pflichten keine Zeit bleibt. Man muß bedenken, daß es sich hauptsächlich um Frauen handelt, deren Männer in Göttingen arbeiten. Da die Männer infolge der großen Entfernung von der Arbeitsstätte meist mittags kein warmes Essen bekommen, ist es nötig, daß die Frauen abends eher zu Hause sind, damit sie noch kochen können. Und dann die Kinder! Auch sie, den ganzen Tag sich selbst überlassen, wollen ihre Mutter einmal haben. Aber für dergleichen inklinieren die Großagrarien nicht. Daher ist es in mehreren Betrieben zu einer Arbeitseinstellung gekommen; einer der Landbespoten hat ausgesperrt. Nur in fünf Betrieben ist der Sechsuhr-Feierabend bewilligt worden. Die übrigen „Landlords“ drohen mit der Einstellung von polnischen Arbeiterinnen, sie tragen keine Bedenken, diesen 1,20 M. für den Tag zu geben. Aber deutschen Mitbürgerinnen, die für nur eine Mark arbeiten, abends eine Stunde früher freizugeben, weigert man sich. Daß sind dieselben Leute, die im Kirchenvorstand und im Kriegerverein das große Wort haben. Das ist deutsche Frömmigkeit und deutscher Patriotismus! Bei den Großagrariern reichen Patriotismus und Religion bis zum Geldbeutel. Der ist ihnen alles — Gott und Vaterland zugleich!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 16. Juli: Wanderpartie (nur für gute Fußgänger) Wildpark — Fernsch. Treffpunkt 7,30 Uhr, Potsdamer Bahnhof. Abfahrt 7,52 Uhr bis Wildpark. Sonntag, den 6. August: Familienpartie nach Ravensfleiner Wähe.

Letzte Nachrichten.

Solidaritätsstreik.

Mannheim, 13. Juli. (W. G.) Die Arbeiter der Süddeutschen Rabelwerke, die zu dem Hebbenderheimer Kupferwerk gehören, haben heute früh die Arbeit niedergelegt. Ein Arbeiter war entlassen worden, weil er Ueberstunden verweigert hatte. Darauf erklärten sich die übrigen Arbeiter mit dem Entlassenen solidarisch.

65 000 streikende Bauarbeiter in Paris.

Paris, 13. Juli. (W. Tel.) Die Zahl der Streikenden im Baugewerbe wird auf 65 000 geschätzt und nimmt ständig zu. An allen Arbeitsstellen sind Streikposten aufgestellt.

Opfer der Verge.

Wien, 13. Juli. (W. G.) Der Wiener Fabrikbeamte Karl Stenauer, der vor 9 Tagen den Reichenstein in den Jantaler Alpen bestieg, wird seit dieser Zeit vermisst. — Der Jurist Eduard Reich bestieg am Sonntag daselbe Gebiet und wird gleichfalls vermisst. Eine Rettungsmannschaft ist abgesandt worden, um nach den Vermissten zu forschen. Sie sind wahrscheinlich abgestürzt.

Der holzraverbüchtige Dampfer „Hispania“.

London, 13. Juli. (W. G. Tel.) Dem vor Malta eingetroffenen Dampfer „Hispania“, an dessen Bord Cholera festgestellt worden sein soll, wurde die Einfahrt in den Hafen verweigert. Vier Mann der Besatzung, die in Neapel an Land gegangen waren, erkrankten, einer starb und wurde auf See begeben.

Die Opfer der Hitze in Amerika.

New York, 13. Juli. (W. Tel.) Die Zahl der Toten seit dem 2. Juli wird auf 1100 geschätzt. Die New Yorker Gesellschaft gegen Tierquälerei meldet, daß im Laufe der letzten Tage 1300 Pferde und 8000 Hunde und Katzen der Hitze zum Opfer gefallen sind.

Weddinger Nachklänge.

Das Reichsgericht hob, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, gestern das Urteil des Landgerichts Berlin I vom 28. März, durch das Genosse B e r m u t h als Redakteur des „Vorwärts“ zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt wurde auf und wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung in die erste Instanz zurück.

Die Verurteilung durch das Landgericht war erfolgt, weil ein die Vorgänge am Wedding besprechender Artikel vom 1. November von Knüppelgardisten geschrieben hatte, die nach Schlusse des Morgensternschen Geschäfts sich immer noch pünktlich einfanden.

Bermuths Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, hatte eine größere Anzahl von Zeugen, etwa 30, geladen, die bekunden sollten, daß sich Kriminalbeamte am Wedding in der Tat so benommen haben, daß die Verzeihung „Knüppelgardisten“ für sie nicht zu scharf sei. Derartige Vorgänge waren in der vorhergegangenen Nummer des „Vorwärts“ geschildert und darauf bezog sich der unter Anklage gestellte Ausdruck „Knüppelgardisten“ in der Nummer vom Tage darauf. Die von der Verteidigung geladenen Zeugen sollten in der Hauptsache die Richtigkeit dessen bestätigen, was in dem Artikel vom 1. November behauptet worden ist, außerdem aber eine Reihe genau angegebener ähnlicher Fälle. Man hätte meinen sollen, der Beweisanspruch wäre dem Staatsanwalt erfreulich gewesen, denn ihm hätte doch daran liegen müssen, darzustellen, daß seine Knüppelgardisten tätig waren, daß weder am Wedding noch in Moabit noch sonst die Polizei mit Säbeln, Knüppeln, Fäusten und rohen Schimpfworten vorgegangen sei. Hatte doch der Polizeipräsident v. Jagow gesagt: „Der Ehrenschild der Polizei ist blank“. Aber weit gefehlt. Mit aller Lebhaftigkeit bekämpfte der Staatsanwalt die Verneinung der Wahrheitszeugen. Vergeblich wies der Verteidiger darauf hin, daß die Ablehnung des Beweisanspruches gegen das Gesetz und die Rechtsprechung des Reichsgerichts verstoße. Das Gericht nahm an, die Tatsachen, die unter Beweis gestellt waren, ständen in keinem Zusammenhang mit der unter Anklage gestellten Verleumdung und seien auch für das Strafmaß bedeutungslos. Zur Begründung des Urteils wurde dann ausgeführt:

„Der Ausdruck „Knüppelgorde“, auf die Kriminalbeamten angewandt, ist „zweifelslos“ beleidigend. Was auch passiert sein mag, der Angeklagte durfte nicht die Kriminalbeamten mit diesem Ausdruck belegen. Weder für die Schuld noch für die Straffrage kommt in Betracht, was Polizeibeamte angeblich getan haben.“

Im Anschluß an den Bericht über diese ungeheuerliche Verurteilung hatten wir geschrieben:

„Das Verfahren des Gerichts ist ein größlicher Verstoß gegen die Gesetzesvorschrift, die von allen die wichtigste Garantie für die Angeklagten bildet.“

Wenn das Gericht mit seiner Auslegung recht hätte, würde jede Beweishebung willkürlich abgeschnitten werden können, denn die Behauptung, der Beweis, daß Schutzleute wie Knüppelhelden gehandelt hätten, stünde „in keinem Zusammenhang“ mit ihrer Bezeichnung als „Knüppelgardisten“, wird doch keinem Menschen von gesundem und ehelichem Menschenverstand einleuchten.

Uebrigens hat das Gericht ursprünglich selbst nicht so gedacht, denn der auf den 7. März, mittags 1 Uhr angelegte Termin wurde ohne weiteres aufgehoben, als der Verteidiger anzeigte, daß er eine größere Anzahl Zeugen direkt laden werde, und daß die Zeit vom Mittag an zu ihrer Vernehmung nicht ausreichen würde. Damals also sah das Gericht offenbar ein, daß es die geladenen und erschienenen Zeugen verhören müsse. Das Beweissthema war auch bereits angegeben, so daß das Gericht nicht im Zweifel sein konnte, welcher Zusammenhang zwischen der Anklage und dem Zeugenbeweis bestehe.

Unter dem Einfluß welcher Gründe das Gericht inzwischen seine Absicht geändert hat, können wir nicht wissen. Tatsache ist jedenfalls, daß schon vor dem Termin vom 28. März die Richtvernehmung der Zeugen abgemacht gewesen sein muß, denn für diese Sache mit 30 Zeugen hätte das Gericht eine ganze Viertelstunde Zeit angefordert.

Diese Beschränkung der Verteidigung wird ein Versuch bleiben, denn das Reichsgericht möchte

sich in Widerspruch mit der gesamten bisherigen Rechtsprechung und dem Gesetz setzen, wenn es das Verfahren des Landgerichts gutheißend wolle. Aber daß schon jetzt ein solcher Versuch ohne auch nur den Anschein einer stichhaltigen Begründung gemacht werden kann, ist ein Beweis, wessen man sich zu versehen hätte, wenn durch die Strafprozeduren — wie Konfervative und Zentrumsleute es wollen — das Recht auf Beweisaufnahme noch weiter in die Willkür — man nennt das beschönigend „billiges Ermessen“ — des Gerichts gestellt würde. Der heutige Prozeß ist ein schlagender Beweis gegen diejenigen, die immer von „Vertrauen in die Justiz“ reden.“

Das Reichsgericht hat gestern anerkannt, daß die Ablehnung der Abhörung der Zeugen eine schwere gefekwidrige Beschränkung der Verteidigung war und deshalb wie eingangs mitgeteilt, auf Aufhebung des Urteils erkannt.

In wenigen Monaten wird nunmehr über die „Knüppelgardisten“ und über „das blanke Schild der Polizei“ ausführlicher Beweis erhoben werden.

12. Generalversammlung des Lagerhalter- und Lagerhalterinnen-Verbandes.

München, 12. Juli 1911.

Am letzten Verhandlungstage stand die Verschmelzungsfrage

zur Diskussion. Der letzte Verhandlungstag beauftragte den Vorstand in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. In der Debatte kamen zwei Meinungen zum Ausdruck: Anschluß an den Handlungsgehilfen-Verband oder Verschmelzung mit den Transportarbeitern. Genosse Müller-Berlin erklärte namens des Transportarbeiter-Verbandes, daß eine Verschmelzung mit seiner Organisation unter keinen Umständen erfolgen könne. Verschmelzungsfragen können nur stufenweise geregelt werden; die nächste Stufe für die Lagerhalter sei der Handlungsgehilfen-Verband. — Genosse Josephsohn-Hamburg legte in längerer Ausführungen den Standpunkt seiner Organisation dar und räumte, wie später in der Diskussion allgemein anerkannt wurde, die etwa noch vorhandenen Schwierigkeiten aus dem Wege. — Der Vertreter der Generalkommission, Genosse Bauer führte aus, daß der Standpunkt der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung der sei, daß eine Verschmelzung mit dem Handlungsgehilfen-Verband die naturnotwendige Folge sei. Er legte das Verhältnis des Lagerhalter-Verbandes zu den anderen Gewerkschaften dar und kam mit den beiden Vordnern zu dem Schluß, daß die glückliche Lösung eine Verschmelzung derjenigen Verbände sei, die Arbeiter aus Handelstreffen organisiert haben. — Verbandsvorsitzender Reindorf-Leipzig vertrat den gleichen Standpunkt.

Nach lebhafter Diskussion wurde einstimmig ein Antrag angenommen, Verschmelzungsverhandlungen mit dem Handlungsgehilfen-Verband einzuleiten. Ein Antrag auf eine sofortige Verschmelzung wurde nur deshalb abgelehnt, weil von der Mehrheit gewünscht wurde, zunächst die Liebertrittsbedingungen genau festzulegen.

Das öftere Erscheinen der „Lagerhalter-Zeitung“ und andere vorgelegene Änderungen wurden in Rücksicht auf den angenommenen Verschmelzungsbeschluss abgelehnt. Die Preiskommission wurde aufgehoben.

Reindorf-Leipzig wurde als Verbandsvorsitzender wiedergewählt. — Der nächste Verbandstag findet 1913 in Köln am Rhein statt.

Damit sind die Arbeiten der 12. Generalversammlung erledigt.

Aus Industrie und Handel.

Brotpreise.

Nach der Veröffentlichung der „Preussischen Stat. Korrespondenz“ betragen im Durchschnitt der preussischen Monarchie die Preise im Mai per Kilogramm in Pfenningen (für Mehl im Großhandel, für Weizenbrot im Kleinhandel):

Table with 5 columns: Item, 1909, 1910, 1911, and Rückgang gegen 1909. Rows include Weizen, Weizenmehl, and Weizenbrot.

Demnach ist der Brotpreis viel weniger gesunken als der Preis für Weizen und Weizenmehl.

Opernglas wahrgenommen werden konnte. Nach der ersten Beobachtung zeigte der Komet, der sich im Sternbild des Fuhrmanns, nahe der Grenze des Perseus befindet, eine südwestliche Bewegung und einen gleichfalls im Opernglase sichtbaren Schweif. Am 8. Juli hat Professor Wolf von der Königsstuhl-Sternwarte bei Heidelberg den Kometen photographiert und seine Helligkeit mit 7,5 angegeben. Da die Sterne bis einschließlich 6. Größenklasse mit bloßem Auge sichtbar sind, so befindet sich der Komet nur wenig von der Grenze der Sichtbarkeit mit unbewaffnetem Auge. Auch die Nereis-Sternwarte zu Bamberg hat nach telegraphischer Meldung den Kometen inzwischen beobachtet; nach den dortigen Wahrscheinungen bewegt er sich jedoch nicht in südwestlicher, sondern in nordwestlicher Richtung, jedoch seine Höhe am Himmel zunimmt und die Gelegenheiten zu seiner Beobachtung günstiger würde. Die Gegend des Himmels, in der der Komet verweilt, befindet sich nämlich in der gegenwärtigen Jahreszeit jenseits des Himmelspols in unterer Kulmination, was die Beobachtung namentlich während der Zeit der hellen Nächte, die in unseren Breiten zurzeit noch nicht beendet sind, erschwert. Zur Bestimmung der Bahnparameter des Kometen, die über seinen weiteren Lauf Aufschluß geben können, müssen nähere Beobachtungen abgewartet werden. Ob der neue Komet 1911 b ein auch mit bloßem Auge sichtbares Objekt werden wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen.

Aus der Kerkerzeit italienischer Kämpfer. Die in Palermo erscheinende „Dra“ widmet mehrere Spalten der Schilderung eines Besuches, den einer ihrer Mitarbeiter jüngst auf der Insel Favignana, der größten der an der Westküste Siziliens gelegenen Agatischen Inseln, machte. Auf Favignana befindet sich nämlich das Kastell, in dem Helden der italienischen Einheitsbewegung zur Zeit der italienischen Bourbonen viele Jahre in qualvoller Gefangenschaft saßen. Die Zellen, in denen Luigi Settembrini, Rosolino Pilo und Francesco Crispi genobtet haben, sind jetzt weiß getüncht; dagegen ist die Zelle Giovanni Nicoteras, des späteren italienischen Staatsministers, vom Wasserputz wenigstens einigermaßen verschont geblieben. Die Zelle ist nicht ganz 3 Meter lang und 2 1/2 Meter breit; sie ist sehr niedrig und dunkel, so daß man ein Licht anzünden muß, wenn man etwas sehen will. Den Boden bildet eine Steinplatte, die ebenso lang, aber nur halb so breit ist wie die Zelle; an diesem Steinblech sieht man noch einen eisernen Ring, an dem die Ketten der Sträflinge befestigt wurden. Und in einer solchen Zelle verbrachte der wegen seiner Teilnahme an den italienischen Unabhängigkeitskämpfen zu Galeere verurteilte Nicotera einen Teil seines Lebens; er hatte niemals Licht und erhielt Luftzufuhr nur durch ein Loch in der Tür; von hier aus konnte der vermurmelte Gefängniswärter ihn beobachten und ihm täglich das Schwabrot und einen Krug mit Wasser zureichen. Von dem Loch und dem Wachebuckel des Gefangenen gibt Zeugnis eine noch heute sichtbare, mit den Fingernägeln eingetragte Inschrift an der Pottwand; sie lautet: „Das Licht, das mir fehlt, das Brot, das

Konkurs Carl S. Hinge. In der ersten Gläubigerversammlung in der Konkurssache Hinge wurde mitgeteilt, daß sich die Aktiven auf etwa 147 000 M. belaufen, denen jedoch etwa 2 1/2 Millionen Mark Passiven gegenüberstünden. Hiervon seien 800 000 M. gedeckt, so daß noch zirka 1 700 000 M. ungedeckte Forderungen vorhanden seien. Die Forderungen für die Fabrik, das Geschäftslokal, rückständige Mieten, Gehälter und sonstige Spesen betragen etwa 15 700 M. Hierzu kämen im Falle eines Konkurses noch 5000 M. Gerichts- und Konkurskosten. Der Wert der Aktiven sei jedoch im Konkursfalle nur mit 50 000 M. festzusetzen, so daß also eine Quote von ein Prozent herauskäme. Bei außergerichtlicher Regelung könne man ebentl. jedoch 6 Proz. erwarten. Der Bücherrevisor teilte dann mit, daß Hinge sich bereit erklärt habe, bei einer Einigung 20 Proz. zu zahlen und zwar in drei Raten, die innerhalb von sechs Monaten abgetragen werden sollten. Da die Firma eine der größten in ihrer Branche sei und das Geschäft außerordentlich gut gehe, so seien bereits Verhandlungen mit zwei Herren angeknüpft worden. Als Ursachen des Zusammenbruchs der Firma Hinge kämen vier Punkte in Betracht: 1. Eine übertriebene Propaganda, die jährlich 130 000—150 000 M. verschlungen habe; 2. die ungewöhnlich hohen Zinszahlungen und die Lombardierungen, für die Hinge 35—40 Proz. habe zahlen müssen; 3. die Preissteigerung auf die Fabrikate, die Hinge in letzter Zeit infolge seiner unpolitischen Regulierungen an seine Lieferanten gezahlt habe, und 4. der Umstand, daß das Unternehmen seinen Diskontokredit verloren habe. Die Privatausgaben Hinges hätten jährlich etwa 40 000—45 000 M. betragen.

Kohlenmagnat Stinnes.

Wie gemeldet wird, verliert Hugo Stinnes, der rheinisch-westfälische Kohlenmagnat, den Nachtbezirk für seinen Kohlenhandel auch nach der Ostsee auszubehnen. Er hat mit der Stadt Stettin einen Vertrag abgeschlossen, wonach ihm Land zu einem Lagerplatz an der Oder abgetreten wird und verläuft auch in Königsberg und Danzig festen Fuß zu fassen. Erst im Vorstadium dieses Jahres hat Stinnes resp. die ihm nahestehende Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft eine Kohlenhandels-Transaktion in Berlin vorgenommen. Damals wurde die Kohlenfirma Kupfer u. Co., die aus den Moabiter Vorgängen bekannt ist, der Vereinigung Berliner Kohlenhändler-Aktiengesellschaft angegliedert. Infolge dieser Angliederung erhöhte die Vereinigung Berliner Kohlenhändler-Aktiengesellschaft ihr Aktienkapital von 1,10 Millionen Mark auf 3 Millionen Mark. Hugo Stinnes und die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft traten in den Aufsichtsrat der Vereinigten Berliner Kohlenhändler-Aktiengesellschaft ein. Vor dieser Transaktion hatte die Vereinigte Berliner Kohlenhändler-Aktiengesellschaft schon eine Reihe von Berliner Kohlenhandelsfirmen aufgenommen. Es waren das die Firma Leopold Pauly mit einem Kapital von 500 000 M., die Firma Ludwig Budde & M. S. H. mit einem Kapital von 300 000 M., D. Timmenborfer mit 200 000 M. Kapital und die Firma Smoller u. Rahme. Das Vordringen des rheinisch-westfälischen Kohlenmagnaten hatte seinerzeit auch die beiden Kohlenhandelsfirmen Cäsar Bollheim und Emanuel Friedländer benoten, sich gegen Stinnes zu wehren. Die Firma Friedländer u. Co. zum Beispiel war der Düsseldorf-Kohlenfirma Wulff u. Co. nähergetreten und hatte dadurch eine Verbindung zwischen den ober-schlesischen und den rheinisch-westfälischen Kohleninteressen herzustellen versucht, eine Verbindung, die sich gegen Stinnes richtete. Das Vorgehen von Stinnes hat seinen Grund in dem Drang nach Unabhängigkeit im Kohlenhandel für den Fall der Richterenernung des Rheinisch-westfälischen Kohlenbunds. Die Großhandelsorganisation wird so umfassend, daß der Kleinhandel auf die Dauer gar nicht dagegen aufkommen kann.

Industrie-Internationalität.

Es ist noch nicht lange her, daß in Deutschland zahlreiche industrielle Unternehmungen, Bergwerke, Brauereien, Gaswerke usw. in den Händen englischer Kapitalisten waren, wie es heute noch in dem Zustand der Fall ist. Seitdem ist das selten geworden. Ja, die Kapitalisten des Deutschen Reichs sind in steigendem Maße selbst dazu übergegangen, im Ausland Eroberungen zu machen. In den spanischen Erzgruben Krupp, den Anlagen der Elektrizitätsgesellschaften in Barcelona, Südamerika, Rußland usw. kommen große Stückstoffwerke in Norwegen. Und wenn die französische Volkswirtschaft in steigendem Maße unter der abweisenden Haltung der Großbanken leidet, die das französische Geld lieber in russischen Anleihen anlegen oder es den deutschen Finanzinstituten zur Verfügung stellen, als die einheimische Industrie zu fördern (wie das in einer

mit mangelt, die Luft, die ich entbehren muß — das alles möge auch über alle Nachkommen des Hauses Reapel kommen. Die Wölfer mögen bedenken, daß die Raube gegen jede berrückte Dynastie immer lebendig erhalten werden muß und ewig währen soll.“ An einer anderen Wand scheint Nicotera seinen Groll gegen Crispi geäußert zu haben; man kann das aus den noch erhaltenen Worten: „Canaille Crispi“ entnehmen.

Das neue Riesengeschütz der amerikanischen Marine. Die beiden neuesten Schlachtschiffe, die gegenwärtig in den Werftstätten bei New York und in Norfolk im Bau begriffen sind, sollen eine Ausrüstung mit Geschützen erhalten, wie sie bisher noch nicht dagewesen ist. Das Kaliber ist auf den außerordentlichen Betrag von 33 1/2 Zentimeter erweitert worden. Der Kongreß hat die sehr erheblichen Kosten für diese neuen Batterien bereits bewilligt. Jedes der beiden Schiffe „New York“ und „Texas“ wird zehn dieser ungeheuren Feuerstände erhalten. Jedes der Geschütze ist auf den Herstellungspreis von rund 312 000 M. veranschlagt, und die Lafette wird außerdem noch 208 000 M. kosten, so daß sich der Gesamtpreis eines Geschützes auf 520 000 M. belaufen wird. Für jedes dieser Schiffe wird die Armierung mit den neuen Riesengeschützen demnach über 5 Mill. Mark betragen, wozu aber noch kleinere Kanonen treten. Die Rohrlänge der Geschütze mißt 16,3, das Gewicht des Rohres 1340 Zentner. Unter dem Rohr können der Länge nach 30 Matrosen beunten nebeneinander sitzen. Nicht nur die Herstellung, sondern auch die Tätigkeit dieser Geschütze wird eine recht kostspielige Sache sein, denn jeder Schuß kostet, Geschütz und Sprengladung zusammengerechnet, die Kleinigkeit von 2900 M. Jedes der Geschütze wiegt 1270 Pfund, und ihrer Gewalt wird angeblich auch die stärkste Stahlpantzerung nicht widerstehen. Uebrigens werden auch diese Geschütze nicht lange ohne Nebenbuhler bleiben, denn in den französischen Marinewerftstätten befinden sich bereits Kanonen im Bau, deren Kaliber bis auf 34 Zentimeter Durchmesser gesteigert werden soll.

Notizen.

— Emile Levasseur, der am Montag in Paris gestorben ist, war der Mentor der französischen Bourgeoisökonomie. Man könnte ihn den französischen Voltaire nennen. Mit Wienersitz hat er eine Menge wirtschaftsgeschichtlichen Materials zusammengetragen, unter anderem eine „Geschichte der arbeitenden Klassen in Frankreich“ geschrieben, die im Laufe der Jahrzehnte auf fünf Bände erweitert wurde. Vor einigen Monaten veröffentlichte der 84-jährige den ersten Band einer „Geschichte des Handels in Frankreich“. Sein bestes Buch ist das statistische Werk „Die französische Bevölkerung“ in drei Bänden, die trotz mancher veralteten Anschauungen, namentlich in methodischer Hinsicht, musterhaft geblieben ist. In seinen wirtschaftstheoretischen Äußerungen hing Levasseur dem vulgären Liberalismus an, der in seiner Jugendzeit im Schwang war.

Kleines Feuilleton.

Auf der Flugmaschine. Prof. Painlevé vom Institut de France veröffentlicht fesselnde Betrachtungen über die Entwicklungsmöglichkeiten der Flugmaschine: „Es ist uns heute noch unmöglich, vorauszusagen, welche Schnelligkeiten die Flugmaschine nach 100 Jahren erreichen wird“, so schreibt Prof. Painlevé. „Aber sicher ist, daß die jetzigen Geschwindigkeiten erheblich überholt werden. Und das ist vielleicht eine der bedeutungsvollsten Seiten des künstlichen Fluges. Alle vom Menschengeist erkonnenen Fortbewegungsmittel, die Eisenbahn, das Schiff, der Lenkballon haben heute mehr oder minder die Grenze ihrer Schnelligkeit erreicht. Die Flugmaschine dagegen kann heute nicht nur wie der Lenkballon von einem Punkt zum anderen fliegen; ihre Schnelligkeit ist für die Zukunft noch unbegrenzt. Man muß sich vor der Annahme hüten, daß unser Organismus sich für sehr große Geschwindigkeiten nicht eignet. Was den Luftschlag etwa bei einem mit 50 Kilometer Geschwindigkeit fahrenden Automobil kämmerhaft macht, ist vor allem der Staub, der Gesicht und Augen bombardiert. Dazu kommen die fortwährenden Unebenheiten der Straße und schließlich die große Nähe des Bodens und seine fast schwindelerregende Flucht vor den Blicken. In einer völlig staubfreien Luft dagegen erträgt man große Geschwindigkeiten sehr leicht und sie bieten auch keine Atemschwierigkeiten. Zugleich zieht aus größeren Höhen die Landtschaft in den Tiefen immer verhältnismäßig ruhig dahin, und nicht mit jener verwirrenden Hast, mit der die nahen Gegenstände am fahrenden Automobil vorbeizurufen scheinen. Professor Painlevé erzählt dann von einem Fluge, den er mit Wilbur Wright unternommen hat. Im Augenblick des Aufstieges ging die Sonne unter. Wenngleich ich nur sehr leicht bekleidet war, habe ich die 70 Minuten dauernde Luftreise mit dem frühesten Wohlbehagen überstanden. Gewiß, mich froh, aber nicht mehr, als die Zuschauer, die unten auf uns warteten. Die Luftströmung auf das offene Gesicht aber wirkte wie eine Kieselkugel, die sich kaum beschreiben läßt. Und dabei fuhren wir mit einer 60-Kilometer-Stundengeschwindigkeit, also mit einem Tempo, wo das Automobil bereits seine erheblichen Unbequemlichkeiten hat. Und während ich aufmerksam jede Bewegung des Flugzeugführers verfolgte, vermochte ich doch zugleich die Schönheit des Abends zu bewundern, sah die großen rötlichen Wolken, die sich am Horizont über schwarze Streifen ausbreiteten und sah die großen, unzähligen, glühenden Augen der Automobile, die an allen Punkten aufkammten und durch die werdende Nacht leuchteten wie die Feuer eines Feldlagers in fremder Wildnis.“

Ein neuer Komet. Auf der Vid-Sternwarte in Kalifornien wurde am 6. Juli, wie ein Telegramm Professor Wierings an die Astronomische Zentralstelle in Kiel meldet, ein neuer Komet entdeckt, der ein so auffälliges Objekt darstellt, daß er bereits mit einem

sehr inhaltreiche Artikelserie der „Humanität“ mit einer Fülle von Tatsachen belegt worden ist, so geschieht jetzt ein weiterer Schritt dieser Internationalisierung der Industrie unter dem Kommando der deutschen Unternehmer durch die unmittelbare Niederlassung fremder Gesellschaften in Frankreich. In der „Bataille Syndicaliste“ („Gewerkschaftsblatt“, der neuen sozialistischen Tageszeitung) hatte Herrheim mitgeteilt, daß Krupp im Begriffe stehe, in Reims (Nord) eine Hütte zu errichten. Auf die Ablehnung der Geschäftsprezidentenpresse erklärt er nun: „Die angeblich französische Kapitalistengruppe, die das Gelände in Reims gekauft hat, nennt sich „Vergilischer Metallwerk“. Die neue Gesellschaft für Hütten und Stahlwerke sei von belgischen Kapitalisten gegründet, derselben Gesellschaft, die mit einem Kapital von 8 000 000 Fr. und 22 000 Genutzweilen die Lokomotivfabrik von Blanc-Misseron errichtet habe. In deren Aufsichtsrat säßen unter anderem A. Drey von den Stahlwerken in Longwy, der Freund und Teilhaber der Firma Müchling (Saargebiet) und Wangaert d'Orbörpe, Vertreter der deutschen Finanz in Belgien. Bald werden wir, wie gewöhnlich, eine „französische“ Gesellschaft sich bilden sehen, aber die Krupps stehen dahinter. Nicht mit ihrem Namen. Jemand ein Ingenieur wird als Beschäftigter dienen.“

Wahrscheinlich sei in der Normandie bei Caen ein Hochofenwerk von der Firma Thibault errichtet worden. Auch hier wurde eine „französische“ Gesellschaft gegründet und die wahre Sachlage abgeleugnet. Unter der Firma „französische Gesellschaft für Hochöfen in Caen“ werden vier Hochöfen errichtet; und jetzt sucht die Gesellschaft um Genehmigung einer Eisenbahn nach, die ihre Werke mit dem Meere verbinden soll. So wird das Eisen nach den rheinischen Werken, und Kohle von dort zum Betriebe der Hochöfen in Frankreich geliefert werden.

Den Franzosen kann es recht sein, wenn ihre Bodenschätze, die durch die Trägheit ihrer eigenen Kapitalisten brachliegen, durch rührigere Fremde erschlossen werden. Die Ausbeutung der Arbeitskräfte, die sich so im internationalen Rahmen vollzieht, wird dazu beitragen, alte patriotische Märchen in manchen französischen Köpfen zu zerstören. Schon seit geraumer Zeit haben die Hohentauern, eine echt internationale Familie des deutschen Nordens, große Besitzungen im nordwestlichen Frankreich. Wägen unsere Weltbürger und Nationalsozialisten in solchen Erscheinungen ein Stück „germanischer Weltbeherrschung“ begrüßen: die Arbeiterklasse begrüßt in diesen Erscheinungen die Entwicklungsstufen der Internationalisierung der großen Weltproduktion, die Vorstufe des internationalen Sozialismus, der die nationale Ausbeutung so wenig kennen wird wie die soziale.

Soziales.

Die sofortige Entlassung wegen aneinanderer Krankheit.

Der Prinzipal hat nach § 72 Abs. 2 das Recht, die sofortige Entlassung des Gehilfen zu verfügen, wenn er wegen anhaltender Erkrankung fehlt, muß ihm aber für die Dauer von 6 Wochen das Gehalt zahlen (§ 68). Ein Prinzipal, gegen den der Gehilfe vor der ersten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts Klage erhob, hatte die Rechte des Erkrankten aus § 63 vertraglich ausgeschlossen, jedoch gleichzeitig von seinem Rechte aus § 72 des Handelsgesetzbuches Gebrauch gemacht und die sofortige Entlassung ausgesprochen. Der durch unverschuldetes Unglück dienstunfähig gewordene Angestellte sollte also nicht nur während der sechs Krankheitswochen kein Gehalt bekommen, sondern er sollte auch kein Recht haben, nach Besehung wieder einzutreten. Ein solches Verfahren hielt das Kaufmannsgericht für eine unbillige Härte. Wenn schon der Prinzipal durch Vereinbarung des Gehaltsauschlusses im Erkrankungsfall keinen materiellen Schaden erleide, dann könne er auch wegen einer ihn finanziell nicht bedrohenden Krankheit nicht von der sofortigen Entlassung Gebrauch machen.

Die Befristung des erkrankten Gehilfen.

Ein Rechtsstreit um die Frage, ob der mit Kost engagierte Gehilfe im Erkrankungsfall sich zum Essen in die Räume des Arbeitgebers begeben muß oder ob er in Wohnung und Haus verbleiben kann, kam gestern vor der ersten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zum Austrag. Der Beklagte, Schlossermeister Buchwald, hatte den Kläger als Buchhalter mit 60 W. Gehalt und freier Beköstigung engagiert. Als N. erkrankte, schrieb er dem Meister, er möchte ihm das Essen entweder ins Haus schicken oder veranlassen, daß es ihm sonstwie in der Nähe seiner Wohnung verabreicht wird. Nachdem der Vertrauensarzt des Beklagten festgestellt, daß Kläger zwar krank, aber doch nicht so hilflos sei, daß er nicht behufs Einnahme der Mahlzeiten zum Meister gehen könnte, ließ dieser dem Kläger sagen, er solle sich bei ihm täglich zum Essen einfinden. Der Buchhalter weigerte sich indessen, diesem Erfolge Folge zu leisten und befristete sich während der Krankheitszeit selbst. Er verlangt jetzt 40 W. Schadenersatz für den Aufwand durch die Selbstbefristung. — In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß N. in einem von seiner Wohnung weit entfernten gelegenen Lokal zu Mittag gegessen hatte. Das Kaufmannsgericht wies daraufhin die Forderungen des Klägers ab. In sich mag der mit Befristung angestellte, erkrankte Gehilfe ein Anrecht auf Verpflegung im Hause haben, in diesem Falle konnte aber der Kläger ebenbürtig wie er das entfernte Lokal zum Mittagessen aufsuchte, auch den Weg zum Meister machen. Sein Anspruch ist darum ungerechtfertigt.

Ein Gewerbegericht für Arbeit.

Ein wohl beispielloses dastehendes Urteil hat das Gewerbegericht in Atna gesprochen. Ein Ornamentenfabrikant hat einen Lehrling daran den Kopf geschlagen, daß das Trommelfell platze. Der Vater klagte auf Beseitigung, daß er berechtigt sei, das Lehrverhältnis zu lösen, und auf 250 W. Entschädigung. Ein ärztliches Zeugnis erklärte, daß das Trommelfell des Wundknechten einen dreiviertel Zentimeter langen, zwei Millimeter breiten Riß zeigte, dessen Wänder blutig gefärbt waren. Ein vom Gewerbegericht eingefordertes Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Klempel bestätigte dies. Als Grund für den Schlag hatte der Unternehmer angegeben, daß der Lehrling eine Arbeit verdorben habe. Daß das unwillig oder gar böswillig geschehen sei, behauptete er nicht. In seiner heftigen Erregung über den erhaltenen gewaltigen Schlag an den Kopf und wohl auch verwirrt durch diesen hat der Lehrling einen Gegenstand ergriffen und gesagt: „Ich schlage Ihnen die Hirnschale ein!“, eine Drohung, die gewiß nicht ernst gemeint war. Der Lehrherr warf ihn darauf aus der Werkstätte hinaus.

Das Gewerbegericht wies die Klage des Vaters ab. Der Lehrherr habe das ihm zustehende Zuchtungsrecht nicht mißbraucht. Überlegen seien, auch wenn sie an sich ziemlich heftig seien, an sich nicht als Atermähne oder die Wesenheit gefährdende Zuchtungsansprüche. Die Verletzung des Trommelfells könne durch einen unglücklichen Zufall herbeigeführt worden sein.

Verlehter kann ein Urteil nicht gut sein. Der Lehrherr hat nie ein Zuchtungsrecht als solches, sondern nur das Recht der „väterlichen Zucht“, aber dies nur zwecks Erfüllung der ihm gegen den Lehrling obliegenden Pflichten der Unterweisung. Davon kann hier keine Rede sein. Der Schlag war daher widerrechtlich, ein Mißbrauch des Zuchtungsrechts. Ferner ist jeder Schlag gegen den Kopf eine ausdrückliche dem Lehrherrn untersagte, die Gesundheit des Lehrlings gefährdende Behandlung. Eine solche liegt schon dann vor, wenn die Gesundheit hätte beeinträchtigt werden können, und das ist bei jedem, insbesondere in der Erregung gegen den Kopf gerichteten Schlag der Fall. Endlich ist über die Gefährdung hinaus die Gesundheit des Lehrlings durch den Schlag arg verletzt. Die Klage war deshalb vollberechtigt, die Berufungsinstanz wird ihr wohl stattgeben. Außerdem ist der Lehrherr auch ohne Antrag des Lehrlings nach § 232 St.-G.-B. strafrechtlich verantwortlich. Das Gewerbegericht hätte die Pflicht gehabt, zur strafrechtlichen Verfolgung der Staatsanwaltschaft von dem Vorfall Kenntnis zu geben.

Es ist glücklicherweise selten, daß ein so horrend ungerechtes Urteil von einem Gewerbegericht gefällt wird.

Von der „Verjudung“ des deutschen Volkes.

Die Antisemiten und Konserbativen lieben es, sich künstlich über die angebliche „Verjudung“ des deutschen Volkes aufzuregen und den Anschein eines grausigen Gefahrs zu erwecken, die dem Deutschland drohe. In Wahrheit gibt es verschwindend wenige Juden in Deutschland. Gegen 62 Millionen Einwohner Deutschlands wurden bei der Volkszählung 1907 festgestellt, und darunter nur etwa eine halbe Million Juden, genau 567 000. Das macht noch kein Prozent der Bevölkerung aus. Und wenn behauptet wird, daß diese wenigen Juden sich in einzelnen bestimmten Berufsgruppen ungebührlich und in einer für die übrige Bevölkerung bedenklichen Weise vordrängen, so wird auch das durch die amtliche Statistik bündig widerlegt. Man spricht z. B. gern von der starken Durchsetzung des Handels mit Juden. Nun ist es wohl richtig, daß von den erwerbstätigen Juden, deren Zahl rund 292 000 beträgt, fast die Hälfte, nämlich 137 000 im Handel tätig sind. Aber neben diesen 137 000 jüdischen Handelsleuten gibt es 470 000 katholische und 1 129 000 evangelische Händler. Nur etwa den 26. Teil der handelstreibenden Bevölkerung machen demnach die Juden aus. Da kann von einem Uebermaß jüdischen Anteils oder jüdischen Einflusses im Ernste wohl nicht die Rede sein. Wenn also die antisemitischen Heher erzählen, daß die Juden sich deshalb vorzugsweise dem Handel zuwenden, weil man in diesem Gewerbe angeblich am leichtesten ohne Arbeit auf anderen Leute Kosten leben könne, so trifft dieser Vorwurf nur eine Handvoll Juden, dagegen 1 1/2 Millionen Christen.

Ebenso falsch ist die Behauptung, daß die Juden in den Berufsgruppen, die schwere körperliche Arbeit erfordern, nur vereinzelt anzutreffen seien. In der Berufsabteilung Bergbau und Industrie wurden 68 000 Juden gezählt, also halb so viel wie im Handel. Davon kamen auf die Bekleidungsbranche 24 300, auf die Gewerbe der Nahrungs- und Genussmittel 13 600. Nach mehreren Tausend zählen sie außerdem in der Metallverarbeitung, der Maschinenindustrie, der Textilindustrie, der Lederindustrie, der Holzbearbeitung und dem Baugewerbe. Auch im häuslichen Dienst befanden sich 6700 Juden. Außerdem gab es 18 800 Juden in der Gruppe „Mittler, Hof-, bürgerlicher Dienst, freie Berufe“, wo sie in großer Zahl besonders als Rechtsanwälte, Ärzte, Richter, Staatsanwälte usw. tätig sind. Wir finden z. B. als höhere Reichs- und Staatsbeamte 244 Juden, das sind fast 2 Proz.; als Richter und Staatsanwälte 905, das sind 4 1/2 Proz.; als mittlere Reichs- und Staatsbeamte einschließlich der Justizverwaltung 589 usw.

Von besonderem Interesse ist, daß in der Zeit von 1896 bis 1907 die Beteiligung der Juden an den verschiedenen Gewerben sich in umgekehrter Richtung geändert hat, als das antisemitische Vorurteil behauptet. Im Handel hat sich der jüdische Anteil verringert: er betrug 10 1/2 Proz. im Jahre 1896, unter 8 Proz. im Jahre 1907. Dagegen in der Forstwirtschaft, im Bergbau, in der Metallverarbeitung, der Maschinenindustrie und noch einer ganzen Reihe anderer Industrien ist die Beteiligung der Juden gestiegen!

Insgesamt sind die Juden so gering an Zahl, daß es schon ein merkwürdig schwaches Volk sein müßte, das ihrem Einfluß erliegen könnte, selbst wenn der jüdische Einfluß ein eigenartiger und verderblicher wäre. Es sind aber — und das ist die Hauptsache — die Juden genau so schädliche und nützliche Menschen wie die Christen. Und es ist eine gefährliche Irreführung, wenn man die Schäden, die aus der kapitalistischen Wirtschaft entspringen, auf angebliche Kasseigenschaften der Juden zurückführt. Aber das tut und dadurch die Empörung der Arbeiterklasse auf eine Religionsgemeinschaft ablenkt, deren Angehörige zu einem großen Teil selbst ausgebeutete Arbeiter sind, der handelt als Schutztruppe der christlichen und jüdischen Kapitalisten.

Gerichts-Zeitung.

Die Betrugsaffäre des Grafen Wolff-Metternich,

über die wir am Mittwoch ausführlich berichteten, kam gestern zur Verhandlung. Der Hauptzeuge der Angeklagten gegenüber den ihm zur Last gelegten Betrugsfällen ist der, er habe sicher gehofft und hoffen dürfen, Frau Dolly Landberger, Tochter des Warenhausbesitzers Wolff Wertheim, zu heiraten. Frau Wolff Wertheim befreundet, den Angeklagten habe ihre Tochter auf dem Ostmarkenfeld, sie selbst bei einer Veranstaltung von Kroll kennen gelernt. Dann besuchte er das Wertheim'sche Haus, habe sich mit Staubwischen, Heisung der Tischordnung und dergl. nützlich gemacht. Ein vertraulicher Verkehr habe nicht stattgefunden. Der Angeklagte habe gemerkt, daß die Tochter sich nicht für ihn, sondern für einen Herrn von Better interessiere. Es habe das Bismort kurliert: „Den Better — ja, den Better — nicht.“ Als die Zeugin erfuhr, daß der Angeklagte sich im Esplanade-Hotel 20 W. geborgt habe und daß von seiner Verlobung mit ihrer Tochter in einem Café gesprochen werde, habe sie ihm geschrieben, daß sie ihn nicht mehr empfangen und sei jede Beziehung abgebrochen. Mehrere Zeugen, darunter ein Amtsrichter Graf v. d. Schulenburg, der dem Angeklagten einige tausend Mark geborgt hat, bezeugten, daß ihrer Ansicht nach der Angeklagte glaubte, die Hoffnung auf die reiche Heirat zu haben. Er habe mal gesagt: die Tochter bekäme 3 1/2 Millionen mit. Das Geld liege zwar fest. Er bekomme die Zinsen von 140 000 W., „das sei wenig genug, man könne aber davon leben.“

Das Urteil über die Verhandlungen, die heute fortgesetzt werden, werden wir mitteilen.

Knads Photographie als Streikvergehen!

„Der Straßenbahner“, Nummer vom 19. März 1911, hatte das Bild des Hamburger Straßenbahnschaffners G. Knad gebracht, damit seine Kollegen einen Mann kennen lernen, der sich dazu hatte gebrauchen lassen, der Bahnverwaltung mitzutellen, welche Angestellte als Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes an einer Versammlung teilgenommen hatten. Der Redakteur G. Riedel, Richterberg, hatte sich daraufhin eine — Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zugezogen.

Die Sache kam gestern vor dem Amtsgericht in Roßitz zur Verhandlung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, machte darauf aufmerksam, daß hier eine Ausdehnung des § 153 der Gewerbeordnung versucht werde, wie sie bisher noch nicht da war. Es handelt sich gar nicht um Knad, der etwa bestimmt wurde, an Verabredungen zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder verhindert wurde, davon zurückzutreten, wie es im Gesetz heißt, sondern es müßte sich um andere handeln, die sich aber nicht beschwert fühlen, und das Vergehen soll darin bestehen, daß vor Knad gewarnt und festgestellt wurde, daß er eine Versammlung im Auftrage der Verwaltung besuchte und darüber Bericht erstattete. Der Staatsanwalt meinte, die Versammlung sei eine Vorbereitung zum Streik gewesen; er hielt 2 Tage Gefängnis als Sühne für das behauptete Vergehen für nötig. Knad, der selbst keinen Strafentwurf gestellt hatte, erklärte als Zeuge, daß er im Auftrage des Depotverwalters gehandelt habe. (Auf Grund seines Berichtes über die Teilnehmer an der Versammlung waren sechs Schaffner, die Mitglieder des Verbandes waren, entlassen worden.) Der Zeuge erklärte ferner, daß von einem Streik nicht die Rede war, sondern daß es sich nur um Gewinnung von Mitgliedern gehandelt habe. Der Vorsitzende fragte:

„Ja, aber warum sollten denn die Leute entlassen werden, wenn sie dem Verbands angehören?“

Knad: „Weil — weil sie nicht dem Verbands angehören sollen.“

Vorsitzender: „Hm.“ — Der Verteidiger legte das Unhaltbare der ganzen Anklage dar. Er machte darauf aufmerksam, daß die Leute nur ihr Koalitionsrecht ausüben, wenn sie die Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiterverband erwerben, und daß der Angeklagte als Be-

statter des Verbandes geradezu die Pflicht hatte, die Mitglieder von Knad zu schützen. — Dem Antrage auf kostenlose Freisprechung schloß sich das Gericht mit der Begründung an, daß eine „Verabredung“, wie sie das Gesetz voraussetzt, hier nicht in Frage komme.

Juristisch immerhin haltbarer als diese Anklage wäre eine solche gegen den Depotverwalter und gegen die sonst für die Spindel und Entlassung verantwortlichen Mitglieder der Bahnverwaltung wegen Nötigungs- und Erpressungsversuchs gewesen, denn aus welchem anderen Grunde als um nicht bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren zu müssen, ist die Spindel und Entlassung erfolgt? Die Staatsanwaltschaft hat also ein erfolgreiches Feld für ihren Tätigkeitseifer, wenn sie Anklage gegen die Nötigungs- und Erpressungsversuchs der Bahnverwaltung vorbringt. Obgleich die Bahnverwaltung beleuchtet zu werden. Ist es mit dem Vertrag vereinbar, daß mit der Stadt geschlossen ist?

Weberprozesse und kein Ende.

Vor dem Schöffengericht waren gestern der Verantwortliche Redakteur der „Ostpreussischen Zeitung“ Sohr und der Schriftsteller Rudolf Herzog angeklagt. Gegenstand der von dem Schriftsteller A. O. Weber angelegten Verleumdungsklage war ein von dem Verlagsbesitzer Rudolf Herzog verfaßter und in der „Ostpreussischen Zeitung“ in Königsberg erschienener Artikel, welcher u. a. der Verfasser enthält, wenn Frau von Schönebeck zum Wagen verurteilt worden wäre, so wäre dies nicht so schlimm, als wie jetzt wo sie den Mann geheiratet hat. Das Schöffengericht kam nach kurzer Verhandlung zu einer Verurteilung der beiden Angeklagten. Mit Rücksicht auf die Schwere der Verleumdungen lautete der Urteil gegen Sohr auf 500 M. und gegen Herzog auf 300 M. Geldstrafe.

Von den Verurteilten ist gegen dieses unbillige Urteil sofort Berufung eingelegt worden.

„Politische Angelegenheiten“.

In einer von der Zahlstelle Finsterwalde des Deutschen Metallarbeiterverbandes am 2. Oktober 1910 abgehaltenen Versammlung, in der Göße Zutritt hatten, behandelte der Gewerkschaftsbeamte Paulowitsch das Thema: Leben und Leiden im Strafgefängnis und Zuchthaus, Teil I: Die Auswüchse im Strafrecht. Der Metallarbeiter Just als Veranstalter der Versammlung wurde in zweiter Instanz von der Strafkammer in Reibitz wegen Uebertretung des § 6 des Reichsvereinsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil es sich um eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten gehandelt habe, sie aber gleichwohl weber politisch gemeldet noch in einem der vom Landrat dafür bestimmten Blätter bekanntgemacht worden sei. Das Landgericht saherte u. a. aus: Redner habe an der Hand von Beispielen zu zeigen versucht, daß seitens der Gerichte Mißsprüche ergangen seien. Er habe auch von der Todesstrafe gesprochen und erklärt, selbst bürgerliche Blätter seien für die Abschaffung der Todesstrafe eingetreten. Die Ausführungen des Redners hätten die Tendenz gehabt, in den Zuhörern die Empfindung wachzurufen, daß Mängel in der Gesetzgebung vorhanden seien, um damit weiter in den Zuhörern Gedanken hervorzurufen, wie diesen gesetzlichen Mängeln abgeholfen sei. Daraus folgert das Gericht, daß politische Angelegenheiten erörtert worden seien. Das sei auch vom vornehmlich beabsichtigt gewesen.

Die vom Angeklagten eingelegte Revision richtete sich am Dienstag Rechtsanwalt Dr. H. Heinemann vor dem Kammergericht, indem er vor allem geltend machte, daß der Begriff der Erörterung politischer Angelegenheiten im Sinne des Vereinsgesetzes dermaßen sei. Ein Schluß auf solche Erörterungen lasse sich nicht ziehen aus einer Tendenz, Empfindungen wachzurufen, daß Mängel in der Gesetzgebung beständen usw., wie es das Landgericht tue. Vielmehr sehe das Vereinsgesetz Erörterungen voraus, die direkt und unmittelbar darauf abzielen, die Gesetzgebung in Aktion zu setzen.

Das Kammergericht trat der Revision bei, hob die Verurteilung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Dieses müßte nachprüfen, ob bei jenen Erörterungen die direkte Absicht obwaltete, direkt und unmittelbar einzudringen auf die staatlichen Institutionen, das bestehende Recht zu ändern.

Ein famoscs Stückchen preussischer Zensur.

Ein polnischer Verein in Gembitz (Regierungsbezirk Bromberg) wollte das polnische Theaterstück „Ewa Wiatomska“ aufführen. Die Polizeiverwaltung wandte sich an den Obergenjor der Provinz, den Polizeipräsidenten von Posen, und unterlegte gemäß dessen Gutachten die Aufführung, weil der Inhalt des Stückes geeignet sei, in hohem Grade das polnische Nationalbewußtsein wachzurufen und zu stärken. Die Vorstandmitglieder Korow und Ostulak klagten; die Klage wurde aber in zweiter Instanz vom Bezirksauschuss mit folgender Begründung abgewiesen: Das Stück behandle die Belagerung einer polnischen Festung durch die Türken im Jahre 1675. Ewa Wiatomska trete als polnische Heldin darin auf. Schwinghafte Reden vom polnischen Vaterland würden gehalten, das man immerdar und überall lieben müsse. Andererseits wird Ewa gefeiert als eine Heldin, die den Polen die Gewächse diene, nie geistig zu fallen. Die polnischen Frauen gingen lieber in den Tod, als daß sie ruhig zusehen, wenn ihr Vaterland in Gefahr sei. Eine solche Heraushebung des polnischen Nationalgefühls müsse auch im geschichtlichen Gewande, so meinte der Bezirksauschuss, auf die Zuhörer dahin wirken, daß das polnische Nationalitätsbewußtsein gestärkt werde, und es könne der Erfolg nur der sein, alle Hoffnungen auf ein neues polnisches Nationalleben hell zu entfachen. Daraus sei eine Erschütterung der bestehenden Verfassungsverhältnisse zu befürchten.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am Dienstag das Urteil. Es steht auf dem Standpunkt, daß die Zensur ihre Stütze findet in § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts, wonach die Aufgabe der Polizei sei, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen. Das Preussische habe daran nichts geändert. Im Rahmen des § 10 Teil II Titel 17 des Allgemeinen Landrechts habe sich aber die Verbandsverfassung. Es sei kein Rechtsverhältnis, wenn der Bezirksauschuss das Verbot für gerechtfertigt erachte, weil nach seinen Feststellungen die Aufführung seitens einer Liebhabergesellschaft geeignet wäre, großpolnische Reizungen in den Zuhörern zu befestigen und wachzurufen. —

Briefkasten der Redaktion.

Vom Montag, den 26. Juni, bis Sonnabend, den 15. Juli einschließlich, findet die Sprechstunde in der Zeit von 7 1/2 bis 9 1/2 abends statt.

Ernst S. Rein. — G. 110. Jede Tochter hat Anspruch auf das Mütterrecht. Sie müssen jetzt schon eine Ehegattung vornehmen. — M. 3. 29. Wie sind gleichberechtigt. — Recht. Sie müssen beim Amtsgericht Beschwerde erheben. — G. 50. Ja. — G. 2. 1875. 1. Ja. 2. 30 Jahre. 3. u. 4. Ja. 5. Das Gericht muß auch Ihren Kautum geben. — G. 4. 23. 1. Rein. 2. Der zweite Richter hat für die Waise. — M. 2. 50. 1. und 2. Rein. 3. Bei einfacher Körperverletzung muß binnen 3 Monaten Strafantrag gestellt werden. 4. Ja. Sonst müssen Sie sich dem Strafverfahren als Nebenkläger anschließen. 5. Beim Amtsgericht. 6. Sie müssen die Höhe des Schadens nachweisen. — G. 2. 1880. Wie Eöbne sind in gleicher Weise unterschuldhaftig. — 37 W. Sie haben recht. Notwendig ist ein Anwalt nicht. — G. 2. 100. Nicht mehr schuldbefrei. — M. 2. 60. Ja. Binnen 2 Jahren. — G. 2. 45. Ja. — G. 2. 6. 1. und 2. Mit 21 Jahren. 3. Ja. — G. 2. 72. Fragen Sie bei einem sachverständigen Vogelhändler nach. — G. 100. 1789, 1800 u. 1808.

Arbeiter-Vanderberein „Berlin“, Wanderfahrten am Sonntag, den 16. Juli: I. Bannier-Grünhagen-Preuß. Wälder 7.10 Uhr Wannseebahnhof. II. Grob-Edel-Subros-Rönigsmutterhausen. Abfahrt 6.45 Uhr Göttinger Bahnhof. III. Rinkenrug-Grünhagen-Preuß. Wälder 6.30 Uhr Göttinger Bahnhof. Gäfte willkommen. Touristenprogramme bei Kaufe, Mariannenstr. 11.

Marktpreise von Berlin am 12. Juli 1911, nach Ermittelung des Königlich Preussischen Marktalltagspreises (Kleinhandel). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30.00-35.00, Speisebohnen, weiße 30.00-35.00, Motten 30.00-35.00, Kartoffeln 12.00-18.00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1.60-2.40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1.20 bis 1.80, Schweinefleisch 1.10-1.80, Kalbfleisch 1.30-2.40, Hammelfleisch 1.50-2.20, Butter 2.20-2.80, 60 Stück Eier 3.00-4.80, 1 Kilogramm Karbfleisch 1.80-2.40, Holz 1.00-3.20, Bamber 1.60-3.80, Kerse 1.40 bis 2.60, Wachs 1.00-2.00, Schine 1.20-3.40, Mele 0.80-1.60, 60 Stück Kerse 2.00-40.00.

Witterungsübersicht vom 13. Juli 1911.

Station	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Station	Barometer	Wind	Wolke	Temper.
Bismarck	767.00	2 bedekt	90	16	Wilmersdorf	764.80	2 bedekt	16	16
Camburg	766.80	2 bedekt	22	10	Wilmersdorf	766.80	1 bedekt	10	10
Berlin	767.00	1 wolktig	22	18	Wilmersdorf	773.00	2 halb bb.	18	18
Frankfurt	767.00	3 bedekt	22	18	Wilmersdorf	778.00	1 wolktig	18	18
Hannover	767.00	2 halb bb.	19	17	Wilmersdorf	770.00	3 bedekt	17	17
Stettin	766.00	3 bedekt	20	19					

Wetterprognose für Freitag, den 14. Juli 1911.
Worm und (schwül, viel) heißer, aber veränderlich bei meist (schwach) nordwestlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12.7.	am 11.7.	Wasserstand	am 12.7.	am 11.7.
Kemmel, Zühl	82	+8	Saale, Weckitz	48	-2
Zeugel, Gröben	41	+2	Saale, Weckitz	30	0
Reichel, Thon	20	-4	Saale, Weckitz	4	-15
Ober, Rottbo	119	-2	Saale, Weckitz	72	0
Stroffen	65	-10	Saale, Weckitz	73	0
Grantfurt	74	+5	Saale, Weckitz	-136	-11
Barth, Schrum	-14	-1	Saale, Weckitz	-45	-1
Sandberg	-33	-1	Saale, Weckitz	468	0
Rege, Nordam	-80	-2	Saale, Weckitz	238	-7
Elbe, Reimerg	-82	-14	Saale, Weckitz	292	-8
Preßden	-194	+3	Saale, Weckitz	45	+8
Harde	28	-1	Saale, Weckitz	90	0
Wagdeburg	40	-7	Saale, Weckitz	-8	-10

Zentral-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung
Freitag, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Birkenwäldchen“ zu Steglitz, Schützenstraße.

Der wirtschaftliche Aufstieg der Arbeiter und der Tarifvertrag.
Referent: Verbandsdeputierter August Bringsmann-Hamburg. Diskussion.

Bez. Nimmelsburg-Vorhagen.
Sozialdemokr. Wahlverein Niederbarnim.

General-Versammlung
im Café Bellevue.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Sitzung der Ortsverwaltung.

Mitglieder-Versammlung
für den Bezirk Norden bei Obiglio, Schwedter Straße 23.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Allgemeine Versammlung aller in den Eisenkonstruktions-Werkstätten beschäftigten Arbeiter.

Allgemeine Versammlung
aller in den Eisenkonstruktions-Werkstätten beschäftigten Arbeiter.

Branchen-Versammlung
aller in der Eisenmöbelbranche beschäft. Kollegen und Kolleginnen.

Zentralverband der Dachdecker
Generalversammlung der Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Bau- und gewerbl. Arbeiter
Berlins und Umgegend.

General-Versammlung.

Kranken- und Sterbekasse
aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin.

General-Versammlung
in der „Neue Rathhauskaffee“.

Teilzahlung
Wöchentlich nur 1 Mark.

Jahre & König.

Für Kinder ist Fruchtstift

Das Geländeste und Beste für die Herstellung eines Fruchtstiftes. Da aber das Auspressen der Frucht immerhin umständlich und kostspielig ist, wird diesem auf leichte Art mit dem beliebten und bereits millionenfach gebrauchten Reichels Monaden-Stein-Extrakt abgeholfen. Derselbe enthält das volle edle Fruchtaroma und ergibt eine Flüssigkeit von halber Konsistenz von feinstem Geschmack und reinem Fruchtgeschmack in Gläsern, Flaschen, Zitronen, Granatäpfeln, Limetten usw. — Originalfl. 75 Pf. Zur Probe 1/2 Flasche 40 Pf. — Jede Monaden-Stein-Extrakt-Flasche enthält 100 Tropfen. — Jede Monaden-Stein-Extrakt-Flasche enthält 100 Tropfen. — Jede Monaden-Stein-Extrakt-Flasche enthält 100 Tropfen.

Erhältlich in den bekannten Drogerien, die „Original-Reichel-Essenzen“ führen, wenn ausnahmsweise nicht Versand ab Fabrik. Vor untauglichen Nachahmungen wird dringend gewarnt! Man nehme nur die echte Marke „Lichtstern“, denn diese ist einzig und alsobwohl. Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4, Fernspr. IV, 4751, 4752, 4753. Ausführliches illustriertes Rezeptbuch: „Die Destillierung im Haushalte“ gratis.

Raucher bevorzugen VEDECI-Cigaretten

Bibliothekleiter

„Der Jude“

Buchhandlung Vorwärts,
Lindenstr. 69, Laden.

Jeder Herr

welcher schön und billig sich kleiden will, empfehle einen Feinen gebrauchten Herren-Anzug, Paletots etc. für jede Figur passend, solange der Vorrat reicht. Die Herren sind aus prima Materialen hergestellt, teils von ersten Firmen, einzelne aus Absonnerlichkeitsstoffen, früher bis 100 Mark, jetzt zu folgenden Preisen:

Jackett-Anzüge	M. 10, 14, 18, 20 etc.
Herren-Paletots	8, 12, 14
Rock-Mode-Anzüge	12, 16, 18, 20
Gehrock-Anzüge	18, 22, 26, 28
Herren-Hosen	3, 4, 5, 7

Abt. II: Elegante neue Garderobe.

J. Wand
Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, a. d. Anzeigerstr.
II. Geschäft: Chausseestr. 89
Verkaufsstelle für den Westen: Jägerstr. 11.
Verkaufsstelle von eleg. Frauk. u. Gesellschafts-Anzügen.
Bitte genau die Hausnummer beachten.

Nathan Wand
129 Statter Str. 129.
Die schönsten Herren-Sommer-Paletots u. Anzüge und Anzüge in neuem Stoffe, auf Seide gearbeitete Garderobe, von Kavaliere getragen, fast neu, für jede Figur passend, gepolst. Ganz-Anzüge sind in großer Auswahl preis zu namenhaften billigen Preisen zu haben.

Dr. Popke
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Rosenthaler Str. 70
Rosenthaler Str. 70, Spr. 9-2, 6-8, Sonnt. 9-3

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Matuschke, Bäckermeister.
Der Vertrauensmann des Bäcker- u. Konditorei-Verbandes.
Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak in Rollen, Bündel und Eaden. General-Vertrieb: Karl Röcker, Berlin O. 27. Grüner Weg 112 (Amt VII, 3051).

Tischler-Verein zu Berlin (E. H. 89.)
Sonntag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
General-Versammlung

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.
C. S. 29, Hamburg, Fl. Charlottenburg.
Sonntag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“: Mitglieder-Versammlung. Bericht von der General-Versammlung. Resolutions des Kassierers.
119/20 Die Ortsverwaltung.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Reichsverbandes Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren
zum Sonntag, den 16. Juli.

1. Abt.: früh 4 Uhr: Oberberg. 12 1/2 Uhr: Bernau (Waldufer). Start: Wilmersdorf.
2. Abt.: 6 Uhr: Wannsee. Start: Schönhauser Allee.
3. Abt.: 8 Uhr: Klein-Weiden (Waldufer). Start: Schönhauser Allee.
4. Abt.: am 15. Juli, abends: am 16. 4 Uhr früh: Wannsee (Stadt Berlin). 1 Uhr: Wannsee. Start: Wannsee.
5. Abt.: 7 und 10 Uhr: Freibad Wannsee. Start: Wannsee.
6. Abt.: 6 1/2 Uhr: Bornstedt-Bornim. 12 1/2 Uhr: Wannsee (Hörstenerhof). Start: Oberberg.
7. Abt.: 8 Uhr: Röhlsdorf. Start: Röhlsdorf.
8. Abt.: am 15. 9 Uhr abends: Gölener Berge (Rohlsdorf) am 16. früh 1 Uhr: Wannsee (Hörstenerhof). Start: Wannsee.
9. Abt.: 12 1/2 Uhr: Wannsee (Hörstenerhof). Start: Wannsee.
10. Abt.: 7 und 12 1/2 Uhr: Wannsee (Hörstenerhof). Start: Wannsee.
11. Abt.: am 15. 8 Uhr: Wannsee (Hörstenerhof). Start: Wannsee.

Lichtenberg und Umgegend.
1. 3. 4. 5. und 6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Wannsee nach Röhlsdorf. Start: an den bekannten Stellen. Sammelplatz: Berliner Straße 98. 12 1/2 Uhr: Wannsee (Hörstenerhof).
Gäfte herzlich willkommen.

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Dr. Popke
Rosenthaler Str. 70
Rosenthaler Str. 70, Spr. 9-2, 6-8, Sonnt. 9-3

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter
kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenthaler Str. 63, Ecke Weinmeisterstraße; Landsberger Allee 148, am Friedrichshagen; Wilmersdorf: Bergstr. 66, am Ringbahnhof.

Sie sparen Geld!
direkt an Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
Klein Laden
Tel.: A. III, 5357
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 14. Juli
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues königliches Opernhaus.
Götterdämmerung.
Anfang 8 Uhr.
Beflug. Sommerpalast (Anfang 8 Uhr 20 Min.)
Komische Oper. Der verdohnte Kuh.
Neues Schauspielhaus. Die leuchtende Sufame.
Neues. Der Rodelzigeuner.
Edalla. Komische Bierschiff.
Schiller. Charlottenburg. Der dunkle Punkt.
Schillertheater. Die dritte Eskadron. (Anfang 8,20 Uhr.)
Kleines. Karneval in Nizza. — Korallen.
Neues. Kaffeehaus. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Trianon. Das Bräutchen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Friedrich-Wilhelm. Schauspielhaus. Badines Einführung.
Wietzow. Hoheit amüsiert sich!
Polles Caprice. Die letzte Nacht. Drei Frauenhüte. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Prater. Die drei Grazien. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Volgt. Goldene Jugend.
Neues. Stadt und Land. — Spezialitäten.
Kaiser-Vanorama. II. Hofaus. Indien. — Wanderung auf Vornheim.
Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab
50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Panoptikum.
Die **Neger-Riesin**
Abomah, die größte Frau, die je gelebt.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Toni Thoms
Jim u. Jam
The Hevaldos Comp.
u. d. Varieté-Festspiel-Prgr.

Metropol-Theater.
Hoheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von F. Freund.
Musik von Rudolf Kellon.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Parleberger Str. 26, Stendaler Str. 18
Direktion: Karl Pirnau.
Freitag, den 14. Juli:
Monsieur Alfons.
Schwanz in 2 Bildern.
Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Vorstellung 7 Uhr.
Vorzugsarten haben Günstigkeit.

Freier Ruder-Bund Berlin.
Sonntag, den 16. Juli:
: Ruder-Regatta :
auf dem Himmelsburger See.
Beginn: 12 Uhr. — Ziel: „Liebesinsel“. — Freie Ueberfahrt dorthin.
Im Anschluss an die Regatta:
Großes Sommerfest
im Etablissement „Schwanenber“, Stralau, Tunnelstraße.
Konzert, Turnerische Aufführungen, Kinderbelustigungen, Tanz etc.
Eintritt 15 Pf. 250/2 Kinder frei.

Neues Theater.
8 Uhr. 8 Uhr.
Täglich:
Der Rodelzigeuner.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
(Letzte Woche vor ihrer Ferienreise).
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Sonntag, 16. Juli: Erstes Gastspiel Cosar Jungbühnel mit seiner berühmten Heccegesellschaft.

Café Bellevue.
Kammelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstellung
u. Garten-Konzert.
Jeden Sonnabend und Donnerstag:
Soireen der Hoffmanns Sänger

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungs-Park
Smeerlape, einzig exist. Schweinedressurakt. Schweinerutschbahn. Teufelsrad, Wasserrutschbahn, Gebirgsbahn, Liebesmühle, Cake walke u. a. Interessante Volksbelustigungen.
Täglich großes Promenadenkonzert und Spezialitätenvorstellung.
Eintritt 15 Pf.
(An Sonn- und Elitetagen 25 Pfennig.)
Mittwoch: Gr. Kinder-Erntefest Verlosung, Hauptgewinn 1 gold. Uhr.
Donnerstag: Elitetag, Feuerwerk.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 16. Juli 1911:
Neues Programm!
Theater und Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Jeden Montag: Lustige Sänger.

Apollo Theater
8 Uhr:
Die grandiosen Spezialitäten.
8 1/2 Uhr:
Ensemble-Gastspiel
Harry Walden
in
Sein Herzensjunge.
Vandeville mit Ges. u. Tanz in 2 Akten von K. Reibardt und H. Schonger.
Musik von B. Kolko.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr.
Kasernenluft.
Auf der Gartenbühne: Es gibt nur ein Berlin. — Große Revue.

Volksgarten-Theater
Freitag, den 14. Juli:
Koncert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Lilly Maritz. Ernst Lissek. Laro. Rosal. Arlette und Eara.
Der artefische Brunnen.
Gauberpasse mit Ges. u. Tanz u. Räder.

LA TORTAJADA.
Die 7 Korinnas, klassische Tänze.
Kaufmanns Lady cycle troupe.
De Dio.
Charles Barons Burlesko-Monagerie.
Tschin Maes 8 heil. Chungusen und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!

Luna-Park
Sensationelle Attraktionen!
Johnstons Untergang, Cairo, Lachhaus, Hippodrom-Lehmann, Tanagra-Theater, Teufelsrad, Moulin rouge, Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Mon Plaisir u. v. a.
Morgen Sonnabend, den 15. Juli:
Elitetag.
Pracht-Feuerwerk
Apotheose: Eva am Reck.
Feenhafte Parkbeleuchtung.

Königsstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr.
Tägl. im herrlichen Naturgarten:
Goldene Jugend.
Gesangs-Fest in 1 Akt.
Kühler: Pohleys Miniaturtheater.
Franz Heißner in 1. Burlesk. Charakter-Oper „Der Wichtig“.
Anf. 7 1/2 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
8 1/2 Uhr: **Zum letzten Male!**
Stadt und Land
ab.: Der Viehhändler aus Oberösterreich. Volkshüt mit Ges. in 4 Akten v. Kaiser. Vorher: Die vorzähl. Spezialität. Morgen: Volkshüt, neues Progr. Anfang 6 Uhr.

Voigt-Theater
Geisendamm, Badstraße 68.
Deute sowie täglich:
Goldene Jugend.
Gr. Lebensbild m. Ges. u. Tanz in 3 Akten. Täglich neue erstklassige Spezialitäten. Staffeldöffnung 2. Anfang 4 Uhr.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm. In der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich: D. prunkvolle Eisballett.
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen.
Zahlreiche Kunstproduktionen. Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts. Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abda.: halbe Kassenpreise.

Max Kliems
Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Hagenstraße 13—15.
Täglich: Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen. Selbstbedachter Theatergarten, bei ungenügender Witterung Schutzhütten. Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest. Donnerstag: Elitetag.

Schweizer-Garten
Am Königsst. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater, Spezialitäten, Kinematograph.
Jeden Mittwoch:
Kinderfest.
Anf. wochentags 5, Sonnt. 4 Uhr.

Zirkus Moulier
Bankow-Berlin
Berliner Str. 63—68, an der Schönhauser Allee.
Jeden Sonnabend, den 15. Juli, 8 1/2 Uhr: 12715b
Gala-Eröffnungs-Vorstellung
Weltstadt-Programm
folgende Tage: Sport-Vorstellungen. Mittwoch u. Sonntag, 4 1/2 u. 8 1/2 Uhr: 2 große Vorstellungen 2 Täglich wechselndes Programm.

Verkäufe.
Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Grün, Kaiserstr. 4, Badhof-Börse. (Weder des „Borwirts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!
Hermannsplan 6. Wandteppich-Selbstverhandlich bevorzugter Wareneinkauf. Überbilligste Wandteppiche, Webwaren, Sommerpaletts, Herrenhosen, Kleinauswahl Brautkleider, Vermietungsbett, Laubentdecken, Baldachin, Gardinenauswahl, Teppichauswahl, Steppdecken, Wäschekästen, Goldschalen, Taschentücher, Bandtücher, Wanderteppich ebenfalls Sonntags.
Vorwärtsleiter erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.
Teppiche, farblichste, spottbillig.
Schlafdecken 1,15. Schülerplätzchen 2,50, Steppdecken 3,75.
Teppich-Thomas, Dranienstraße 160, Dranienplatz; Rosenlauerstraße 54.
Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Wädicke, Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Decken, spottbillig. Wandteppich, Kaffertierstraße 7. 28578*
Simillifedene Steppdecken 4,15 (Seidenfäden). Wolltasch-Steppdecken 8,50, große Schlafdecken, grau, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. Inventar-Kaufpreis. Teppichhaus Emil Lehmann, Dranienstraße 158.
Inventar-Räumungspreise nur kurze Zeit. Extrarabatt gratis und franco. Teppichhaus Emil Lehmann, Dranienstraße 158. 19988*
Kinderwagen, gut erhalten, billig zu verkaufen. Clausenstraße 2, Gartenstr. IV links. 27125
Teppiche (Kardenschieber), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tischbecken, Ubergardinen, Sofa-Kostreife spottbillig. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtsleiter erhalten fünf Prozent. Sonntags geöffnet. 24888*

Monatanzüge und Sommerpaletts von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für toprulente Figuren. Neue Garderobe zu namengebigen Preisen, aus Handarbeiten verarbeitete Sachen lässt man am billigsten bei Ras. Rindstraße 14.
Teppiche, Vorhänge, Tischdecken, Gardinen, Steppdecken, Läuferstoffe, Tischdecken, Dinanden, spottbillig. Nehrauswahl. Potsdamerstraße 109, Teppichhaus Conrad Fischer. Vorwärtsleiter Extrarabatt. 23019*
Geschäftsverkäufe.
Jungbier- und Kohlengeschäft mit gutem Fußwert und Kundenschaft wegen Krankheit für 2000 Mark mit Kohlenvorrat und hübschem Zubehör, außerdem zwei gutgehende Restaurationen, eine davon mit Tanzsaal, jeden Sonntag von 5 Uhr Tanzmusik. Näheres bei Fr. Ostler Böhm, Ralplauerstraße 7.
Büchergeschäft zu verkaufen. Geröllige Dörten unter G. M. 183 postlagernd Bogdagen 2. 789

Küchenmöbel. Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).
Küchenmöbel. Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).
Küchenmöbel. Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).
Arbeiter-Winter-Wohnungen, für jedermann leicht erwerbbar. Möbel, neu, sehr billig, auch gebraucht, gut erhalten, große Auswahl. Teilzahlung gern gestattet; keine Anzahlung, bequeme Anzahlung. Gabbert, Räderstraße 54. 24513*
Mahagonibüfett, mit Säulen reich geschliffen, extra schwere Ausführung, sehr preiswert. Fabrik, Etalierstraße 25, an der Nordbahn. 100/2
Bilder.
Hertigerrahnte und lose Bilder, Leinwand und Rahmen kaufen Sie heute am billigsten und reellsten direkt Fabrik bei Bilder-Dogban, Weinmeisterstraße 2. Teilzahlung gestattet.
Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumenstraße 36b. 21088*
Verschiedenes.
Patentanwalt Bessel, Büchlerstraße 94.
Patentanwalt Müller, Büchlerstraße 81. 24398*
Kunstkopiererei von Frau Kolosky, Schlangenteich, Kurstraße 8 III.
Zahngelbe, Zahn bis 80 Pfennig, Bruchgold, Wanduhr, Stanniol, höchstschönd. Kohn, Neue Königstraße 76. 2173*
Platinabfälle, Gramm 5,20, Gold, Silber, Zahngelbe, Kunstblumen, Auguststr. 19 III. 750*
Platinabfälle, Silberabfälle, Münzen, Zahngelbe, Kunstblumen, Restalle höchstschönd, Goldschmelze, Nieper, Köpenickerstraße 20 (gegenüber Rantenschiffstraße). 29958

Gefunden u. verloren
Rucksack, Inhalt Tischlerwerkzeug geeignet „M. L.“, ist Sonntagabend im Nördling mit Rucksack, Inhalt Lebensmittel, Bücher, vermischt worden. Umzutauschen bei Hlammstr. 10, Körnerstr. 10, Charlottenburg, Straße 63. 26996*
Vermietungen.
Wohnungen.
1 leeres Zimmer, 2 Stuben und Küche, 1 Stube und Küche, Anfragen Portier, Neue Königstraße 32. 731*
Zimmer.
Möbliertes Zimmer zu vermieten Baumfuhlenweg, Trojanstraße 6, II links. 24126
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Rentenempfängerin sucht von heute ab oder 1. August Stellung im Haushalt bei einzelner Dame oder Herrn. Dennemühlstraße 12, hochpartiert, bei Freitag. 27135
Wir suchen per sofort oder später einen **zuverlässigen Mann**, der die Herstellung von **Gelees, Marmeladen und Fruchtäften** vollkommen versteht. Gest. Offerten unter Angabe der selbstigen Tätigkeit an **L. N. 4042** befördert **Rudolf Mosse, Leipzig**.
Tüchtiger Beizer, der ab und zu schneiden und polieren kann, wird von **Metal-Knopfabrik** per sofort gesucht. 27114*
Offerten mit Lohnansprüchen und Zeugnisabdrücken an **Alex. Chrambach Nachf., Breslau**, Brandenburger Str. 31.

Stellenangebote.
Tüchtige Glasbläser für Röntgenröhren sucht G. D. B. Müller, Hamburg 5, Weidungen hier, Luisenstraße 21. 26948*
Freihergehilfe, Rändig, gelucht Rixdorf, Thomaststraße 40. 754
Wamsels, bessere glatte Paletts von 4.— bis 6 Mark, nur im Hause, dauernde Beschäftigung, sofort. B. Holz, Dranienstraße 10/11, am Heinrichsplatz. 26915*
Künstliche Blumen - Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, nur geübte, sucht Schindelmann, Alte Jakobstraße 156.
Reinigungsfrauen sofort verlangt Prinzenstraße 41. 100/11*
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Skandinavische Pianofabrik
Sucht erfahr. Bodenm., Kastenm., Umbaum., Polierer, eventuell auch in allen Fäch. erfahr. 2. Werkmeister, d. geübte Leute mitbringen kann. Gut. Verdienst. Kein Streik. Freitag, den 14. Juli, u. v. 1. an d. Exped. d. Bl. *

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streik oder Lohn-differenzen sind gesichert:
Partettbodengeschäft **Kampfmeyer**.
Chr. Becker Söhne, Kirschen.
Nord-Parkettfabrik Hannover.
Berliner Parkettf. Badmeyer, Joh. Russack, Eilbinger.
Rosenfeld, Danke i. Pa. Schlesinger, Butterweich, Piek.
Heine, Bressau, Vert. i. Pfaff.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Thomaststraße 18.
Kofferfabriken:
Trebesius u. Knappe, Köpenicker Str. 126.
Häcksche Holzwarenindustrie (Lehmann), Blumenstraße 81.
Wagner, Marthstr. 52.
Reichelt, Krautstr. 39.
Greulich (Krüger), Gräner Weg 28.
Findeisen, Blumenstr. 65.
Tischfabrik Hucks, Stralander Straße 59.
Wasserschleier Faul, Mommensstraße 23 und Fagelberger Straße 4.
Wasserschleier Engelmann, Rixdorf, Fontanestr. 23.
Jalousiefabrik Heier, Freese, Berlin-Niederhohndorfen.
Für Zusammenleger:
Vianofabrik Späthe, Potsdamer Str. 29 und Späthe in Wera.
Sämtliche Betriebe in Hamburg, Leipzig, Jork.
Das Berliner Arbeitswilligen-Vermittlungsbüro d. gelben „Handwerkerverbandes“.
Die Erbsenverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Heute 7 Uhr abends
beginnend

Flugblattverbreitung

in den 6 Berliner Kreisen.
Niemand fehle.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 16. Juli, findet ein Ausflug mit Familie nach Johannisthal statt. Treffpunkt nachmittags im Parkrestaurant, Joh. Hesse, Parkstr. 12/13. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. — Das diesjährige Sommerfest findet am 12. August in der „Neuen Welt“ statt. Der Vorstand.

Rixdorf. In Anbetracht der am 25. Juli stattfindenden Generalversammlung des Wahlkreises mit der Tagesordnung: „Anträge zum Parteitag in Jena“ weisen wir auf den alten Beschluss hin, daß derartige Anträge mindestens acht Tage vor Stattfinden der Versammlung dem Vorstande eingereicht werden müssen, um zur Verhandlung zu kommen. Der Vorstand.

Röpenitz. Diejenigen Leser unserer Bibliothek, welche noch im Besitz von Büchern sind, werden ersucht, dieselben umgehend beim Genossen Wähler, Kiegestr. 6, abzuliefern. Die Bibliothekskommission.

Waidmannslust und Hagenow. Morgen, Sonnabend, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung in Birkenwerder im „Rheingau“. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hildebrandt, Berlin, über „Militarismus und Sozialdemokratie“. 2. Neuwahl der Bezirksleitung und der Funktionäre. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Genossen von Waidmannslust fahren gemeinschaftlich mit dem Zuge 7.47, die Genossen der übrigen Bezirksorte werden ersucht, den gleichen Zug zu benutzen, fahren also 7.50 ab Harnsdorf, 8 Uhr ab Stolpe, 8.03 ab Hohenneudorf.

Ferner, am Sonntag, den 16. Juli, Anfang nachmittags 8 Uhr, Sommerfest. bestehend aus Konzert, Ball, Kinderbelustigungen, Lampionzug, Preisregeln, Preisstiche usw., im Schweizerhaus zu Waidmannslust. Um allseitige Beteiligung ersucht Die Bezirksleitung.

Rudow. Am Sonnabend, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei R. Rolle, Röpenitzer Str. 86. Außer sonst wichtigen Beratungsgegenständen steht die Wahl der Funktionäre auf der Tagesordnung.

Berliner Nachrichten.

Sittliche Entrüstung in der Armenpflege.

Von Zeit zu Zeit muß dem fatten und darum braven Bürger immermal wieder gezeigt werden, wie schwer es die Armenpflege mit den Hilfsbedürftigen hat und wie oft Bittsteller als Unwürdige entlarvt werden. Solche Nachrichten zu verbreiten, ist Spezialität eines Berichterstatters, der früher den Posten des Registrars-offiziosus innehatte und auch jetzt noch sich den Rathsausleuten gern gefällig erweist.

In diesen Tagen hat er an die Zeitungen einige Mitteilungen über „unberühmte Arme“ verfaßt, die der Leser bürgerlicher Blätter als typische Beispiele hinnehmen soll. Er erzählt von einer Frau, die ohne Not eine Armenunterstützung verlangt habe und nun auf die Armenverwaltung schimpfe, weil sie abgewiesen worden sei. Die Schilderung enthält auch die Angabe, ein Sohn dieser Frau sei außerehelich geboren, und ebenso rühre das jüngste Kind von ihrem Schwager her. Was hat das mit der Feststellung zu tun, daß die Frau nicht hilfsbedürftig sei? Soll der wertere Leser samt der werteren Leserin sich sittlich entrüsten?

Derselbe Berichterstatter versandte am nächsten Tage eine Notiz mit der Ueberschrift „Ein Bild aus der Tätigkeit eines Berliner Armenkommissionsvorstehers“. Darin gibt er den Bericht eines Vorstehers wieder, der zusammen mit einem Waiserrat eine Almosenempfängerin besucht hatte. Geschildert wird der Schmutz, der in der Wohnung vorgefunden wurde, und zuletzt erfahren wir noch: „In dem Bett lag die R. mit ihrem Schlafburschen.“ Der Frau seien dann ihre Kinder abgenommen worden, schließlich die Erzählung. Hier läßt sich der Hinweis auf das Verhältnis mit dem Schlafburschen verstehen als Begründung für die Wegnahme der Kinder, die in solchen Fällen für nötig gehalten wird. Aber die Wiedergabe dieser Einzelheit in oder für die Zeitungen bestimmt Notiz hat wohl hauptsächlich den Zweck, auch hier wieder dem Spiegelbürger zu zeigen, mit einer wie verworrenen Menschenjorte die Organe der Armen- und Waisepflege sich plagen müssen.

„Solche Fälle sind leider nicht selten.“ sagt die erst erwähnte Notiz. Das ist schon glaubhaft. Die Stadt Berlin zahlt nämlich laufende Unterstühtungen für Almosen- oder Pflegegeldempfänger in monatlich mehr als 48 000 Fällen, da brauchte man sich nicht groß zu wundern und aufzuregen, wenn selbst einige hundert Unwürdige sich darunter fänden. Daß die Armenverwaltung ein Interesse daran hat, diese zu ermitteln, ist selbstverständlich. Wer aber kann ein Interesse daran haben, das Ergebnis ihrer amtlichen Feststellungen weitesten Kreisen bekanntzumachen? In jenen Notizen werden die betreffenden Personen durch Mitteilung von Einzelheiten (die wir nicht wiedergeben) so gekennzeichnet, daß es z. B. Hausbewohnern nicht schwer sein kann, sie wiederzuerkennen. Wie sind bisher immer der Meinung gewesen, bei der Armenverwaltung bestünde der Wunsch, daß über die Amtstätigkeit der Armenkommissionen die Verschwiegenheit gegenüber Unbefugten gewahrt werde. Vermutlich glaubte jener im Rathhaus ein- und ausgehende Berichterstatter im Sinne der Armenverwaltung zu handeln, wenn er wiederum erzählte, wie schlechte Menschen es unter den Hilfsbedürftigen gibt. Aber uns scheint, daß das Ansehen der Armenpflege nicht gefördert wird, wenn ihr Verteidiger ihr mit solchen Waffen bespringt.

Will man wissen, wo er sie sich hergeholt hat? Die Mitteilungen sind entnommen den „Blättern für die Berliner Armen- und Waisepflege“, die von der Armenverwaltung selber herausgegeben und als ihr amtliches Organ den Armenkommissions- und Waiserratsmitgliedern von Amts wegen zugestellt werden. In diesem Organ werden auch Berichte aus Armenkommissionen veröffentlicht, um Armenpflegern eine Gelegenheit zum Austausch ihrer Erfahrungen zu schaffen, und zwar werden dabei möglichst alle die Person kennzeichnenden Einzelheiten wiedergegeben. Hiergegen wäre selbstverständlich nichts einzuwenden, wenn nur nicht die so abgefaßten Berichte über den Kreis der amtlich daran interessierten Personen hinaus an Unbefugte gelangten, die sie für ihre besonderen Zwecke ausnützen. Die Armenverwaltung wird zu erwägen haben, ob nach diesen Vorkommnissen sie noch weiter durch ihr amtliches Organ dazu beitragen darf, daß gegen die Forderung, möglichste Verschwiegenheit zu wahren, verstoßen wird.

Um das zu verhüten, würde es vielleicht schon genügen, bei der Veröffentlichung der Berichte alle entbehrlichen Einzelheiten wegzulassen. An sich sind ja die Berichte sehr lehrreich, auch für Personen, die nicht in der Armen- und Waisepflege tätig sind.

Das Nachrichtenamt des Magistrats hat z. B. auch der Redaktion des „Vorwärts“ ein Exemplar der betreffenden Nummer dieser Zeitschrift übersandt, und wir haben es mit vielem Interesse gelesen. Manche der darin veröffentlichten Berichte sind Musterbeispiele für jene in der Armenpflege nur zu weit verbreitete Anschauungsweise, die rasch bereit zu sittlicher Entrüstung ist, weil das Verständnis für die Begleiterscheinungen unserer Wirtschaftsdiskussion fehlt.

Die zunehmende Hitze beginnt allmählich, mindestens in der Großstadt, lästig empfunden zu werden. Dabei sind die bisher erreichten Wärmeterperaturen, da über ganz Deutschland Winde aus nördlichen Richtungen (Nordwest bis Nordost) an der Gierigkeit sind, noch verhältnismäßig nur mäßig hoch für die gegenwärtige Jahreszeit. Würden gleichzeitig südliche bis östliche Winde am Ruder sein, so würde die Hitze sich rasch bis zur Unerträglichkeit steigern; allerdings würde dann wohl auch schon ein Gewitter für die nötige Abkühlung gesorgt haben, während die trockenen Nordwinde keine elektrische Entladung und keinen Regen auskommen lassen.

Das neue Heim des Arbeiterschiedsgerichts,

das Ede Berliner Straße und Charlottenburger Ufer im Laufe des letzten Jahres errichtet wurde, ist nunmehr fertiggestellt und wird bereits nächste Woche seinem Zweck übergeben werden. Es ist ein großer viergeschossiger Monumentalbau, der in einfacher Architektur gehalten, nach Plänen von Geheimrat Dr. Otto March gestaltet ist. Insgesamt umfaßt das mächtige Gebäude 500 verschiedene Räume, unter denen sich vier große Sitzungssäle, die ärztlichen Untersuchungsräume, Bibliothekszimmer usw. befinden. Die jeweiligen Räumlichkeiten sind, wie es zur leichteren Orientierung und auch aus deutlichen Zwecken bei solchen Bauten zumeist geschieht, immer etagenweise übereinander geordnet. Die Baukosten beziffern sich auf etwa 750 000 Mark. Das erworbene Grundstück umfaßt 3500 Quadratmeter, von denen 1390 bebaut wurden und 1450 für Gartenland vorgesehen sind. Die noch übrigbleibenden 720 Quadratmeter sind für spätere Erweiterungsbauten bestimmt. Das ganze Gebäude macht von außen wie von innen gesehen, einen einfachen und doch gediegenen vornehmen Eindruck.

Die Angelegenheit der Pianoforte-Hinze, über die wir gestern kurz im Handelsteil berichteten, hat eine neue überraschende Wendung genommen. Ohne daß einer der Gläubiger oder der bei der Firma beschäftigte Bücherrevisor etwas davon wußte, hat E. S. Hinze am Mittwochnachmittag um 9 Uhr den Konkurs beim Amtsgericht Charlottenburg angemeldet. Selbstmitleidig wurde der Konkurs der Firma durch das Pianofortengeschäft Varenprung, dessen Inhaber Hinze ist, bei Charlottenburg und nicht in Berlin anhängig gemacht. Offenbar fürchtete S., daß die vorgestern stattgegangene Gläubigerversammlung nicht zu einem Resultat kommen würde, und während die Gläubiger durch den Bücherrevisor zur Versammlung eingeladen wurden, tat er den entscheidenden Schritt. Durch diesen Entschluß werden die Aussichten für die Geschädigten noch trostloser als vorher. Das Geschäft wird abgewickelt, wie mitgeteilt wird, wohl nicht mehr weitergeführt werden, doch liegt eine bestimmte Entscheidung noch nicht vor. Durch Hinzes Konkurs ist freilich das Schicksal einer Anzahl kleinerer Fabrikanten der Pianofortebranche entschieden. Hinze nahm monatlich 500 bis 600 Klaviere ab und gab bereits Orders auf weite Termine. Die kleineren Fabriken arbeiteten auf Lager und haben nun zahlreiche Instrumente vorrätig, für die sich schwerlich Abnehmer finden werden. Dadurch dürfte eine Entlassung von vielen Arbeitern eintreten.

Ein Verbrechen im Bade? Aus Potsdam wird berichtet: Als vorgestern nachmittags das 20jährige Dienstmädchen Franziska Polesnyj mit einem mit sechs Kindern unternommenen Ferienausflug nach Kiedlich im Weißen See ein Bad nahm, erbot sich ein von der hiesigen Seite herangefahrener Mann, mit den Kindern Schwimmübungen zu machen, und überredete, als die Kinder sich sträubten, das Dienstmädchen, mit seiner Unterstützung Schwimmübungen vorzunehmen. Hierbei ist das Dienstmädchen auf bisher unerklärte Weise ertrunken. Nach Angabe der Kinder soll der Mann, der sofort nach dem Vorgang verschwand, das Mädchen unter Wasser gehalten haben. Die Leiche des Mädchens ist noch nicht gefunden.

Die „Südliche Umgehungsbahn“ wird, nach dem vorliegenden Projekt, die Görtlyer Strecke nicht bei Station Nieder-Schöneweide-Johannisthal, sondern weiter östlich, beim Bahnhof Grünau, kreuzen. Die Umgehungsbahn erhält nördlich Weelitz Anschluß an die Eisenbahnlinien nach Roodhausen und Jüterbog, fährt dann über Michendorf nach Saarnund, Ahrensdorf, hinter welcher Station sie an die Fernbahnen nach Halle und Leipzig anschließt, sodann nach Blankensfelde, wo sie südlich Mahlow, Anschluß an die Dresden- und die Militärbahn erhält, geht dann östlich weiter über Woltersdorf und wendet sich dort nordostwärts nach der Görtlyer Bahn, die sie zwischen den Stationen Adlershof und Grünau schneidet, um dann nordwärts über Köpenick-West, Spindlersfeld, bei Wiesdorf in die Ostbahn einzumünden. Zwischen Sabona und Köpenick kreuzt die neue Gürtellinie noch die Salskische Bahn, mit deren Schienensträngen sie mehrfach verbunden werden soll.

Bom Herzschlag betroffen wurde gestern mittag ein gut gekleideter Herr in den fünfziger Jahren. Er kam aus dem Tiergarten und hatte soeben den Platz vor dem Brandenburger Tor überquert, als er plötzlich bewußtlos zusammenbrach. Man brachte ihn sofort nach der Charité, wo jedoch nur der bereits eingetretene Tod konstatiert werden konnte. Da der Tote keinerlei Papiere bei sich trug, konnte die Identität noch nicht festgestellt werden.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, bei welchem drei Personen leichte Verletzungen davontrugen, ereignete sich am gestrigen Donnerstag mittag gegen 1 Uhr im Tiergarten. Am Kleinen Stern fuhr ein Motorwagen der Linie 50 (Richtung Schönhauser Allee) auf den dort haltenden Zug der Linie N. Bei dem Zusammenstoß erlitten drei in dem letzteren Zuge sitzende Herren aus Charlottenburg leichte Verletzungen. Sie klagten über Kopf- und Kreuzschmerzen, konnten jedoch ohne fremde Hilfe sich nach ihren Wohnungen begeben. Eine Störung im Bahnbetrieb trat nicht ein.

Noch nicht festgestellt ist die Persönlichkeit des Mannes, der Dienstag früh in der Toilette eines Restaurants in Schildhorn erschossen aufgefunden wurde. Der Selbstmord ist vermutlich bereits Montagabend zwischen 9 und 10 Uhr erfolgt. Zu dieser Zeit hörte man einen Schuß fallen, glaubte aber, daß er im Walde abgegeben sei. Der Lebensmüde war etwa 35 bis 38 Jahre alt und war gut gekleidet. Die Wäsche wies kein Verblei auf. Ausweispapiere wurden nicht bei dem Toten gefunden, wohl aber ein Portemonnaie mit 22 Mark, eine goldene Uhr sowie eine Browningpistole mit sieben dazugehörigen Patronen. Die Leiche wurde nach dem Friedhof bei Schildhorn geschafft.

Ein ansehnlicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern nachmittag am dem Schloßplatz. Die neunzehnjährige Luise Wipke aus Veltzen, die hier Verwandte besucht hatte, war im Begriff, einen noch etwas in der Fahrt begriffenen Straßenbahnwagen zu verlassen. In demselben Augenblick kam ein Omnibus dicht an der betreffenden Stelle

vorübergefahren. Die W. erhielt von dem Straßenbahnwagen einen Stoß und wurde unter die Räder des Omnibusses geschleudert. Sie erlitt einen Beckenbruch sowie blutige Verletzungen am rechten Arm und wurde nach Anlegung von Rotverbänden auf der Unfallstation nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Ein hartnäckiger Selbstmörder. Vor wenigen Tagen empfing, wie berichtet, die Polizei in Grunewald einen Brief, in dem ein Herr Andreas aus der Demminer Straße ankündigte, sich in der Nähe von Schildhorn das Leben nehmen zu wollen. Gleichzeitig war dem Schreiben ein Hundertmarkschein beigelegt, der für „einen nicht zu schlechten Sarg“ verwendet werden sollte. In der Tat fand man den Lebensmüden an dem von ihm bezeichneten Ort bewußtlos auf; er hatte eine große Dosis Morphinum genommen, die aber nicht ausreichte, um den Tod herbeizuführen. Man brachte A. nach dem Charlottenburger Krankenhaus, von wo er vorgestern wieder entlassen worden war. A. hatte indessen die Absicht, sich das Leben zu nehmen, nicht aufgegeben und, kaum dem Dasein wiedergegeben, führte er auch schon den Entschluß aus. Zwischen den Stationen Grunewald und Nikolassee warf er sich vor einen Vorortzug und wurde sofort getötet. Man brachte die Leiche nach der Kapelle des Selbstmörderfriedhofes.

Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde gestern nachmittag am Friedrich-Karl-Ufer von einem Schiffer aus der Spree gelandet und nach dem Schauhaus gebracht. Sie war nur mit Zeitungspapier umwickelt und beschneit.

Ein Automobilunfall ereignete sich gestern an der Ludower- und Oranienstraßen-Ecke. Dort wurde der in einem Wäschegehalt tätige Hausdiener Bernhard Richter von einem Automobil überfahren und dabei erheblich verletzt, so daß sich seine Ueberführung nach dem Urban-Krankenhaus notwendig machte.

Bootsunfall. Donnerstag abend gegen 9 Uhr stieß in der Nähe des Restaurants „Speerschloß“ das dem Ruderklub „Vorwärts“ gehörige Rotorboot „Frieda“ mit dem Sternampfer „Prinz August Wilhelm“ zusammen. Das Rotorboot wurde arg beschädigt; die fünf Insassen fielen ins Wasser, konnten jedoch gerettet werden.

Ein unbekannter Geisteskranker. Häufig werden städtischen Kranken- und Irrenanstalten Personen zugeführt, deren Personalien nicht festzustellen sind. Einer jener seltenen Fälle, in denen es trotz jahrelanger Forschungen nicht gelungen ist, Namen und Herkunft einer Person festzustellen, wird uns aus der Armenverwaltung der Stadt Berlin gemeldet: „Eine unbekannte Frau wurde am 16. Oktober 1892 vor Gasthaus Panoptikum wegen Taschendiebstahls verhaftet. Die während der Untersuchung abgekauften Verurteilung, Namen und Herkunft der verhafteten Person, die taubstumm war und weder Lesen noch Schreiben konnte, zu ermitteln, verliefen resultatlos. Ebenso die Verurteilung von Photographien an auswärtige Staatsanwaltschaften, Strafanstaltsdirektionen, Landratsämter usw. Eine im Jahre 1893 zugezogene Taubstummenlehrerin konnte wohl aus der Kranken herausbekommen, daß sie im Kreise Snowrozlaw geboren und daß ihr Vater ein Landarbeiter gewesen sei, ihre Eltern beide tot seien, sie selbst sich im Alter von 31 Jahren befinde und zwei Kinder geboren habe, welche gestorben seien. Alle Recherchen an der Hand dieser Angaben sind ergebnislos verlaufen. Die unbekannte Frau, welche inzwischen wegen Wadstahns für geisteskrank erklärt und entmündigt worden ist, befindet sich jetzt in der städtischen Anstalt in Wuhlgarten. Alle Mittel und Wege zur Feststellung der Identität dieser Kranken sind erschöpft. Da inzwischen 18 Jahre ins Land gegangen sind, werden auch viele Personen, die vielleicht noch seiner Zeit die Kranke hätten wiedererkennen können, gestorben sein. Eine schwache Hoffnung, das Dunkel über die Unglückliche zu lüften, besteht vielleicht noch darin, daß Zeitungen der östlichen Provinzen Deutschlands diese Notiz aufnehmen und ihrem Verlektüre unterbreiten. Es ist dadurch vielleicht nicht ganz ausgeschlossen, daß sich doch noch der eine oder andere Leser der Unbekannten erinnert.“

Ein Opfer der Ammerkeiße ist der 20 Jahre alte aus Potsdam gebürtige Kaufherr Heinrich Erding geworden, der seit dem 16. v. M. bei dem Milchhändler G. in der Thierstraße beschäftigt war. Der junge Mann war bisher ganz ordentlich. Als er am Dienstag seinen freien Tag hatte, zog er auf eigene Faust einige Rechnungen ein, im ganzen rund 15 Mark. Hiermit ging er in eine Mädchenkeiße in der Thierstraße. Von dem Gelde blieb nichts übrig. Jetzt trauerte sich der junge Mann nicht mehr nach Hause. Wahrscheinlich irrte er bis gestern abend planlos umher, dann sprang er um 10 Uhr, nachdem er Jadedt und Müde abgeworfen hatte, vom Brandenburger Ufer in die Spree und ertrank. Seine Leiche ist noch nicht gelandet.

Beim Sommerfest des 4. Kreises in „Neumanns Volksgarten“ ist ein Kinderhut, ein Armband und eine Korallenkette, die Ludwigs, Treptow ein Armband und ein Medaillon und in der letzten Kreis-Konferenz ein Vincenz gefunden worden. Die Gegenstände sind im Bureau des Wahlkreises, Stralauer Platz 1/2, in Empfang zu nehmen. Verloren gegangen ist in „Neumanns Volksgarten“ eine schwarze Brieftasche. Dem Finder bitten wir, sie im obengenannten Bureau abgeben zu wollen.

Im neuen Hofaal der Treptow-Sternwarte spricht am Sonntag, den 16. Juli, abends 7 Uhr, Herr Dozent Jens Vögel über „Das Geheimnis des Weltendaues“. Montag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, lautet das Thema: „Unser Wissen von den Sternwelteln“. Mit dem großen Fernrohr wird am Tage die Venus, abends der Jupiter und zum Schluß der Mond gezeigt. Kleinere Fernrohre stehen den Besuchern kostenlos zur Verfügung.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein gewaltiger Wasserrohrbruch, der einen ganzen Stadtteil von Charlottenburg fast während einer halben Stunde unter Wasser setzte, ereignete sich am gestrigen Donnerstagmittag an dem verkehrreichen Wilhelmplatz. Gegen 12 Uhr mittags platzte an der Ecke des Wilhelmplatzes und der Berliner Straße ein großes Wasserrohr aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache. Der Druck der anströmenden Wassermassen war so gewaltig, daß die schweren Riesen des Bürgersteiges und das an der Seite befindliche Mosaikpflaster emporgehoben und die Erdmassen in weitem Bogen emporgeschleudert wurden. In wenigen Sekunden war bereits ein 4 Meter großes Loch im Boden vorhanden, aus dem unaufhaltsam schäumig braune Fluten quollen. Der Vorgang hatte sich so schnell abgepielt, daß die meisten Passanten bereits bis an den Knien im Wasser standen, ehe sie überhaupt recht wußten, was geschehen sei. Das Wasser hatte inzwischen auch die Spree-, Havel- und Lützowstraße erreicht und setzte die Keller unter Wasser. Inzwischen hatte man bei den Berliner städtischen Wasserwerken an den fallenden Manometern bemerkt, daß ein riesiger Wasserbruch eingetreten sein müsse und mit Hilfe besonderer Einrichtungen wurde in wenigen Minuten festgestellt, in welcher Gegend das Unglück sich ereignet hatte. Der Direktor der städtischen Werke, Herr Eggert, begab sich mit einem Stab von

Jugendleuten im Automobil an die Wasserbrücke und leitete dort mit der inzwischen hingerufenen Hauptfeuerwache in Charlottenburg sowie je einer Arbeiterkolonne der Charlottenburger und Berliner Wasserwerke die nötigen Aufbaumarbeiten. Das Wasserrohr wurde seiner ganzen Länge nach außer Betrieb gesetzt und sodann ging man daran, die unter Wasser gesetzten Kessel mittels Kreis- und Saugpumpen zu leeren. In etwa dreiviertel Stunden waren die Strahlen dem Verkehr wieder zugänglich, doch dauerte das Auspumpen der einzelnen Kessel bedeutend länger. Die Brücke der Großen Berliner Straßenbahn wurden von 12,05 bis 12,20 Uhr abgelenkt. Der entstandene Materialschaden ist nicht unbedeutend.

Schöneberg.

Durch Gas vergiftet hat sich die 23jährige Gesellschafterin Mariha Dehnde, die bei dem Kaufmann Kratzevich in der Damberger Str. 43 in Stellung war. Als vorgestern Abend der Kaufmann K. mit seiner Familie von Hause abwesend war, schloß sich die Gesellschafterin in der Küche ein, öffnete sämtliche Gasohne, nahm einen Zuführungsschlauch des Kochherdes in den Mund und erwartete auf einen Stuhl sitzend den Tod. Als gegen 11 Uhr die Herrschaft zurückkehrte, war die Wohnung mit Gas angefüllt, während die D. leblos auf dem Fußboden der Küche liegend aufgefunden wurde. Ein sofort hinzugerufener Arzt unternahm energische Wiederbelebungsversuche, die jedoch vergeblich waren. Die Leiche der Lebensmüden wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Halle in der Magstraße übergeführt.

Tobaniidshof.

Ein Waldfest veranstaltet der Gesangverein „Liederkunde“ (R. d. V. S. V.) am Sonntag, den 16. Juli. Die Parteigenossen und Genossinnen sind hierzu eingeladen.

Waldsdorf an der Ostbahn.

Die am Mittwochabend im „Wilde Eber“ in Kaulsdorf abgehaltene Bezirksgeneralversammlung nahm zunächst den Jahresbericht entgegen. Es fanden im verfloßenen Jahre statt: 7 Mitglieder und 10 öffentliche Versammlungen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 820 inkl. 60 weiblicher. Davon entfallen auf Kaulsdorf 68 Mitglieder. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten beträgt 328, hiervon entfallen auf Kaulsdorf 107. Eine Jahreseinnahme von 1184 M. steht eine Ausgabe von 1027,81 M. gegenüber. Die Bibliothek umfaßt circa 80 Bände meist wissenschaftlichen Inhalts. Versammlungsorte stehen uns in Waldsdorf 3, in Kaulsdorf 4 zur Verfügung. Da die auf der Tagesordnung stehenden Rechnungen der Bezirksleitung zu keinem Ergebnis führten, wurde die alte Bezirksleitung auf Antrag des Genossen Schumann verabschiedet, auf ein Vierteljahr die Leitung des Bezirks provisorisch weiterzuführen. Zum Schluss machte Genosse Köning auf die im Bezirk stattfindenden Sommerveranstaltungen aufmerksam. Für Waldsdorf findet daselbst am 28. Juli bei Ester, Grunowstraße, für Kaulsdorf am 30. Juli in Hamans Gesellschaftshaus statt.

Trebbin (Kreis Teltow).

Eine imposante Veranstaltung war das dritte Gruppenfest der 7. Gruppe des 1. Bezirks vom 1. Kreis des Arbeiterturnerbundes, das in drei aufeinander folgenden Tagen hier stattfand. Die turnerischen Wettkämpfe am Sonntagvormittag wurden durch den starken Wind sehr beeinträchtigt. Beim Volks-Fußballkampf, in welchem zum ersten Male der Ballweitwurf und die Pflichtfreiwürfe mit einbezogen waren, erreichte Welter-Trebbin mit 77 Punkten die Höchstzahl, ihm folgten Hagen-Rudenwalde mit 73 und Panew-Trebbin mit 70 1/2 Punkten usw. Alsdann folgte das Musterlegenturnen, an welchem elf Riegen, darunter zwei Damen- und drei Altersriegen teilnahmen. Besonders Interesse erregte die Füllbollenläufe über 1000 und 600 Meter. An dem Umzug beteiligten sich (mit Kindern) circa 800 Personen.

Adlerhöf.

Der Arbeiter-Turnverein zu Adlerhöf feiert am Sonntag, den 16. Juli, im Vereinslokal Wöllsteins Lustgarten sein sechzigstes Stiftungsfest unter Mitwirkung des Berliner III.-Trio, Anfang 1/4 Uhr nachmittags. Die Arbeiterschaft wird ersucht, den Verein, der unter den Drangsalierungen der Behörden zu leiden hat, durch rege Teilnahme am Fest zu unterstützen. Dadurch legt die hiesige Arbeiterschaft zugleich einen wichtigen Protest gegen jene Rabelschickpolitik ein, die die Behörden dem Verein gegenüber anwenden.

Ober-Schöneweide.

Der Gesangverein „Ober-Schönweider Liedertafel“ veranstaltet am Sonnabend, den 15. Juli, im Lokale Koerner's Blumengarten, ein Sommerfest. Der Verein, welcher stets seine Kräfte zur Verschönerung der Arbeiterfesttage zur Verfügung stellt, hat alles getan, um den Teilnehmern des Festes einige angenehme Stunden zu bereiten. Der Arbeiterschaft kann daher nur ein reger Besuch des Sommerfestes empfohlen werden.

Weißensee.

Geschäftstätigkeit des Gewerbegerichts im Jahre 1910. Im abgelaufenen Geschäftsjahre wurden 282 Streitigkeiten anhängig gemacht. Hierzu kommen 14 aus dem Vorjahre übernommene Streitigkeiten, so daß im ganzen 296 Sachen zu erledigen waren; 17 waren am Jahresabschluss noch unerledigt. Die Zahl der Kläger betrug 332 gegen 295 im Vorjahre. Klagen wurden erhoben von Arbeitern gegen Arbeitgeber 172, von Arbeitgebern gegen Arbeiter 10. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht im Berichtsjahre nicht in Tätigkeit getreten.

Beim Kaufmannsgericht wurden im abgelaufenen Geschäftsjahre 44 Streitigkeiten und zwar ausschließlich von Handlungsgeschäften anhängig gemacht. Hierzu kommen noch 7 aus dem Vorjahre übernommene Streitigkeiten, so daß im ganzen 51 Sachen zu erledigen waren. Reum mußten am Jahresabschluss als unerledigt ins neue Jahr übernommen werden. Ohne Zuziehung von Beisitzern fanden 18 und mit Zuziehung von Beisitzern 17 Termine statt. Die Termine ohne Beisitzer wurden zusammen mit denen des Gewerbegerichts abgehalten. Als Einigungsamt trat das Kaufmannsgericht ebenfalls nicht in Tätigkeit.

Schöneiche (Nieder-Barnim).

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm nach einem Vortrag des Genossen Zimmermann über: „Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse und worum müssen wir uns organisieren?“ den Bericht der Bezirksleitung entgegen. An dem Bericht wurden Ausführungen nicht gemacht. Die Wahl der Bezirksleitung hatte folgendes Ergebnis: 1. Bezirksleiter Joh. Köhl, 2. Otto Koch; 1. Kassierer Franz Rose, 2. Schwertner; 1. Schriftführer Max Thiemig, 2. Tobias; Weisiger die Genossinnen Glodow, Tobias und Glodow Kamp; Revisoren Franz Köhl, Hübne und Aug. Rose. Bibliothekar Ernst Glodow. Lokalkommission Hübne und Leidert.

Spandau.

Die außerordentliche, gutbesuchte Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, welche am Dienstagabend im Köhlfischen Lokal abgehalten wurde, beschäftigte sich mit den Organisationsverhältnissen in Spandau. Das Referat hatte der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Dr. Karl Biedl nicht übernommen. Die Aussprache war nicht geworden, weil hier in Parteifreien eine gewisse Gleichgültigkeit und Unlust zu Parteiarbeiten einzutreten drohte. Den anfeuernden und aufmunternden Worten des Genossen Biedl schloß sich ein hoffentlich gelungenes, eine Wanderung herbeizuführen, wenigstens deutete der spontane Beifall, der dem Redner gezollt wurde, sowie die ruhige und sachliche Aussprache darauf hin, daß die Parteigenossen ihre Kräfte mehr als bisher in den Dienst der Partei stellen werden. Um gleich praktische Arbeit zu leisten, stimmte die Versammlung einem Antrage zu, in Spandau die Parteibeiträge durch Hausläufer einzulieben zu lassen unter Beobachtung der Nachtstunden. Man ver-

spricht sich von dieser Hausläuferei große Erfolge für die Parteiorganisation. Ein weiterer Antrag, Spandau in Abteilungen und Bezirke einzuteilen, gelangte einstimmig zur Annahme. Es sollen die Bezirke verkleinert und vermehrt und mehrere derselben zu Abteilungen vereinigt werden, wodurch die Parteiarbeit bedeutend erleichtert wird. Von dem Ausschluß der Kohleleger Weize und Lamrenz, welche sich der Bienenbäuer Organisation angeschlossen haben, aus der Partei nimmt die Versammlung Kenntnis. Die Ergänzungswahlen zum Vorstand sowie die Wahlen einzelner Kommissionen wurden wegen vorgerückter Zeit vertagt. Dagegen wurde noch beschlossen, die Genossin Wegner als Vertreterin der Frauenabteilung dem Vorstande anzuschließen. Wegen der Abhaltung eines Volksfestes am 8. August hatte die Versammlung nicht einzuwenden.

Steglich-Friedenan.

Die letzte Sitzung der Gewerkschaftskommission beschloß, den Gewerbegerichtsbeisitzern die Verpflichtung einer je zweimonatlich stattfindenden Besprechung aufzuerlegen, um einen besseren Austausch praktischer Erfahrungen zu ermöglichen. — Den Bericht des Bildungsausschusses gab Genosse Fütterer. Mit der Tätigkeit des Ausschusses waren die Vertreter zufrieden. In den Jugend- und Bildungsausschuss wurden die Genossen Schmidt, Anders und Donski wiedergewählt.

Als ein sehr bedauerlicher Mangel für die Unterkommission wurde die Delegation solcher Genossen empfunden, die schon mit anderen Funktionen in Partei und Gewerkschaft überhäuft sind. Es fehlten die Delegierten der Schuhmacher und Maler.

Jugendveranstaltungen.

Jugend-Ausschüsse „Nieder-Barnim“. Am Sonntag, den 16. Juli, findet ein Ausflug sämtlicher Jugend-Ausschüsse des Kreises Nieder-Barnim nach Zegel-Heiligensee-Dermisdorf statt. Die einzelnen Jugend-Ausschüsse müssen um 8 Uhr an der Endstation der Stahnenbahn Zegel oder an der Eisenbahnstation Zegel einreisen. Die Zegeler Freunde nehmen die Jugend dort in Empfang. Nach einer kleinen Wanderung wird dann das Festzelt im Walde eingenommen. Jeder Teilnehmer hat sich mit Getränken zu versehen. Die Rückfahrt findet Abends von Dermisdorf aus statt.

Aus aller Welt.

Die Waldbrände in Amerika.

Fast alljährlich kommen im Hochsommer Meldungen aus Nordamerika über verheerende Waldbrände. Die ungeheure Hitze der letzten Wochen hat überall eine große Dürre hervorgerufen. Bei der schnellen Ausbreitung der Brände ist ein Löschen ganz unmöglich, und so entstehen oft Katastrophen der entsetzlichsten Art. Nach Meldungen aus Nordamerika sind ganze Städte von den Flammen umtost dahingefunken, Hunderte und Tausende von verzweifelnden Menschen haben sich in die Fluten der Seen und Flüsse gestürzt, um dem Feuer zu entgehen. Hunderte sind ertrunken, Hunderte verbrannt.

500 Menschen umgekommen.

Nach den letzten Nachrichten aus Detroit sollen 500 Personen den großen Waldbränden zum Opfer gefallen sein. Flüchtlinge aus den zerstörten Städten erzählen, daß die Zahl der Opfer noch gar nicht überschätzt werden könne. Eine große Panik entstand in Lawas City, als die Flammen in die Stadt einschlugen. Viele Frauen und Kinder fielen in den Straßen ohnmächtig nieder. Andere flüchteten sich in die Kirchen und öffentlichen Gebäude, die aber auch bald von den Flammen umzingelt waren.

Dreihundert Personen wurden an Bord eines Dampfers genommen, der gerade im Hafen von Escoda lag, und den Flammen auf den Huronsee entführt. Vom Schiff aus beobachteten die Leute, wie ihr Besitztum in Flammen aufging. Jüge der Ontario-Eisenbahngesellschaft haben hunderte von Flüchtlingen aus den Flammen entführt.

Fräulein Doris Diamond, eine der Überlebenden, vom Troquois-Theater in Chicago, erzählte, daß der Anblick in den brennenden Straßen ein furchibares war. Männer, Frauen und Kinder seien tot niedergefallen. Zahlreiche Eltern warfen ihre Kinder in die Fluten des Huronsees, um sie vor dem Brande zu retten.

Auch in dem Distrikt von Alpena, 50 Meilen nördlich von Au Sable, ist Feuer ausgebrochen. Acht kleine Städte am Huronsee sind völlig eingeäschert worden.

Weitere vorliegende Drahtmeldungen besagen: Ottawa, 13. Juli. Nach den amtlichen Feststellungen sind bei den Waldbränden an der Strecke der Temiscaming and Northern Ontario-Bahn 50 Personen umgekommen und über 200 verfehlt. Die ganze Stadt Cochrane sowie die südlicher gelegenen kleinen Städte Porcupine und Pottsville im Goldminen-gebiet sind zerstört. Hunderte von Menschen sind gezwungen, vor der übergroßen Hitze zu fliehen; infolge der Dürre breitet sich das Feuer mit außerordentlicher Schnelligkeit aus.

Ottawa, 13. Juli. Nach einem Privattelegramm aus Halifax wurden in Porcupine, als der Brand am ärgsten wüthete, 600 Personen durch das Feuer in den See getrieben, an dem die Stadt liegt, und der schon dicht am Ufer eine beträchtliche Tiefe besitzt. Zweihundert Personen sind ertrunken. Toronto, 13. Juli. Bei der Feuerbrunst in Porcupine sind nach den letzten Schätzungen 300 bis 400 Menschen umgekommen.

Drei internationale Räuber ergriffen.

Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein dürfte, wurde feinerzeit der Vorsteher einer Bank in Myslowitz erschossen und die Kasse um etwa 8000 M. beraubt. Den Tätern gelang es, zu flüchten. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Weuthen, die auf die Ergreifung der Räuber sofort eine Belohnung von 8000 M. aussetzte, nahm ein Mitglied der Berliner Kriminalpatrouille die Verfolgung auf, und es gelang ihm auch, einen der Räuber, Julian Susholewski, am 10. März in Amerika zu ergreifen. Nach den üblichen Auslieferungsverhandlungen, die sich etwa ein Vierteljahr lang hinzogen, brachte man Susholewski nach Bremerhaven, von wo er nach Weuthen transportiert wurde.

Inzwischen hatte man in Weuthen einen Mann festgenommen, der sich Stephan Garbaczak nannte und den man, wenn auch nicht der Mittäter, so doch der Mitwisserschaft an dem Myslowitzer Mord beschuldigte, da er wiederholt in der Begleitung Susholewskis gesehen worden war. Während der Eisenbahnfahrt nach Weuthen hatte Susholewski unter anderem auch geäußert, daß ein Komplize von ihm Krüger heiße, und als in Weuthen seine Gegenüberstellung mit Garbaczak erfolgte, rief er ganz erstaunt aus: „Das ist ja Krüger!“ So hatte man den zweiten Täter.

Der dritte Räuber war ein gewisser Wladislaw Radwan. Diesen gemeingefährlichen Menschen hatte ein Berliner Kriminalbeamter Monate hindurch verfolgt. Er war ihm nach Paris nachgereist, nach Moskau, Petersburg und Warschau. Durch ein Bild, das sich in seinem Besitz befand, kam er auch auf seine Spur. Ein Hotelportier in Warschau gab an, so sehe ein gewisser Slesowski aus, der aber vor einiger Zeit nach Irkutsk Inferatentell derantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

in Sibirien abgereist sei. Die Jagd nahm ihren Fortgang. Auf allen Stationen, die der Beamte passierte, zog er Erkundigungen ein. In Soß sagte man ihm, daß ein Mensch, der mit dem Wilde große Ähnlichkeit habe, in Krasnojarsk festgenommen sei, nachdem er

zwei Morde begangen

habe. Wie sich bald herausstellte, war der Ergreifene Radwan a. Radwan ist die interessanteste Persönlichkeit dieses Aesblattes. Er hat in Amerika ein richtiges Räuberleben geführt, mit gleichgesinnten Genossen Eisenbahnzüge angehalten und die Passagiere beraubt. Er spricht russisch, polnisch, englisch, deutsch, spanisch und etwas französisch. Wenn seine Auslieferung erfolgt ist, wird das Aesblatt gemeinsam vor dem Weuthener Schwurgericht abgeurteilt werden.

Auf dem Bahntransport verhungert.

Vor kurzem bezog ein Landwirt in der Nähe Münchens fünf Kühe von Norddeutschland. Dieselben wurden mit Frachtbrief ohne Begleiter behandelt. Bei der Ankunft in Wschaffenburg verendete eine Kuh, eine zweite in Treuchtlingen und eine dritte bei Ankunft in München. Die Sektion ergab, daß der Magen der Tiere vollständig leer war, der Tod also durch Verhungern eingetreten ist. Die Nachforschungen sollen ergeben haben, daß der Wagen auf einer Station aufgestochen wurde und einige Tage stehen blieb; weder dort noch auf der weiteren Reise bestimmte sich irgend jemand um die Tiere, ihnen Futter oder Wasser zu reichen.

Besammlisch ist es zulässig, mit der Bahn bis zu fünf Stück Großvieh mit Frachtbrief ohne Begleiter zu verschicken. Es sollte dies aber auf so weite Entfernungen nicht stattfinden dürfen.

Kleine Notizen.

Vom Schnellzug zermalm. Der Kopenhagener Schnellzug A 6 verfuhr gestern den zuerst in Kraselbegaard auf der Insel Moen ansässigen Dr. phil. Kurt Schäfer aus Wandsbæk, dessen Kopf vollständig zermalmt wurde.

Statt eines Hundes einen Menschen erschossen. In Dortmund wollte der Geschäftsführer der Aktiengesellschaft Widing'sche Industrie für Holz und Baubedarf, H. B. B. B., auf dem Lagerplatz mit einem Revolver einen Hund erschießen, schloß den Hund jedoch und traf den 23jährigen Kommissar Otto Riesenbeck in die Brust, der sofort tot zusammenbrach. Hölzig stellte sich selbst der Polizei und wurde in Haft genommen. Die Leiche Riesenbecks wurde beschlagnahmt.

Opfer der Berge. Nach einem Telegramm aus Nuchel ist bei der Besichtigung des Herzogtandes der Lehrer Goerlich aus Wedewitz bei Potsdam vom Schlag getroffen worden und sofort gestorben. — Fast zu gleicher Zeit ist ein Herr Wissen aus Hamburg, der in Begleitung eines Herrn eine Tour nach dem Stricker Loch unternahm, unterwegs von einem tödlichen Schlaganfall betroffen worden. Beide Leichen sind geborgen.

Cholera auf einem deutschen Dampfer. Der deutsche Dampfer „Hispania“ ist im Hafen von Malta eingetroffen. An Bord ist Cholera festgestellt worden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist neben das 61. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das Paradoxon der Arbeiter. — Die Wahlen in Wien. Von Friedrich Kautsky. — Ethische und naturrechtliche Begründung des Sozialismus. Von R. Beer. (Fortsetzung.) — Der Gewerkschaftslehre. Von August Winnig. — Der achte Sozialistenkongress. Von H. Meißner. — Literarische Rundschau: Dr. R. Köllig, königlicher Strafanwaltsdirektor, Strafe und Verbrechen. Von Dr. Julius Fischer. — Heftliteratur. Oba Oberg.

Das Organisationsheft Nr. 10, welches dieser Nummer beiliegend ist, enthält: Die Engländer in Ägypten. Von Theodor Rothstein (London).

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. 1. Jahrgang 3. Heft. Herausgegeben von Dr. C. Gumbert. Verlag: E. L. Heise, Leipzig.

Todes-Anzeigen	
Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Nachruf. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unsere Mitglieder, der Arbeiter Edmund Engel (4. Bezirk) und der Arbeiter Reinhold Heinze (14. Bezirk) verstorben sind. Ehre ihrem Andenken! 235/16 Der Vorstand.	Sozialdemokratischer Wahlverein 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 10. Juli verstarb unser Genosse, der Schantwirth Paul Lerche Gleimstr. 70. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, den 14. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedens-Gemeinde in Nordend aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine Frau, unsere Mutter, Schwägerin und Schwiegermutter Berta Vick nach langem, schwerem Leiden im Alter von 55 Jahren am Blutergüssen am 11. Juli verstorben ist. Dies zeigen siebetrißt an Franz Vick nebst Sohn. Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes (St. Marienholms), Falkenberger Chaussee, aus statt.	Verband der freien Gast- und Schankwirthe Deutschlands. Koblenz, Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Paul Lerche (Gleimstr. 70, Bezirk II) am 10. d. Mts. verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedens-Gemeinde, Nordend, aus statt. 75/10 Die Ortsverwaltung.
Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin. Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Brauer Michael Hinterberger am 10. Juli im Alter von 80 Jahren durch einen Betriebsunfall in der Brauerei Köpenicker NO. — Sturz in den Fahrstuhl — den sofortigen Tod fand. Ehre seinem Andenken! Die Leiche des Verstorbenen wurde vorgestern zur Beerdigung nach Hohemann bei Köpenick, Nieder-Dapern, übergeführt. 48/18 Die Ortsverwaltung.	Dankfagung. Für die überaus reiche Teilnahme sowie für die schönen Blumenpenden bei der Beerdigung meiner innigstgeliebten Frau, unserer lieben guten Mutter und Schwester 27145 Anna Kupper geb. Hese ist es mir ein Herzensbedürfnis, allen, insbesondere den Wohlthätern des Vereins Querschnitt, dem Vorsitzenden des Vereins Siedel sowie den Sängern, dem Sammelpersonal des Deutschen Druck- und Verlagsvereins und dem Gesamtpersonal der Firma Bleichstein hierdurch meinen und der Angehörigen herzlichsten Dank auszusprechen.